



DEUTSCHES  
HISTORISCHES  
MUSEUM

# 1945

**NIEDERLAGE  
BEFREIUNG  
NEUANFANG**

THEISS

**A**m 8. Mai 1945 endete mit der Kapitulation der deutschen Wehrmacht der Zweite Weltkrieg in Europa. Sechs Jahre Krieg hatten Millionen von Opfern gefordert und ein bis dahin ungekanntes Ausmaß an Zerstörung gebracht. Krieg, Besatzungsregime und Massenverbrechen, Flucht, Vertreibungen und Zwangsumsiedlungen prägten Länder und Menschen nachhaltig. Die Auswirkungen auf politischer, gesellschaftlicher und individueller Ebene sind noch immer präsent. Das Europa von heute ist nicht zu verstehen ohne Kenntnis der Ereignisse der Kriegszeit sowie jener Phase, die auf das Ende von Krieg und nationalsozialistischem Terror folgte.

Der Katalog zu der anlässlich des 70. Jahrestags der deutschen Kapitulation vom Deutschen Historischen Museum präsentierten Ausstellung thematisiert die Situation bei Kriegsende sowie in der unmittelbaren Nachkriegszeit in Deutschland, Österreich, der Tschechoslowakei, Polen, Großbritannien, Dänemark, Norwegen, Luxemburg, den Niederlanden, Belgien, Frankreich und der Sowjetunion.

Kernfragen sind dabei: Wie ließen NS-Regime, Besatzung und Kriegsgeschehen die Länder zurück? In welchem Zustand befanden sich Gesellschaft und politisches System am Ende des Krieges, welche Umwälzungen brachte die Nachkriegszeit? Wie bewältigten die Menschen diese Lebenssituation angesichts der erlittenen Traumata, der Verluste und Zerstörungen? Wie gingen sie mit Täterschaft und vermeintlicher oder tatsächlicher Kollaboration um?

ISBN 978-3-8062-3061-1




9 783806 230611


**THEISS**



## Europa 1945-1949

 von der Sowjetunion annektiert

 Polen zugesprochen

 Saarland

Besatzungszonen in Deutschland und Österreich

**F** = Frankreich

**GB** = Großbritannien

**SU** = Sowjetunion

**USA** = Vereinigte Staaten

0 100 200 300 km





FINNLAND

Helsinki

Leningrad

Tallinn

Estnische SSR

Lettische SSR

Riga

Litauische SSR

Vilnius

Minsk

Weißrussische SSR

Russische SFSR

Moskau

SOWJETUNION

Stalingrad

Kiew

Ukrainische SSR

Warschau

POLEN

OSLOWAKEI

Moldau SSR

Asowsches Meer

Krim

Jalta

Kapard. ASSR

Abchas. ASSR

Grusinische SSR

Schwarzes Meer

Budapest

UNGARN

RUMÄNIEN

Bukarest

Belgrad

UGOSLAWIEN

BULGARIEN

Sofia

Istanbul

Ankara

TÜRKEI

ALBANIEN

GRIECHENLAND

Athen

Nikosia

Beirut

SYRIEN

Damaskus

LIBANON

ISRAEL

Jerusalem

Amman

Mittelmeer

Kreta

# 1945

**NIEDERLAGE. BEFREIUNG. NEUANFANG.**

**ZWÖLF LÄNDER EUROPAS  
NACH DEM ZWEITEN WELTKRIEG**

**HERAUSGEGEBEN VOM  
DEUTSCHEN HISTORISCHEN MUSEUM**

# Inhalt

## Vorwort

Alexander Koch . . . . . 6

## Einleitung

Maja Peers und Babette Quinkert . . . . . 8

**1**

### Deutschland

Babette Quinkert

Von der Kapitulation zur Teilung . . . . . 14

**2**

### Österreich

Oliver Rathkolb

„Geteilte“ Erfahrungen und Opferdoktrin . . . . . 32

**3**

### Tschechoslowakei

Jaromír Balcar

Zwischen NS-Besatzungsherrschaft und kommunistischer Diktatur . . . . . 46

**4**

### Polen

Marcin Zaremba

Trümmer und Trauma . . . . . 60

**5**

### Großbritannien

Cordula Lissner

Siegermacht im Wandel . . . . . 78

**6**

### Dänemark

Clemens Maier-Wolthausen

Gut vorbereitet in den Frieden . . . . . 94

<b>7</b>	Norwegen Robert Zimmermann Aufbruch zu Stabilität und Wachstum . . . . .	110
<b>8</b>	Luxemburg Loretta Walz Befreiung und Rückkehr des Krieges . . . . .	126
<b>9</b>	Niederlande Nina Burkhardt Zwischen Euphorie und Ernüchterung . . . . .	142
<b>10</b>	Belgien Christoph Brüll Bewegte Nachkriegszeit mit schwierigem Erbe . . . . .	158
<b>11</b>	Frankreich Verena Paetow Nach Kollaboration und Résistance . . . . .	174
<b>12</b>	Sowjetunion Jörg Ganzenmüller Aufbruch und Stagnation in einem zerstörten Land . . . . .	192
	<b>Anhang</b>	
	Abkürzungen und ausgewählte Literatur . . . . .	212
	Autoren . . . . .	216
	Objekte . . . . .	218
	Leihgeber und Dank . . . . .	240
	Bildnachweis . . . . .	245
	Impressum . . . . .	247

„Der 8. Mai war ein Tag der Befreiung. Er hat uns alle befreit von dem menschenverachtenden System der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft.“

„Nicht ein Europa der Mauern kann sich über Grenzen hinweg versöhnen, sondern ein Kontinent, der seinen Grenzen das Trennende nimmt. Gerade daran mahnt uns das Ende des Zweiten Weltkrieges.“

*Auszüge aus der Rede des Bundespräsidenten Richard von Weizsäcker am 8. Mai 1985 anlässlich der Gedenkveranstaltung im Deutschen Bundestag zum 40. Jahrestag des Endes des Zweiten Weltkriegs in Europa*

# Vorwort

Am 8. Mai 1945 endete der Zweite Weltkrieg in Europa – ein Krieg, dem weltweit 60 Millionen Menschen zum Opfer fielen, der ein ungekanntes Ausmaß an Zerstörung brachte und der bis heute sichtbare Narben in unserem Gedächtnis hinterließ. Das Ende des Zweiten Weltkriegs in Europa wurde in den Ländern, über die Deutschland den Krieg brachte, als Befreiung von nationalsozialistischer Gewaltherrschaft und als Sieg über dieses Deutschland gefeiert. In Deutschland selbst wurde der 8. Mai 1945 hingegen vielfach als Niederlage oder Zusammenbruch wahrgenommen.

Zu den Kernaufgaben historischer Museen gehört es, an das Vergangene zu erinnern, es für die Öffentlichkeit aufzubereiten und in geeigneter Form zu vermitteln. Das Deutsche Historische Museum erfüllt seit seiner Gründung den Auftrag, deutsche Geschichte in all ihren Facetten und in internationalen Zusammenhängen darzustellen. Darüber hinaus leistet das Museum Beiträge zur Erinnerungskultur und regt zur Auseinandersetzung mit der Geschichte an. Historische und kulturgeschichtliche Ausstellungen, die von Einrichtungen wie dem Deutschen Historischen Museum zum Zwecke ihrer Bildungs- und Vermittlungsarbeit realisiert werden, sind vor diesem Hintergrund als spezielle Medienformate anzusehen. Bei solchen Unternehmungen Geschehnisse, Inhalte und Kontexte mit unterschiedlichen Perspektiven zu konfrontieren, damit Multiperspek-

tivität zu ermöglichen und teils kontroverse, ja widersprüchliche Lesarten zuzulassen, gehört zum Handwerkszeug historischer Museen, die ihre Kür in zum Denken, Nachdenken und Diskutieren anregenden Ausstellungspräsentationen finden.

Zu den Themen deutscher Geschichte, die nicht allein in Deutschland, sondern weit darüber hinaus bis heute besonders engagiert diskutiert werden, zählen die Zeit des Nationalsozialismus und des Zweiten Weltkriegs, die unmittelbaren Nachkriegsjahre, die Jahrzehnte der deutsch-deutschen Teilung zwischen 1949 und 1989/90 sowie die deutsche Einheit. Das Deutsche Historische Museum hat solchen zeitgeschichtlichen Fragen bereits zahlreiche Ausstellungen, Publikationen und Veranstaltungen gewidmet. Sie sind als reicher und bleibender Niederschlag dieses Engagements zu werten. Die anlässlich des 70. Jahrestags des Kriegsendes entstandene Ausstellung „1945 – Niederlage. Befreiung. Neuanfang. Zwölf Länder Europas nach dem Zweiten Weltkrieg“ fügt sich somit in eine Reihe eindrucksvoller Ausstellungen ein, die immer auch den historischen Blick weit über die deutsche Perspektive hinaus darstellten und in internationale Kontexte rückten, wie etwa die 2004 eröffnete Schau „Mythen der Nationen. 1945 – Arena der Erinnerungen“ oder die im darauffolgenden Jahr realisierte Ausstellung „1945 – Der Krieg und seine Folgen. Kriegsende und Erinnerungspolitik in Deutschland“.



Je mehr man sich bei historischen Ausstellungsthemen der Gegenwart nähert, desto kontroverser werden meist öffentlichkeitswirksame Darstellungen der Geschichte in unserer Gesellschaft – eingedenk des persönlich Erlebten – diskutiert. Für die Ausstellungsmacher in Geschichtsmuseen wird ihre Arbeit damit anspruchsvoller und spannungsreicher. Bald werden die Jahre des Zweiten Weltkriegs und der Nachkriegszeit jedoch mehr und mehr vom kommunikativen Gedächtnis in das kulturelle Gedächtnis unserer Gesellschaft übergehen und manche Akzentverschiebung des Gedenkens, des Erinnerns und auch des öffentlichen Interesses nach sich ziehen.

Für die Konzeption und die Realisierung der international angelegten Ausstellung sowie der gleichnamigen Begleitpublikation gebührt vielen Personen, Einrichtungen und Firmen mein aufrichtiger Dank. Im Impressum dieser Veröffentlichung sind alle Beteiligten einzeln aufgeführt, doch möchte ich einige namentlich nennen und ihnen meinen aufrichtigen Dank übermitteln. An erster Stelle danke ich den beiden Kuratorinnen der Ausstellung, Maja Peers und Dr. Babette Quinkert. Beide haben in unnachahmlicher Weise und mit der erforderlichen Beharrlichkeit das auf eine Idee von Frau Peers (auch Projektleitung) zurückgehende Vorhaben entwickelt und umgesetzt. Wissenschaftliche Unterstützung erfuhren beide durch Verena Buser, Iris Hax, Michael Sulies und Katja Widmann sowie durch die jeweiligen Rechercheure der Länderkapitel.

Die Ausstellungsleitung lag in bewährter Weise in den Händen von Ulrike Kretzschmar, die zugleich für den reibungslosen Einsatz ihres Mitarbeiterteams (Ausstellungsaufbau/Werkstätten unter Leitung von Nicholas Kaloplastos; konservatorische Betreuung/Restaurierungswerkstätten unter Leitung von Martina Homolka) verantwortlich zeichnete.

Edith Michelsen danke ich für die umsichtige Betreuung und Organisation des Leihverkehrs, Wolf-Dieter Pelikan für Medientechnik, Schnitt Film und

Ton, Wolfgang Röhrig und seinen Mitarbeitern für den IT-Bereich, Sebastian Ahlers und Indra Desnica für Fotoarbeiten, Ramona Selchow für das Controlling, Sonja Trautmann und der Agentur ARTEFAKT Kulturkonzepte mit Ursula Rüter und Stefan Hirtz für die Pressearbeit, Andrea Fußstetter, Ilka Linz, Nicola Schnell und Susan Vaupel für die Öffentlichkeitsarbeit, Acelya Bakir, Stefanie Borgmann und Hanna Nogossek für das wissenschaftliche Begleitprogramm, dem Team des Fachbereichs Bildung und Vermittlung unter Leitung von Brigitte Vogel-Janotta und Stefan Bresky für das museumspädagogische Angebot sowie Dr. Wanda Löwe für das Lektorat und Elke Kupschinsky für die Bildredaktion. Für die Ausstellungsgestaltung sei Dr. Christian Dirks (BergZwo) und Stefan Schöbinger (form-id) gedankt.

Dem Kuratorium der Stiftung Deutsches Historisches Museum unter Vorsitz von Ministerialdirektor Dr. Günter Winands bei der Beauftragung für Kultur und Medien der Bundesregierung (BKM) ist ebenso zu danken wie dem Wissenschaftlichen Beirat unserer Stiftung unter Vorsitz von Prof. Dr. Dr. h.c. Horst Möller, die als Gremien beide dem Vorhaben von Beginn an großes Interesse entgegenbrachten und ungeteilte Unterstützung zusicherten. Wesentliche Unterstützung und konstruktiv-kritische Begleitung erfuhr das Projekt durch einen eigens für die Ausstellung konstituierten Fachbeirat.

Ohne die Unterstützung vieler leihgebender Museen, Archive und Bibliotheken und privater Leihgeber sowie der Autorinnen und Autoren der Begleitpublikation hätte das ambitionierte Ausstellungsvorhaben nicht realisiert werden können; allen gebührt dafür großer Dank.

Alexander Koch  
Präsident der Stiftung  
Deutsches Historisches Museum



Maja Peers und Babette Quinkert

# Einleitung

Als am 8. Mai 1945 die deutsche Wehrmacht gegenüber den alliierten Streitkräften bedingungslos kapitulierte, endete der Zweite Weltkrieg in Europa. Der Krieg, den das nationalsozialistische Deutschland am 1. September 1939 mit dem Angriff gegen Polen ausgelöst hatte, hinterließ einen in weiten Teilen verheerten Kontinent. Sechs Jahre Krieg hatten Millionen von Opfern gefordert.

Das nationalsozialistische Deutschland hatte bis 1942 weite Teile Europas unter seine Herrschaft gebracht. In den eroberten Ländern installierten die deutschen Machthaber Besatzungsregime, die in ihrer Form und Härte von Land zu Land deutlich variierten. Dies hing zum einen davon ab, welche Geltung ein Land und seine Bevölkerung im Sinne der nationalsozialistischen Weltanschauung hatte. Zum anderen war die deutsche Besatzungspolitik durch pragmatische Aspekte geprägt, ausgehend davon, welche strategische Bedeutung ein Land hatte und inwieweit seine Wirtschaftskraft der Erlangung der deutschen Zielsetzungen dienlich sein konnte. Hitlers Absicht war es, in Europa eine Vormachtstellung zu erlangen und den deutschen Machtbereich bis weit in den Osten Europas auszudehnen, um „Lebensraum“ für das deutsche Volk zu gewinnen. Das NS-Regime führte mit bedingungsloser Härte einen Vernichtungskrieg gegen die Sowjetunion, der insbesondere die Zivilbevölkerung der eroberten Gebiete traf.

Mit dem Kriegseintritt der USA auf Seiten der Alliierten gegen Deutschland und seine Verbündeten wurde der bislang überwiegend auf Europa begrenzte Konflikt im Winter 1941/42 zum Weltkrieg, zeitweilig waren über 60 Staaten involviert. Angesichts der Übermacht der Alliierten und seiner unzureichenden Ressourcen konnte das NS-Regime ab diesem Zeitpunkt die Niederlage kaum noch abwenden. Die Wehrmacht wurde seit der Jahreswende 1942/43 an der Ostfront durch die Rote Armee erfolgreich zurückgedrängt. Ab Sommer 1943 drangen die Westalliierten in Italien nach Norden vor, im Juni 1944 landeten ihre Truppen in der Normandie. Immer mehr Gebiete konnten durch die vorrückenden alliierten Armeen befreit und die jahrelange deutsche Besatzungsherrschaft sukzessive beendet werden. Die Frontlinien bewegten sich von Westen, Süden und Osten immer weiter auf das Reichsgebiet zu. Die Führung in Berlin setzte den Krieg dessen ungeachtet unter Mobilisierung aller Ressourcen fort, Hunderttausende Menschen kamen in der letzten Phase des Krieges noch ums Leben.

## **Das Kriegsende**

Im Herbst 1944 erreichte die Rote Armee die östliche Grenze des Deutschen Reiches, im Februar und März 1945 eroberten Streitkräfte der westlichen Alliierten die linksrheinischen Gebiete Deutschlands.

Am 25. April trafen sich erstmals amerikanische und sowjetische Einheiten bei Strehla an der Elbe. Nachdem Hitler am 30. April Selbstmord begangen hatte, kapitulierte am 2. Mai die zuvor schwer umkämpfte Reichshauptstadt Berlin.

Am 4. Mai erfolgte im nahe Lüneburg gelegenen Hauptquartier des Oberbefehlshabers des britischen Kontingents der Alliierten Expeditionstreitkräfte die Kapitulation aller deutschen Truppen in Nordwestdeutschland, den Niederlanden und Dänemark. Die bedingungslose Kapitulation der gesamten Wehrmacht unterzeichnete Generaloberst Jodl am 7. Mai 1945 im Hauptquartier der westalliierten Truppen im französischen Reims. Man verständigte sich jedoch darauf, die Kapitulation in einem zweiten Akt durch höherrangige deutsche Militärs ratifizieren zu lassen. Um die sofortige Einstellung der Kampfhandlungen sicherzustellen, gaben der amerikanische Präsident Truman und der britische Premierminister Churchill die Kapitulation am 8. Mai bekannt. Am selben Tag empfing der sowjetische Marschall Žukov die Delegationen der Westalliierten und Vertreter des deutschen Oberkommandos der Wehrmacht in seinem Hauptquartier in Berlin-Karlshorst. In der Nacht vom 8. auf den 9. Mai unterzeichneten Generalfeldmarschall Keitel, Generaladmiral von Friedeburg und Generaloberst Stumpff für Heer, Marine und Luftwaffe kurz nach Mitternacht die bedingungslose Kapitulation der deutschen Wehrmacht. Damit endete der Zweite Weltkrieg in Europa. Im asiatisch-pazifischen Raum dauerten die Kämpfe noch fast vier Monate an. Nach den Atombombenabwürfen der US-Luftwaffe auf Hiroshima und Nagasaki kapitulierte auch Japan am 2. September 1945.

## Kriegsfolgen

Der Zweite Weltkrieg forderte weltweit insgesamt 60 Millionen Opfer, in Europa zählte man etwa 45 bis 50 Millionen Kriegstote. Unter ihnen waren auch

unzählige Zivilisten. Bei alliierten Bombardierungen starben in Deutschland etwa 380000 bis 400000 Menschen. Auch in vielen anderen europäischen Städten starben Menschen infolge des Luftkriegs. Allein in Großbritannien kosteten die deutschen Luftangriffe etwa 60000 Zivilisten das Leben.

Millionen von Menschen verloren außerhalb von direkten Kampfhandlungen ihr Leben, sie wurden Opfer der verbrecherischen NS-Gewaltspolitik. Innerhalb ihres Machtbereichs ermordeten die Nationalsozialisten insgesamt etwa sechs Millionen Juden und 100000 Sinti und Roma. Drei Millionen sowjetische Kriegsgefangene starben in deutschem Gewahrsam. Besonders hohe Verluste erlitt die Zivilbevölkerung in Polen und in der Sowjetunion sowie in Südosteuropa. Mehr als eine Million Menschen, vor allem in den sowjetischen Großstädten, kam infolge der deutschen Hungerpolitik um. Die deutsche Partisanenbekämpfung in der Sowjetunion, in Jugoslawien und in Griechenland kostete etwa eine Million Menschen das Leben. Von den knapp 13,5 Millionen im Deutschen Reich eingesetzten Zwangsarbeitern starben 500000. In Heil- und Pflegeanstalten wurden 200000 Menschen ermordet oder dem Hungertod überlassen. 97 Prozent dieser insgesamt etwa 13 Millionen Opfer kamen nicht aus Deutschland.

Kein kriegerischer Konflikt hatte jemals zuvor höhere Opferzahlen gefordert. Doch auch die materiellen Verluste waren immens. Zwar gab es Regionen, die den Krieg unbeschadet überstanden hatten. Weite Teile Europas waren jedoch von Luftangriffen betroffen oder zum Frontgebiet geworden. Die deutsche Kriegführung hatte vor allem im Osten eine enorm zerstörerische Dimension. So machten Wehrmachtseinheiten und SS-Verbände beim brutalen Vorgehen in der Sowjetunion weit über tausend Städte und Zehntausende Dörfer dem Erdboden gleich. In Polen wurden weite Teile des Landes verwüstet, die Hauptstadt lag in Schutt und Asche. Die

westeuropäischen Länder, insbesondere Frankreich, hatten besonders seit der Landung der alliierten Truppen schwere Kämpfe und Zerstörungen erlebt. Als Antwort auf die verbrecherische Kriegführung des NS-Regimes bombardierten die Alliierten zahlreiche deutsche Städte, Industriegebiete und Häfen. Bei Kriegsende war etwa ein Fünftel aller Wohneinheiten in Deutschland zerstört oder stark beschädigt, die Infrastruktur schwer getroffen. Großstädte wie Hamburg, Köln oder Berlin glichen einer Trümmervüste.

## Neuanfang

In vielen Regionen Europas herrschte nach dem Ende der Kampfhandlungen zunächst Chaos. In den zerstörten Gebieten gab es besonders große Schwierigkeiten, das Überleben zu sichern und das Nötigste zu beschaffen. Hier mangelte es an Nahrungsmitteln ebenso wie an sauberem Trinkwasser, an medizinischer Versorgung und an Wohnraum. Es gab Seuchen und Hungersnöte, vielerorts mussten noch die Toten der letzten Kriegsphase bestattet werden.

Der Krieg hatte Millionen Menschen auf die Straße geworfen. Über die Hälfte der deutschen Bevölkerung aus den östlichen Reichsgebieten floh in der letzten Kriegsphase vor der Roten Armee nach Westen. Flucht, Vertreibung und Umsiedlung betrafen etwa zwölf Millionen Deutsche, schätzungsweise zwei Millionen kamen dabei ums Leben. Von den im Sommer 1945 auf der Potsdamer Konferenz von den Alliierten festgelegten Grenzverschiebungen in Mittel- und Osteuropa waren aber nicht nur Deutsche betroffen, sondern auch Polen, Tschechen, Slowaken, Ukrainer, Weißrussen, Litauer und Ungarn. Millionen Menschen mussten ihre angestammten Wohnorte für immer verlassen und sich an einem fremden Ort unter oft widrigen Bedingungen eine neue Existenz aufbauen.

Etwa acht bis zehn Millionen Menschen, die während des Krieges vom NS-Regime zur Zwangsarbeit verschleppt oder in Lagern inhaftiert worden waren, versuchten in der Nachkriegszeit nach Hause zu gelangen. Der größte Teil dieser sogenannten Displaced Persons kehrte in den ersten Nachkriegsmonaten zurück. Viele, unter ihnen die Überlebenden des NS-Massenmords an den Juden, konnten oder wollten jedoch aufgrund der veränderten Situation in ihren Herkunftsländern nicht zurückkehren. Sie versuchten, in andere Länder zu emigrieren.

Viele Menschen in den vom Krieg betroffenen Ländern musste ihr Leben neu ordnen. Neben den physischen Folgen des Krieges waren die im Krieg erlittenen Traumata zu bewältigen. Familien hatten Angehörige zu betrauern, Kriegsteilnehmer kehrten mit körperlichen und seelischen Schädigungen zurück. Etliche Familien waren zerrissen; der Krieg hatte zahllose Waisen zurückgelassen.

Auch Politik und Gesellschaft standen vor einem Neuanfang. Kein Land konnte im Mai 1945 nahtlos an das politische und gesellschaftliche Leben der Vorkriegszeit anknüpfen. Die politische Arbeit war während des Krieges meist nur im Untergrund oder im Exil möglich gewesen. Die Jahre der Besatzung hatten die Gesellschaften oft gespalten. In jedem Land hatte es Widerstandsbewegungen, aber auch vielfältige Formen der Zusammenarbeit mit den Deutschen gegeben. Die Motive für die militärische, politische oder wirtschaftliche Kollaboration waren vielfältig. Sie reichten von der Arbeit für deutsche Einrichtungen aus pragmatischen Gründen, etwa um in Zeiten des Krieges das Auskommen der Familie zu sichern, bis hin zur ideologischen Übereinstimmung mit den Zielen der Nationalsozialisten und der Beteiligung an NS-Verbrechen.

Der Widerstand wurde vielfach identitätsstiftend für die Gesellschaften der Nachkriegszeit, Kollaboration wurde geächtet und geahndet. In unterschiedlicher Weise gingen Landsleute nach der Befreiung

mit vermeintlichen oder tatsächlichen Kollaborateuren um, anfangs entluden sich Hass und das Bedürfnis nach Rache auch in gewaltsamen Übergriffen und Akten von Lynchjustiz. In allen ehemals besetzten Ländern gab es eine juristische Ahndung der Kollaboration.

Die Bestrafung der Verantwortlichen für Krieg und NS-Verbrechen war eines der Kriegsziele der Alliierten. Der Hauptkriegsverbrecher-Prozess in Nürnberg 1945/46 war nur einer von einer großen Zahl weiterer Prozesse. Er blieb allerdings der einzige, der von den vier Alliierten gemeinsam geführt wurde. In Deutschland und Österreich hatten sich die Alliierten zudem eine umfassende Entnazifizierung von Politik und Gesellschaft zum Ziel gesetzt.

## Von der Anti-Hitler-Koalition zur Ost-West-Konfrontation

Die alliierten Mächte Großbritannien, USA und Sowjetunion verhandelten noch während des Krieges gemeinsam über eine neue Nachkriegsordnung. Auf den Konferenzen in Teheran im November 1943, in Jalta auf der Krim im Februar 1945 und in Potsdam im Sommer 1945 legten die „großen Drei“ die Grundzüge ihrer Deutschland- und Europapolitik fest.

Die unterschiedlichen Interessen der Siegermächte, zu denen ab 1945 auch Frankreich zählte, Missverständnisse und ein wachsendes Misstrauen führten in der Folge jedoch dazu, dass die grundlegenden Gegensätze immer stärker hervortraten. Innerhalb weniger Jahre entstand eine zweigeteilte Weltordnung, in der sich die Sowjetunion und die USA mit ihren jeweiligen Verbündeten unversöhnlich gegenüberstanden. Deutschland wurde ein wichtiger Schauplatz dieses Kalten Krieges, 1949 entstanden mit der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik zwei deutsche Staaten.

Der Kalte Krieg, der in den folgenden Jahrzehnten die Weltpolitik massiv beeinflusste, endete erst mit dem Zerfall der Sowjetunion. 1990 wurde mit dem sogenannten Zwei-plus-Vier-Vertrag zwischen den beiden deutschen Staaten und den vier Siegermächten des Zweiten Weltkriegs eine endgültige Regelung des Friedens unterzeichnet. Zugleich machte dieser Vertrag den Weg für die Wiedervereinigung beider deutscher Staaten frei.

## Die Ausstellung


Anlässlich der 70. Wiederkehr des Kriegsendes in Europa fokussiert die Ausstellung „1945 – Niederlage. Befreiung. Neuanfang. Zwölf Länder Europas nach dem Zweiten Weltkrieg“ die unmittelbare Nachkriegszeit in Deutschland, Österreich, der Tschechoslowakei, Polen, Großbritannien, Dänemark, Norwegen, Luxemburg, den Niederlanden, Belgien, Frankreich und der Sowjetunion. Damit nimmt die Ausstellung einerseits die von deutscher Besatzungsherrschaft betroffenen Nachbarländer in den Blick, andererseits mit Großbritannien und der Sowjetunion die europäischen Siegermächte. Norwegen ergänzt die Länderauswahl als ein weiteres Beispiel für die Bemühungen einer Nachkriegsgesellschaft, die während des Krieges entstandenen Gegensätze zwischen dem Widerstand und der Kollaboration einer nationalsozialistisch geprägten Partei mit den Besatzern zu überwinden.

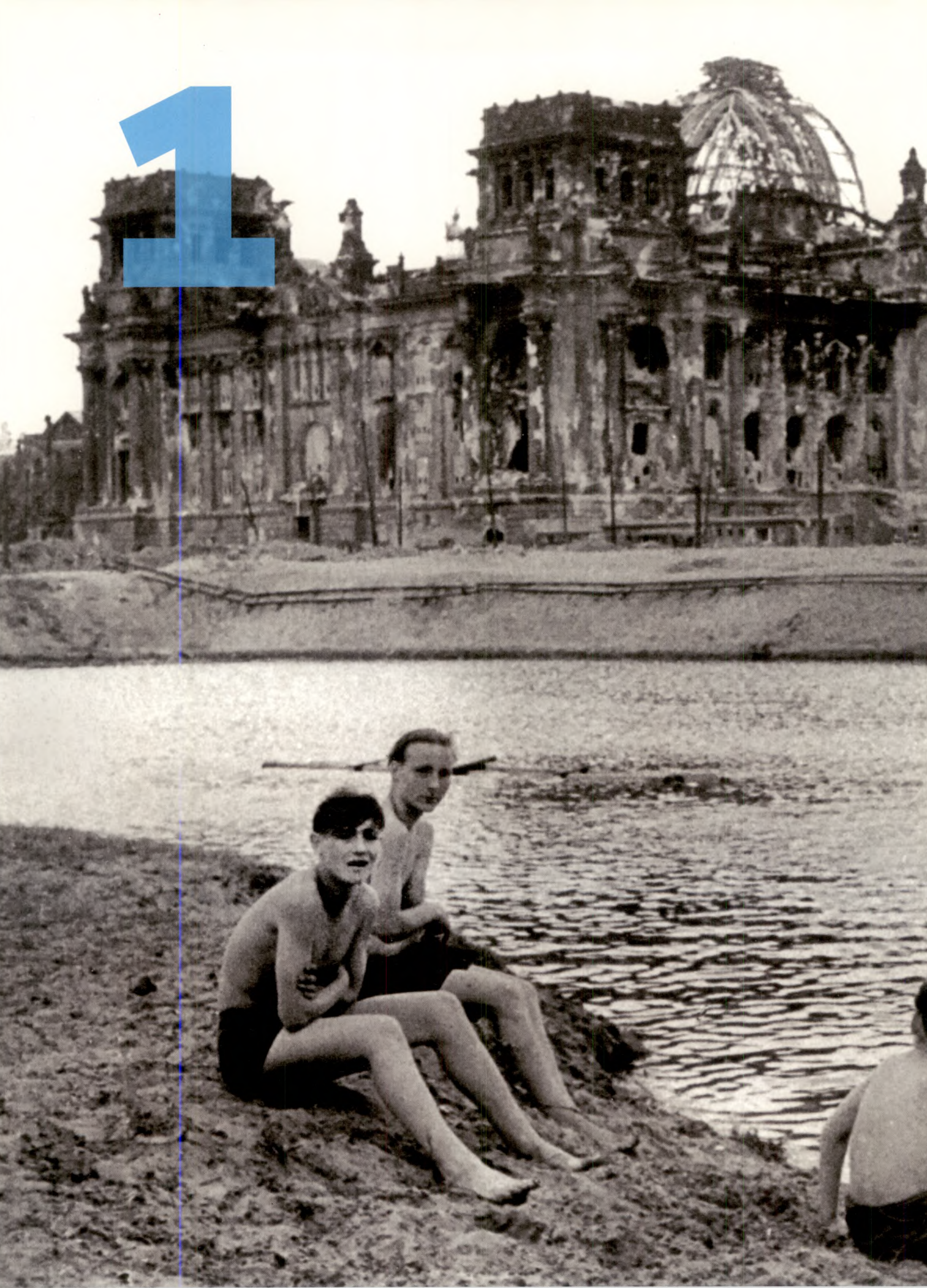
Die jeweiligen Bemühungen in diesen Ländern, den Weg vom Krieg in den Frieden zu finden, waren geprägt durch die Ereignisse der Kriegszeit. Doch auch die historischen, gesellschaftlichen und politischen Besonderheiten sowie außenpolitische Faktoren bestimmten die Nachkriegsjahre eines jeden Landes. Kernfragen sind: Wie ließen NS-Regime, Besatzung bzw. Kriegsgeschehen die Länder zurück? In welchem Zustand befanden sich Gesellschaft und politisches System am Ende des Krieges, welche Umwälzungen brachte die Nachkriegszeit?

Die einzelnen Länderkapitel werden bewusst nebeneinander dargestellt, ohne dass die Ausstellung Erlebtes und Erlittenes gegeneinander abzuwägen oder zu relativieren versucht.

Die Erzählung setzt ein zum Zeitpunkt des Kriegsendes respektive der Befreiung eines Landes. Sie umreißt die erste Phase der Nachkriegszeit bis hin zu einer ersten gesellschaftlichen und politischen Konsolidierung. Die Ausstellung konzentriert sich auf diesen Zeitraum, um die wichtigsten Charakteristika der einzelnen Länder in dieser Phase aufzuzeigen.

Das Kriegsende und die darauf folgende Zeit wurden von den Menschen sehr unterschiedlich wahrgenommen. Freude, Jubel und Erleichterung standen neben Trauer, Niedergeschlagenheit, Zukunftsangst oder Verzweiflung. Mithilfe von 36 exemplarisch ausgewählten Biografien wird die Vielschichtigkeit individuellen Erlebens dieser Periode gezeigt. Neben den gesellschaftlichen und politischen Entwicklungen gewährt die Ausstellung Einblicke in das Leben der Menschen, die diese Umbruchszeit erlebten. Die Begriffe „Niederlage“, „Befreiung“ und „Neuanfang“ umreißen dabei schlaglichtartig, wie unterschiedlich diese Phase zwischen Kriegsende und Rückkehr zu einem Friedensalltag wahrgenommen werden konnte.







# Deutschland



# 1

Babette Quinkert

## **Deutschland – Von der Kapitulation zur Teilung**

Die alliierten Streitkräfte erreichten die Grenzen des Deutschen Reiches im Herbst 1944, doch der Krieg sollte noch Monate andauern und weitere Hunderttausende Tote kosten. Als die Wehrmacht am 8. Mai 1945 bedingungslos kapitulierte, lagen weite Teile Deutschlands in Trümmern. Millionen von Kriegsgefangenen, KZ-Häftlingen und Zwangsarbeitern begrüßten die alliierten Truppen als Befreier. Die Mehrheit der deutschen Bevölkerung reagierte jedoch zurückhaltend. Deutschland verlor seine staatliche Souveränität und wurde in vier alliierte Besatzungszonen aufgeteilt. Die unterschiedlichen Interessen der Siegermächte und der beginnende Kalte Krieg führten innerhalb weniger Jahre zur Gründung zweier deutscher Staaten.



← 1

**Amerikanische Soldaten erreichen die linksrheinischen Stadtteile von Köln**

Köln, 6. März 1945

Im Herbst 1944 erreichten die alliierten Streitkräfte die Grenzen des Deutschen Reiches und eroberten das Land vom Westen und Osten her. Bis zuletzt leisteten Wehrmacht-, SS- und Volkssturmverbände hartnäckigen Widerstand, und die Alliierten setzten ihre Bombenangriffe auf deutsche Städte fort. So kamen in den letzten Monaten des Krieges noch Hunderttausende von Menschen bei Kampfhandlungen ums Leben. Am 25. April 1945 trafen amerikanische und sowjetische Truppen an der Elbe bei Strehla erstmals aufeinander, am 2. Mai, zwei Tage, nachdem sich Adolf Hitler das Leben genommen hatte, kapitulierten die Hauptstadt Berlin. Die bedingungslose Kapitulation der Wehrmacht erfolgte am 7. und 8. Mai 1945.

Der Zweite Weltkrieg forderte unter der deutschen Bevölkerung über 6,3 Millionen Tote. Fast 5,2 Millionen Soldaten und knapp 1,2 Millionen Zivilisten kamen infolge der Kriegshandlungen ums Leben. Hinzu kommen die deutschen Todesopfer nationalsozialistischer Verbrechen: fast 190000 Patienten in Heil- und Pflegeanstalten, etwa 165000 Juden, etwa 20000 Sinti und Roma sowie Zehntausende von Menschen, die als politische Gegner oder als religiös bzw. sozial Missliebige in den Haftstätten und Lagern ermordet wurden. Die meisten der insgesamt etwa 13 Millionen Opfer von NS-Verbrechen kamen allerdings aus Mittel- und Osteuropa.

## **Kriegsfolgen und Nachkriegsalltag**

Das Vorrücken der alliierten Armeen versetzte viele Deutsche in Panik, zahlreiche Nationalsozialisten

nahmen sich das Leben. In den östlichen Gebieten des Deutschen Reiches setzte im Winter 1944/45 eine Massenflucht ein. Die Rote Armee war besonders gefürchtet, da die jahrelange antisowjetische Hasspropaganda des NS-Regimes und die Gerüchte bzw. das Wissen über die deutschen Verbrechen in der Sowjetunion die Angst vor Rache schürten. Das Vorgehen der sowjetischen Truppen schien die Befürchtungen zu bestätigen. Tatsächlich sahen sich viele Rotarmisten angesichts der Verwüstung des eigenen Landes durch die deutschen Besatzer im Recht, Eigentum von Deutschen zu plündern und zu zerstören. Vielerorts kam es zu Übergriffen, Gewalttaten und Vergewaltigungen. Allein für Berlin kann von etwa 100000 betroffenen Frauen und Mädchen ausgegangen werden, die Zahlen für Ostpreußen, Pommern und Schlesien liegen weit höher. Diese Übergriffe blieben im Gedächtnis der deutschen Bevölkerung noch lange präsent und belasteten das Verhältnis zur sowjetischen Besatzungsmacht. Grundsätzlich aber verhielt sich diese in Deutschland von Grund auf anders als zuvor die deutschen Besatzungstruppen in der Sowjetunion.

Bei ihrem Vormarsch auf deutschem Boden befreiten die alliierten Streitkräfte acht bis zehn Millionen ausländische Kriegsgefangene, Zwangsarbeiter und KZ-Häftlinge. Diese empfingen die Alliierten mit großer Erleichterung. In den letzten vier Kriegsmo-naten waren allein in den Konzentrationslagern und auf Todesmärschen noch etwa 300000 Menschen umgekommen, fast die Hälfte der 700000 meist ausländischen KZ-Häftlinge. Viele, die überlebt hatten, waren zutiefst erschöpft und kämpften mit den gesundheitlichen und psychischen Folgen von Haft



und Misshandlungen. Die Sterberaten in den befreiten Lagern waren weiterhin immens hoch, Zehntausende starben noch nach ihrer Befreiung. Die Alliierten versorgten die als „Displaced Persons“ (DP) bezeichneten Menschen und begannen unverzüglich mit ihrer Repatriierung. Die meisten der aus Westeuropa stammenden Zivilisten und Soldaten verließen Deutschland innerhalb weniger Monate. Auch mehr als fünf Millionen sowjetische Staatsangehörige – vor allem ehemalige Kriegsgefangene und ins Deutsche Reich verschleppte Zwangsarbeiter – kehrten in die Sowjetunion zurück. Unter ihnen befanden sich auch Personen, die gegen ihren Willen repatriert wurden, da die westlichen Alliierten der Sowjetunion die Rückführung aller Sowjetbürger zugesichert hatten. Viele DPs aus Mittel- und Osteuropa wollten oder konnten jedoch nicht in ihre Herkunftsregionen zurückkehren. Da die Sowjetunion und Polen einen Bevölkerungsaustausch für die vor dem Krieg ostpolnischen und nunmehr sowjetischen Gebiete vereinbart hatten, konnten viele Polen nicht dorthin zurückkehren. Zehntausende warteten deshalb auf eine Ausreise in Länder außerhalb Europas. Im März 1949 lebten in den westlichen Besatzungszonen immer noch über 410000 Menschen in DP-Lagern oder geschlossenen Siedlungen.

Unter den Befreiten waren auch mehr als 60000 jüdische DPs. Sie waren durch die Verfolgungen meist schwer traumatisiert, hatten Familienange-

hörige und oft ihr gesamtes soziales und kulturelles Umfeld verloren. Die Gesamtzahl der jüdischen DPs stieg nach dem Krieg stark an, da bis Ende 1946 aus Osteuropa, vor allem aus Polen, noch weitere etwa 100000 Juden nach Deutschland kamen. Angesichts der Zerstörung ihrer Lebenswelten im Zuge des deutschen Massenmords an der jüdischen Bevölkerung, aber auch angesichts des Antisemitismus in ihren Herkunftsländern sahen viele dort keine Zukunftsperspektive mehr. Die jüdischen Überlebenden warteten in den DP-Lagern in Deutschland oft monatelang, manchmal auch jahrelang auf die Möglichkeit, nach Palästina bzw. Israel, in die USA oder in andere Länder auszureisen.

Auch unter der deutschen Bevölkerung begrüßte eine Minderheit die Alliierten als Befreier. Für Gefangene in den Konzentrationslagern und anderen Haftstätten oder für jüdische Deutsche, die in Verstecken überlebt hatten, bedeutete der alliierte Sieg das Ende von Verfolgung, Leid und Angst. Die Mehrheit betrachtete das Kriegsende allerdings in erster Linie als Niederlage, auch wenn zumindest die städtische Bevölkerung erleichtert war, dass die Bombenangriffe ein Ende hatten.

Die Jahre nach dem Krieg waren für große Teile der deutschen Bevölkerung von Unsicherheit, Mangel und Not geprägt. Die Menschen wussten oftmals nicht, ob ihre Angehörigen oder Freunde überlebt hatten, wie es ihnen ging und wo sie sich aufhielten.

## ← 2

### Häftlinge des KZ Dachau begrüßen amerikanische Truppen

Dachau, 29. April 1945

## 3 →

### Displaced Persons nach der Befreiung

Berlin, Mai 1945



Post- und Telefonverbindungen funktionierten in der Anfangszeit nur sehr eingeschränkt. Mehr als 30 Millionen Deutsche hielten sich nach dem Krieg nicht an ihrem ursprünglichen Wohnort auf. Allein aus den bombengefährdeten Städten waren im Krieg etwa acht Millionen Menschen evakuiert worden. Zwei Jahre nach Kriegsende gingen die Alliierten immer noch von etwa drei Millionen „Evakuierten“ aus. Elf Millionen Wehrmachtssoldaten befanden sich oder gerieten bei Kriegsende in alliierte Kriegsgefangenschaft. Bis Ende der 1940er Jahre wurde der Großteil von ihnen wieder entlassen, die letzten kehrten jedoch erst 1955 aus der Sowjetunion zurück. Insbesondere Frankreich und die Sowjetunion hatten aufgrund der Kriegszerstörungen enorme Schwierigkeiten, die Gefangenen unterzubringen und zu ernähren. In der Sowjetunion, deren Bevölkerung selbst mit Hungersnöten kämpfte, starb aufgrund von Hunger, Mangel und Kälte sowie wegen der oftmals harten Arbeitsbedingungen etwa eine Million deutscher Kriegsgefangener. Zwölf Millionen Deutsche waren in den letzten Kriegsmonaten vor den heranrückenden Fronten geflohen oder wurden nach dem Krieg vertrieben oder ausgesiedelt. Von diesen hauptsächlich aus Mittel- und Südosteuropa stammenden Deutschen kamen insgesamt etwa zwei Millionen um. Durch den Zuzug von Flüchtlingen und Vertriebenen stieg die Einwohnerzahl in den alliierten Besatzungszonen stark an. Allein in Mecklenburg-Vorpommern wuchs die Bevölkerung um fast 45 Prozent. Die Zuwanderer stießen oft auf Ablehnung, nicht zuletzt, weil sie als Konkurrenten bei der Versorgung mit Lebensmitteln und Wohnraum wahrgenommen wurden.

Wenige Wochen nach Kriegsende verschlechterte sich die Ernährungs- und Versorgungslage

vor allem der städtischen Bevölkerung rapide. Dazu trugen auch die umfangreichen Zerstörungen der Infrastruktur bei, die massive Transportprobleme nach sich zogen. Viele Schienenwege, Straßen oder Brücken waren nicht passierbar. Die alliierten Militärbehörden behielten die während des Krieges praktizierte Rationierung der Lebensmittel und anderer knapper Waren zwar bei, in der Regel reichte die Versorgung jedoch nicht aus. Im Winter 1946/47 litt ein Großteil der Menschen Hunger. Der Handel auf dem Schwarzmarkt blühte auf. Mit dem Verfall der Kaufkraft der Reichsmark avancierten Zigaretten zur begehrten Ersatzwährung. Viele Städter fuhren aufs Land, um ihre Besitztümer bei den Bauern gegen Lebensmittel einzutauschen. Die Wohnsituation blieb noch lange Jahre katastrophal. Rund 3,6 Millionen Wohnungen waren zerstört, etwa ein Fünftel des gesamten Wohnraums in Deutschland. Millionen Menschen mussten in Notunterkünften leben, die das Bild der Städte bis in die 1950er Jahre hinein prägten.

Ganze Städte glichen nach dem Krieg Trümmerlandschaften, deren Beseitigung eine der ersten großen Herausforderungen des Wiederaufbaus war. In Berlin und in der sowjetischen Besatzungszone übernahmen diese Aufgabe vielfach auch Frauen, die als „Trümmerfrauen“ bis heute das kollektive Gedächtnis prägen. In den westlichen Besatzungszonen wurden dagegen vorwiegend Männer eingesetzt und schon bald durch das professionelle Bauhandwerk abgelöst.

## Umbau und Teilung

Im Sommer 1945 kamen die Regierungschefs der drei Großmächte USA, Sowjetunion und Großbritannien in Potsdam ein letztes Mal zusammen, um über die europäische Nachkriegsordnung zu beraten und zu



#### < 4

#### Trümmerbeseitigung

Berlin, Mai 1945

#### 5 →

#### Die erste Ausgabe der „Berliner Zeitung“ erscheint

Berlin, 21. Mai 1945



klären, wie mit dem besiegten Deutschland zu verfahren sei. Nach dem sogenannten Potsdamer Abkommen von Anfang August sollte Deutschland entmilitarisiert, entnazifiziert und demokratisiert werden. Die Dekartellisierung und die Dezentralisierung von Wirtschaft und Politik sollten die übermäßige Machtkonzentration zerschlagen. Zur Vorbereitung von Friedensverträgen und für die Klärung von offenen Fragen schufen die Alliierten einen Rat der Außenminister, dem Vertreter der fünf Hauptmächte USA, Großbritannien, Sowjetunion, Frankreich und China angehörten. Deutschland wurde in vier Besatzungszonen aufgeteilt, in denen jeweils die USA, Großbritannien, Frankreich und die Sowjetunion die oberste Regierungsgewalt übernahmen; die zuvor zum Deutschen Reich gehörenden Gebiete östlich von Oder und Neiße unterstanden polnischer bzw. sowjetischer Verwaltung. Berlin wurde in vier Sektoren aufgeteilt und erhielt einen Sonderstatus. Fragen, die Deutschland als Ganzes betrafen, entschied der Alliierte Kontrollrat, dem die vier alliierten Oberbefehlshaber angehörten.

Die Frage der zukünftigen Grenzen Deutschlands blieb offen. Über den endgültigen Status der vormals deutschen Gebiete östlich von Oder und Neiße sollte in einem späteren Friedensvertrag entschieden werden. Die Ausweisung der deutschen Bevölkerung aus Polen, der Tschechoslowakei und Ungarn wurde von den Alliierten allerdings befürwortet. Da es in den Monaten zuvor zu „wildem“ Vertreibungen unter oft katastrophalen Bedingungen und mit teilweise brutalen Übergriffen gekommen war, vereinbarte man in Potsdam, dass jede „Überführung“ in „ordnungsgemäßer und humaner Weise“ erfolgen sollte.

Die Alliierten stimmten auch darin überein, dass Deutschland als Ersatz für die Kriegsschäden Reparationen leisten sollte. Da sie sich jedoch auf keine konkrete Summe einigen konnten, legten sie fest, dass jede Siegermacht ihre Reparationsansprüche aus ihrer eigenen Besatzungszone befriedigen solle, unter anderem durch die Demontage von Industrieanlagen und die Entnahme von Gütern. Die Sowjetunion erhielt zusätzliche Wiedergutmachungsleistungen aus den westlichen Zonen. Die Gesamtsumme der Reparationen sollte jedoch so bemessen sein, dass die deutsche Bevölkerung ohne materielle Unterstützung anderer Länder existieren konnte.

Die eher allgemein formulierten Regelungen des Potsdamer Abkommens ermöglichten es jeder Siegermacht, sie entsprechend den eigenen Vorstellungen umzusetzen. Die Entmilitarisierung Deutschlands erfolgte in allen vier Besatzungszonen weitgehend reibungslos. Alle alliierten Militärverwaltungen ließen nichtfaschistische Parteien wieder zu bzw. gestatteten die Neugründung von Parteien. Sie kontrollierten den Aufbau von Massenmedien wie Zeitungen und Rundfunk. Im Schul- und Erziehungswesen, im Umgang mit dem Berufsbeamtentum sowie dem Polizei- und Justizapparat erfolgte der radikalste Umbau in der sowjetischen Besatzungszone, in der ein weitgehender Elitenwechsel durchgesetzt wurde. Die sowjetische Militäradministration führte eine Boden- und eine Industriereform durch, die umfassende Enteignungen, Umverteilungen und Verstaatlichungen zur Folge hatten. Diesen grundlegenden Strukturwandel der Gesellschaft nutzten die Kommunistische Partei und die sowjetischen Behörden dazu, zentrale Machtpositionen mit Kommunisten zu besetzen und sich so einen weitgehenden



## ← 6

### Internierungslager für Deutsche in der früheren Kaserne Iserbrook

Hamburg, 1945

Einfluss auf die weitere politische und wirtschaftliche Entwicklung zu sichern. Ein wichtiger Markstein war hierbei der mit massivem Druck auf die SPD durchgesetzte Zusammenschluss von KPD und SPD zur Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED) im April 1946.

Die Reparationspolitik handhabten die Alliierten sehr unterschiedlich. Frankreich und die Sowjetunion waren vor allem daran interessiert, ihre landeseigenen Wirtschaften für die enormen Kriegsverluste zu entschädigen. Sie konzentrierten sich deshalb auf die Entnahme von Rohstoffen, Gütern und Ausrüstungen und begannen unverzüglich mit umfangreichen Demontagen, zum Beispiel von Industrieanlagen. In der sowjetischen Besatzungszone wurden zudem etwa 220 Betriebe in Sowjetische Aktiengesellschaften (SAG) umgewandelt, die unter sowjetischer Kontrolle weiterproduzierten. In der amerikanischen und in der britischen Besatzungszone fanden zunächst ebenfalls umfassende Demontagen statt, die jedoch nach und nach reduziert wurden.

Waren sich die Alliierten direkt nach dem Krieg in ihren grundlegenden Zielen für Deutschland noch relativ einig, so verschärften sich die Interessensgegensätze und Spannungen im Laufe der nächsten zwei Jahre zunehmend. Die USA und Großbritannien gingen davon aus, dass eine wirtschaftliche Schwächung Deutschlands die Abschöpfung der eigenen Reparationsansprüche gefährden würde, weil eine notleidende deutsche Bevölkerung jahrelang auf materielle Unterstützung angewiesen sein würde.

Sie schwenkten deshalb um auf eine Politik der wirtschaftlichen Stärkung des Landes im Rahmen des Wiederaufbaus Europas. Dies korrespondierte mit dem im März 1947 öffentlich verkündeten politischen Ziel der amerikanischen Regierung, den kommunistischen Einfluss in Europa einzudämmen (Truman-Doktrin).

Nachdem die Amerikaner und die Briten ihre Besatzungszonen, unter dem Protest der Sowjetunion und Frankreichs, am 1. Januar 1947 zur sogenannten Bi-Zone zusammengelegt hatten, kündigte die USA das European Recovery Program („Marshall-Plan“) an. An diesem Hilfs- und Wiederaufbauprogramm für Europa sollte auch Deutschland teilhaben. Die Sowjetunion lehnte das Programm im Sommer 1947 für sich und die Staaten in ihrem Einflussbereich ab, da die weitreichenden Kontroll- und Mitsprachebedingungen, die die USA an die Teilnahme am Marshall-Plan knüpften, für die sowjetische Regierung nicht akzeptabel waren. Damit war die Spaltung Europas besiegelt – mit weitreichenden Folgen auch für Deutschland.

Auf der ab Februar 1948 in London tagenden Sechsmächtekonferenz, bei der die drei westlichen Besatzungsmächte sowie die Beneluxstaaten vertreten waren, wurden die einzelnen Schritte einer westdeutschen Staatsgründung ausgehandelt. Am 7. Juni 1948 erging die Aufforderung an die drei westlichen Militärgouverneure in Deutschland, die Ministerpräsidenten der Länder zu ermächtigen, eine verfassunggebende Versammlung für einen westdeutschen Staat einzuberufen. Aus Protest verließ der sowjetische Militärgouverneur den Alliierten Kontrollrat, der danach nicht mehr zusammentrat. Am 20. Juni 1948 führten die Westalliierten eine Währungsreform durch, vier Tage später folgte die sowjetische Militärverwaltung mit einer eigenen Reform. Die Konflikte um die Umsetzung dieser Reformen in Berlin nahm die sowjetische Führung zum Anlass, alle Schienen-, Straßen- und Wasserwege



## 7 →

### Deutsche Zivilisten werden mit Filmaufnahmen aus den Konzentrationslagern Bergen-Belsen und Buchenwald konfrontiert

Burgsteinfurt, 1945

von und nach Westberlin zu blockieren. Die Berlin-Blockade und die amerikanisch-britische Luftbrücke, über die die Bevölkerung in den Westsektoren der Stadt bis zum 12. Mai 1949 mit Lebensmitteln und anderen Gütern versorgt wurde, waren ein erster Höhepunkt des Kalten Krieges.

Die von den Westalliierten seit Mitte 1948 forcierten Vorbereitungen einer westdeutschen Staatsgründung mündeten in die Gründung der Bundesrepublik Deutschland (BRD), deren Grundgesetz am 23. Mai 1949 in Kraft trat. Nur wenige Monate später, am 7. Oktober 1949, wurde die Deutsche Demokratische Republik (DDR) ins Leben gerufen. Beide Staaten unterlagen weiterhin besatzungsrechtlichen Beschränkungen und verfügten nicht über die volle Souveränität. Erst 1990 wurde mit dem Zwei-Plus-Vier-Vertrag – einem Staatsvertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland, der Deutschen Demokratischen Republik sowie Frankreich, der Sowjetunion, Großbritannien und den USA – eine endgültige Friedensregelung unterzeichnet. Diese machte zugleich den Weg für eine Wiedervereinigung der beiden deutschen Staaten frei.

## Strafverfolgung und Entnazifizierung

Die Alliierten hatten bereits lange vor Kriegsende beschlossen, diejenigen, die das NS-Regime und den Krieg zu verantworten hatten, vor Gericht zu stellen. Die angestrebte Entnazifizierung und Demokratisierung Deutschlands setzte aber nicht nur die strafrechtliche Ahndung von NS-Verbrechen voraus, sondern auch eine politische Säuberung. Nach Kriegsende internierten die alliierten Militärverwaltungen Kriegsverbrecher und NS-Funktionäre. In den westlichen Zonen kamen insgesamt 250000 Menschen in Haft, wobei die Behörden etwa 60000 Belastete an Drittstaaten auslieferten (davon etwa



die Hälfte an osteuropäische Staaten, vor allem an Polen). Die sowjetische Militäradministration richtete sogenannte Speziallager ein, in denen bis 1950 insgesamt 122000 Deutsche interniert waren. Sie dienten jedoch nicht ausschließlich dazu, belastete Nationalsozialisten zu isolieren. Die Verhaftungen hatten mitunter auch willkürlichen Charakter oder richteten sich gegen Personen, die dem sozialistischen Umbau von Wirtschaft und Politik kritisch gegenüberstanden. Die Lebensumstände in diesen Lagern waren ungleich schlechter als in denen der Westalliierten: 42000 Menschen starben in den sowjetischen Speziallagern infolge von Vernachlässigung, Unterernährung und Krankheiten.

Die Alliierten strengten eine Vielzahl von Gerichtsverfahren an: In den westlichen Zonen wurden gegen 5200 Personen Strafverfahren eröffnet, 4000 Angeklagte wurden verurteilt, davon 668 zum Tode. In der sowjetischen Besatzungszone wurden von 16 000 vor Gericht gestellten Angehörigen von SS, Gestapo und Polizei 12000 verurteilt, davon 118 zum Tode.

Bereits während des Krieges hatten die Alliierten entschieden, die Führungselite des NS-Regimes vor einem internationalen Gerichtshof im Namen der Vereinten Nationen zur Rechenschaft zu ziehen. Im Nürnberger Prozess gegen die Hauptkriegsverbrecher mussten sich zwischen November 1945 und Oktober 1946 insgesamt 24 deutsche Politiker, Militärs und führende Personen aus der Wirtschaft vor dem eigens eingerichteten Internationalen

Militärgerichtshof verantworten. 20 Angeklagte wurden verurteilt, zehn von ihnen zum Tode. Dieser Prozess blieb der einzige, der von den vier alliierten Siegermächten gemeinsam geführt wurde. Zwölf Nürnberger Nachfolgeprozesse fanden unter amerikanischer Verantwortung statt, zahlreiche weitere Verfahren vor alliierten Militär- und Sondergerichten.

Die Entnazifizierung umfasste jedoch nicht nur die Ahndung von Straftaten. Die Alliierten schafften nationalsozialistische Gesetze ab, die eine Diskriminierung aufgrund von Rasse, Religion oder politischer Überzeugung beinhalteten, und verboten alle NS-Organisationen, -Symbole und -Schriften. Im Mai 1945 hatte die NSDAP mehr als neun Millionen Mitglieder, ihren Gliederungen und angeschlossenen Verbänden gehörten weitere zig Millionen Personen an. Den Nationalsozialisten war es gelungen, weite Teile der deutschen Gesellschaft zu organisieren. Dies stellte die Alliierten vor ungeheure Probleme: Sie hatten sich zum Ziel gesetzt, aktive NSDAP-Mitglieder aus öffentlichen oder halböffentlichen Ämtern sowie aus verantwortlichen Posten in wichtigen Privatunternehmen zu entlassen und durch politisch zuverlässiges Personal zu ersetzen. Für diese Maßnahmen waren zunächst die vier Besatzungsmächte verantwortlich, später deutsche Stellen, wobei sich das konkrete Vorgehen je nach Besatzungszone unterschied.

Die amerikanischen Militärbehörden handhabten die Entnazifizierung zunächst sehr streng. Alle Erwachsenen mussten einen umfangreichen Fragebogen ausfüllen, der dann von gerichtsmäßig organisierten deutschen Spruch- und Berufungskammern ausgewertet wurde. Bis Ende März 1946 wurden in der amerikanischen Besatzungszone knapp 140000 Beschäftigte des öffentlichen Dienstes und über 68000 Beschäftigte aus Handel, Gewerbe und Industrie entlassen. Als die USA die Entnazifizierung im Zuge des sich verschärfenden Kalten Krie-

ges im Frühjahr 1948 einstellten, waren Verfahren gegen schwerer Belastete häufig jedoch noch nicht abgeschlossen. Dies führte dazu, dass viele Schuldige einer Bestrafung entgingen. Die britischen und französischen Militärbehörden betrieben die Entnazifizierung vor allem unter dem Gesichtspunkt einer politischen und wirtschaftlichen Zweckmäßigkeit. In der sowjetischen Besatzungszone erfolgte die Entnazifizierung dagegen zügiger und einschneidender als in den westlichen Besatzungszonen. Bis 1949 wurden rund 520000 Personen aus ihren Stellungen entlassen, wobei die Maßnahmen auch als Mittel dienten, einen sozialistischen Umbau von Wirtschaft und Gesellschaft durchzusetzen. Sowohl im Westen als auch im Osten wich man im Laufe der Zeit jedoch mehr und mehr von dem ursprünglichen Ziel einer konsequenten politischen Säuberung ab. Dies führte vor allem in der späteren Bundesrepublik dazu, dass ehemalige Nationalsozialisten sogar Spitzenpositionen in Politik, Verwaltung, Justiz und Wirtschaft besetzen konnten.

Die alliierte Strafverfolgung von Kriegs- und NS-Verbrechen sowie die Maßnahmen zur politischen Säuberung stießen bei vielen Deutschen auf Unverständnis und Kritik. Die Mehrheit der deutschen Bevölkerung vermied eine kritische Reflexion der vergangenen zwölf Jahre nationalsozialistischer Herrschaft. Die Herausforderung, die menschlichen und materiellen Verluste sowie die alltäglichen Sorgen und Notlagen der ersten Nachkriegsjahre zu bewältigen, trug mit dazu bei, dass es der deutschen Mehrheitsgesellschaft gelang, die Frage nach der eigenen Täter-, Mittäter- oder Zeugenschaft zu verdrängen.

Das Kriegsende in Deutschland bedeutete einen starken gesellschaftlichen Einschnitt. Obwohl es durchaus personelle Kontinuitäten gab, führten die Maßnahmen der Alliierten dazu, dass die nationalsozialistische Weltanschauung langfristig ihre



gesellschaftliche Basis verlor und sich nicht wieder etablieren konnte. Dennoch sollte eine breite öffentliche Auseinandersetzung mit den NS-Verbrechen und die Frage nach verschiedenen Formen der Täter- und Mittäterschaft noch Jahrzehnte auf sich warten lassen. Die enormen Belastungen der Nachkriegsjahre, Unsicherheit, Mangel und Not der deutschen Mehrheitsbevölkerung trugen mit dazu bei, dass es lange Zeit kaum Empathie für die verfolgten und ermordeten Opfer der NS-Verbrechen gab. Die politische Entwicklung beeinflusste die Möglichkeiten einer kritischen Reflexion ebenfalls: Die Diskussionen der folgenden Jahrzehnte fanden immer im Kontext des Kalten Krieges statt, sodass viele Fragen und die verschiedenen Opfergruppen erst in den vergangenen Jahren stärker in den Mittelpunkt des Interesses gerückt sind.



**Puppengeschirr von Beate Oestreicher**

Deutsches Reich, 1940er Jahre

Die jüdische Familie Oestreicher wurde im November 1943 in Amsterdam verhaftet. Nur die Tochter Helly konnte auf einem Bauernhof versteckt werden. Nach monatelanger Haft in den Lagern Westerbork und Bergen-Belsen wurden Beate und Maria mit den Eltern im April 1945 auf einen Räumungstransport geschickt. Nach fast zweiwöchiger Irrfahrt befreiten sowjetische Truppen den Zug bei Tröbitz, nördlich von Dresden. Die Eltern starben kurz darauf an Fleckfieber. Mit dem Puppengeschirr spielten die beiden Mädchen in Tröbitz. Beate nahm es bei ihrer Rückkehr in die Niederlande Ende Juni 1945 mit und bewahrte es sorgsam.

**Aufruf der Provinz Sachsen an Mitglieder getrennter Familien, ihre Adressen mitzuteilen**

Halle an der Saale, 1946

Mehr als 30 Millionen Deutsche hielten sich nach dem Krieg nicht an ihrem ursprünglichen Wohnort auf. Viele waren bereits während des Krieges evakuiert worden. Andere waren bei Kriegsende geflüchtet oder umgesiedelt worden oder befanden sich in Kriegsgefangenschaft. Viele Menschen wussten nicht einmal, ob ihre Angehörigen oder Freunde überlebt hatten. Post- und Telefonverbindungen funktionierten zunächst kaum. Mit dem Aufruf versuchten die Behörden in Sachsen, zerrissene Familien wieder zusammenzuführen.



1 10 1946

**Extra-Ausgabe**  
**1. Jahrgang**

**Eilberichte aus dem Nürnberger Prozeß**

# 1. Jahrgang Neue Presse

1. Jahrgang

Dienstag, den 1. Oktober 1946

Einzelpreis 20 Rpf.

## 12 Todesurteile in Nürnberg

**Göring, Ribbentrop, Keitel, Kaltenbrunner, Rosenberg, Frank, Frick, Streicher, Jodl, Sauckel, Bormann, Seyß-Inquart zum Tode durch den Strang verurteilt — Heß, Funk und Raeder zu lebenslänglichem Gefängnis — Schirach und Speer zu 20 Jahren, Neurath zu 15 Jahren, Dönitz zu 10 Jahren Gefängnis — Schacht, Papen, Fritzsche wurden freigesprochen — Sowjetische Delegation fordert schärfere Urteile**

### Das Schicksal der 22

Von unserem in Nürnberg anwesenden Chefredakteur Dr. Hans Kapfinger

Auf der Fahrt von Passau nach Nürnberg, zur Endphase des größten Prozesses der Weltgeschichte, komme ich in der Nähe der Gaubodenstadt Straubing durch das weit ausgedehnte Gelände, betrieblage und auch heute noch wohlhabende Dorf Altböfzen. Ich erinnere mich. Es war im Jahre 1932, anlässlich einer der Wahlen vor der Machtübernahme der Nationalsozialisten, als ich mit meinen Freunden versuchte, auch dort die braune Flut aufzuhalten. Ich erlebte jetzt auch an der Straße den Gasthof, mit der großen, gemüthlichen Gaststube, wo sich an einem Werktagabend die Szene ereignete, die ich niemals in den 13 Jahren vergessen habe. Es war uns immer wieder gelungen, in dieser Gegend die Hitlerleute niederzuhalten. Die Entscheidung war aber in dem Moment für die Nazis gefallen, als sie das flache Land, die Bauern, mit Versprechungen gewannen. Die Getreidepreise sollten erhöht werden. In Altböfzen unterbrach stand ein Mann. „Laßt ihn hin, laßt ihn hin, wenn es nichts taugt muß er wieder weg!“ Man hat mich hingelassen. Es ist der Krieg gekommen. Ich möchte nicht die Kreuze zählen, die in Altböfzen und in den anderen niederbayerischen Dörfern für die Soldaten, die für „ihn“ gestorben

Um 14.55 Uhr begann das Nürnberger internationale Tribunal den Schlußstrich unter das letzte Kapitel der Tragödie des Nationalsozialismus zu ziehen. Nachdem die Richter in der Vormittagsitzung, die bis 13.45 Uhr dauerte, die 90 Seiten umfassende Urteilsbegründung gegen die 22 ehemaligen Naziführer verlesen hatten, wurden nach der Mittagspause die Angeklagten einzeln, in der Reihenfolge der Sitzordnung, in den Saal geführt.

Als erster wurde Göring auf seinen Platz geführt und Lordrichter Lawrence verkündete die Todesstrafe gegen ihn. Die ungeheure Spannung, die über dem Gerichtssaal lastete, wurde durch die charakteristische Nüchternheit der Atmosphäre des Nürnberger Prozesses unterbrochen. Nachdem Göring den Gerichtssaal verlassen hatte, wurde Heß vorgeführt. Der Wortlaut des Urteils über die einzelnen Angeklagten lautet wie folgt: „Anekklaster... gemäß den Punkten der Anklageschrift, unter der Sie für schuldig befunden wurden, verurteilt Sie das Militärgericht...“ Die Zeit für das Hereinführen der Angeklagten, die Urteilsverkündung, das Herausführen dauert genau vier Minuten. Die sowjetische Delegation weicht von der Entscheidung des Gerichts ab, Schacht, Papen und Fritzsche freizusprechen und daß die drei Angeklagten hätten verurteilt werden müssen. Ebenso weicht die sowjetische Delegation von dem lebenslänglichen Gefängnisurteil gegen Heß ab, der zum Tode hätte verurteilt werden sollen. Weiter hätten OKW, Generalstab und Reichskabinett nach der Meinung der sowjetischen Richter als verbrecherische Organisationen verurteilt werden sollen.

### Die Begründung der Urteile

Nach der Anklage: I. Verschwörung, II. Führung von Angriffskriegen, III. Kriegsverbrechen, IV. Verbrechen gegen die Menschlichkeit

In der Dienstag-Morgensitzung begann Lordrichter Lawrence mit der Verlesung der Urteilsbegründung über die 22 Angeklagten. Als erster wurde Göring in allen vier Anklagepunkten für schuldig befunden.

#### Hermann Göring

Göring wurde in allen vier Anklagepunkten für schuldig befunden, nämlich: Der Verschwörung, der Führung von Angriffskriegen, des Begehrens von Kriegsverbrechen und des Begehrens von Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Der Gerichtshof wies auf seine Verbindung mit der Besitzergreifung Österreichs und der Tschechoslowakei und die hierauf folgenden Angriffskriege hin, wobei die führende Rolle, die er in der Nazi-Bewegung und bei den unter dem Nazi-Regime begangenen Verbrechen spielte. Der Gerichtshof erklärte: „Göring war oft, ja tatsächlich fast immer die treibende Kraft und wurde nur von seinem Führer übertroffen. Er war die ausschlaggebende Persönlichkeit bei den Angriffskriegen sowohl in seiner Eigenschaft als politischer wie auch als militärischer Führer. Er war richtunggebend für das Slavenarbeitsprogramm und er war der Urheber des Unterdrückungsprogramms gegen die Juden und andere Rassen im In- und Auslande. Alle diese Verbrechen wurden von ihm offen zugegeben. In einigen Fällen bestehen vielleicht Widersprüche in den Zeugnissen, aber im großen Ganzen gesehen sind seine eigenen Eingeständnisse mehr als genügend und hinreichend seine Schuld zu beweisen. Für diesen Mann läßt sich in dem gesamten Material keine Entschuldigung finden.“

#### Rudolf Heß

Heß war der Stellvertreter des Führers bis zu seinem Flug nach den britischen Inseln am 10. Mai 1941. Er wurde unter Punkt I und II, jedoch nicht unter Punkt III und IV verurteilt. Der Gerichtshof kam zu dem Ergebnis, daß er ein untergeordneter und williger Anführer Österreichs, der Tschechoslowakei und Polens war, und verurteilte auf die von ihm unterzeichneten Gesetze sowie die anderen von ihm zur Vorbereitung

von Angriffskriegen und der Besitzergreifung ausländischen Staatsgebietes unternommen Schritte. Jedoch erklärte der Gerichtshof: „Diese besonderen, von diesem Angeklagten zur Unterstützung von Hitlers Angriffsplänen unternommen Schritte zeigen das Gesamtsmaß seiner Verantwortung nicht. Bis zu seinem Englandflug war Heß Hitlers nächster Vertreter. Das Verhältnis zwischen den beiden war derartig, daß Heß von den Angriffsplänen schon bei deren Entstehung Kenntnis gehabt haben muß. Und wenn immer die Durchführung dieser Pläne es verlangte, zu handeln, dann handelte er.“

Mit Bezug auf den Geisteszustand von Heß erklärte der Gerichtshof: Es mag zutreffen, daß Heß in anormaler Weise handelt, an Gedächtnisverfall leidet und daß im Verlauf dieses Prozesses sein Geisteszustand sich verschlechtert hat. Jedoch liegen keine Anzeichen dafür vor, daß er die Art der gegen ihn erhobenen Beschuldigungen nicht begriff, oder unfähig ist, sich zu verteidigen. Ein vom Gerichtshof zu diesem Zweck eingesetzter Verteidiger hat ihn bei diesem Prozeß gut vertreten. Es besteht kein Grund für die Annahme, daß Heß geistig nicht völlig verstanden war. Als die Tatsachen, deren er beschuldigt ist, bezagten wurden.

#### Joschim von Ribbentrop

Hitlers Außenminister Ribbentrop wurde nach allen vier Anklagepunkten für schuldig befunden. Der Gerichtshof erklärte: Ribbentrop nahm an allen Antriebsmaßnahmen der Nazis von der Besetzung Österreichs bis zur Invasion gegen die Sowjetunion teil. Obwohl er persönlich mehr mit den diplomatischen als mit den militärischen Seiten dieser Aktionen befaßt war, war seine diplomatische Tätigkeit so eng mit dem Krieg verbunden, daß der Angriffscharakter der Taten Hitlers nicht unbekannt bleiben konnte. Auch bei der Verwaltung der Gebiete, deren Kontrolle Deutschland bis widerrechtliche Invasion erworben hatte, unterstützte Ribbentrop die Durchführung verbrecherischer Pläne, insbesondere solcher zur Ausrottung

### DIE 22 ANGEKLAGTEN ...



In der Reihenfolge links oben nach rechts: Schacht, Frick, Funk, Seyß-Inquart, Neurath, Papen, Ribbentrop, Heß, Göring, Sauckel, Kaltenbrunner, Keitel, Jodl, Frank, Schirach, Raeder, Dönitz, Speer, Streicher, Bormann (in Abwesenheit behandelt), Rosenberg und Fritzsche. (Danz-Rüd.)



← 11

**Extraausgabe der „Passauer Neuen Presse“  
zu den Urteilen im Nürnberger Prozess**

Passau, 1. Oktober 1946

Im Nürnberger Prozess gegen die Hauptkriegsverbrecher mussten sich seit November 1945 insgesamt 24 deutsche Politiker, Militärs und führende Personen aus der Wirtschaft vor dem Internationalen Militärgerichtshof verantworten. 20 Angeklagte wurden verurteilt, zehn von ihnen zum Tode. Dieser Prozess blieb der einzige, der von den vier alliierten Siegermächten gemeinsam geführt wurde. Zahlreiche weitere Verfahren fanden vor alliierten Militär- und Sondergerichten oder vor deutschen Gerichten statt.

12 ↑

**Blick auf die Anklagebank beim Nürnberger  
Hauptkriegsverbrecher-Prozess**

Nürnberg, 1946

# GERMANY: MAP OF THE OCCUPATION AREAS

## KARTE DER BESATZUNGS-ZONEN



Örtlichkeit und Vertrieb mit Genehmigung der Militär-Regierung - Atlante-Service Frankfurt am Main - Fernverteilung und Auslieferung für Bayern: Johannes Sunnecke, Frankfurt am Main

Einzelpreis: RM 0,30

14 →

### Armbinde „Magistrat Charlottenburg“

Berlin, Mai 1945

Die Alliierten tauschten einen Teil des Verwaltungspersonals aus. Sie setzten unbelastete Personen ein. Wolfgang Haney wurde zum Leiter des Tiefbauamts Berlin-Charlottenburg ernannt. Er hatte im Krieg untergetauchten Juden und Zwangsarbeitern geholfen. Passierscheine und die Armbinde erlaubten es ihm, sich in Berlin ungehindert zu bewegen.





**Karte der alliierten Besatzungszonen**

Frankfurt am Main, 1945–1949

Solche Karten hängten die Alliierten öffentlich aus, um die Bevölkerung über die neuen Machtverhältnisse zu informieren. Deutschland wurde im Sommer 1945 in vier Besatzungszonen geteilt, in denen die USA, Großbritannien, Frankreich und die Sowjetunion jeweils die oberste Regierungsgewalt übernahmen. Die deutschen Gebiete östlich von Oder und Neiße unterstanden polnischer bzw. sowjetischer Verwaltung. Die in vier Sektoren geteilte Stadt Berlin erhielt einen Sonderstatus. Für Fragen, die Deutschland als Ganzes betrafen, wurde ein Alliiertes Kontrollrat eingerichtet.

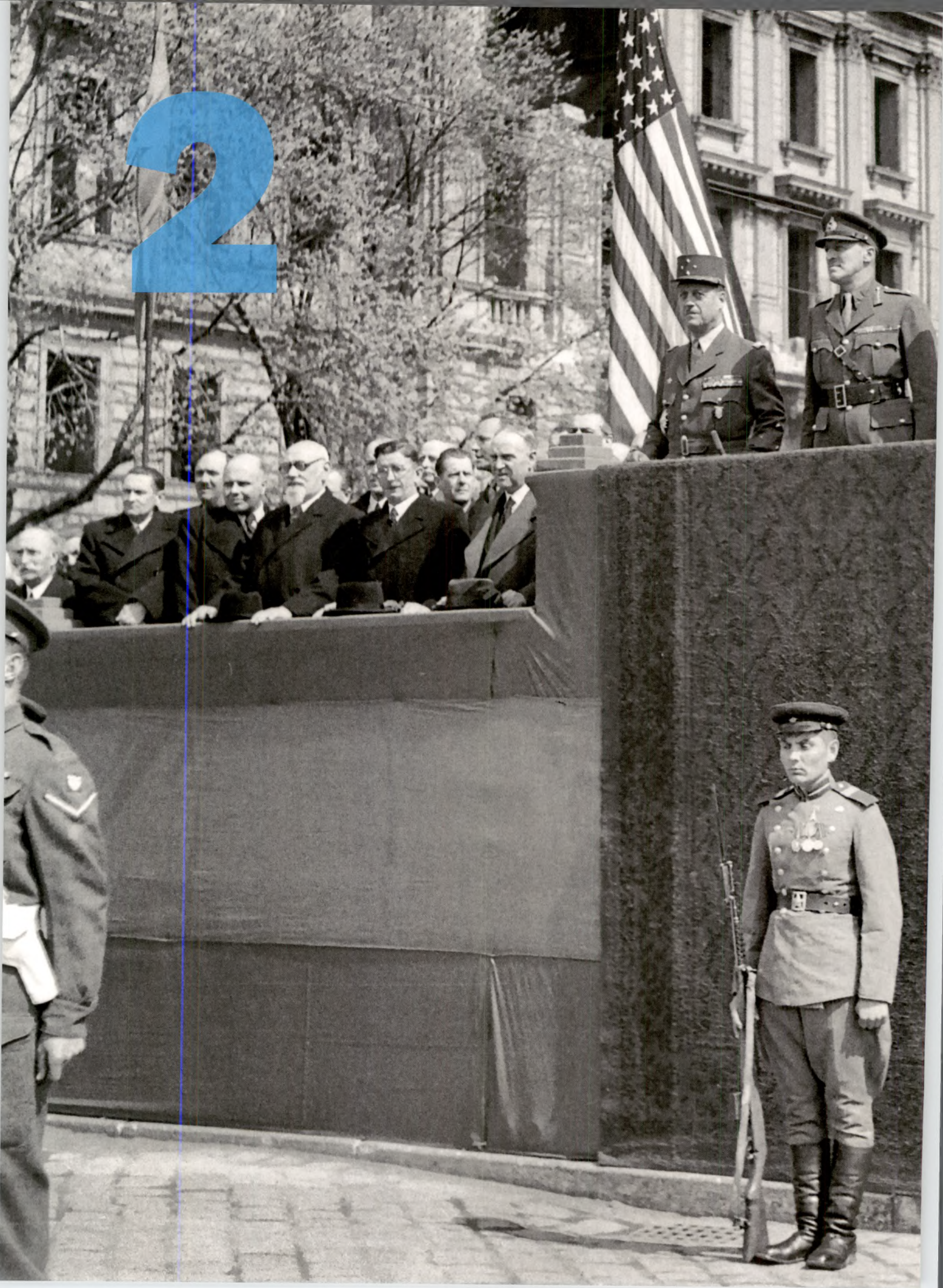
**Metallwagen zum Transport der neuen Währung**

Bremen, 1940er Jahre

Die Westalliierten schufen in ihren Besatzungszonen einen eigenen Wirtschaftsraum. Seit dem 21. Juni 1948 galt dort die Deutsche Mark. Mit solchen Wagen wurden die neuen Geldscheine innerhalb der Bankhäuser transportiert. Die sowjetische Militärverwaltung reagierte vier Tage später mit einer eigenen Währungsreform. Als Folge der Konfrontation blockierte die Sowjetunion die Zugänge zum Westteil Berlins. Die Westalliierten versorgten ihn von Juni 1948 bis Mai 1949 mithilfe einer Luftbrücke. Dieser Konflikt war der erste Höhepunkt des Kalten Krieges.



2



# Österreich



# 2

Oliver Rathkolb

## **Österreich – „Geteilte“ Erfahrungen und Opferdoktrin**

Wien wurde Mitte April 1945 von der Roten Armee befreit, doch erst am 8. Mai endete auch für Österreich der Krieg. Die Alliierten teilten das Land in vier Besatzungszonen auf. Bereits im April trat eine Provisorische Regierung zusammen, Ende November 1945 wurde ein bundesweit legitimes Parlament gewählt. Oberste Entscheidungsträger blieben jedoch die alliierten Mächte. 1938 dem Deutschen Reich angegliedert, galt das Land nach der Moskauer Deklaration vom November 1943 als erstes Opfer der „Hitlerschen Aggression“. Doch sollte Österreich auch die Verantwortung für die Beteiligung am Krieg tragen. Eine Aufarbeitung der Unterstützung des NS-Regimes und die Ahndung von Kriegsverbrechen wurden überlagert durch das Festhalten an der Opferdoktrin und dem zentralen Ziel des raschen Wiederaufbaus.



Am 30. Oktober 1943 trafen sich die Außenminister der alliierten Staaten Großbritannien, USA und Sowjetunion. Gemeinsam beschlossen sie die Moskauer Deklaration, die ein wichtiger Ausgangspunkt der österreichischen Nachkriegsgeschichte wurde. Darin erklärten die Alliierten den „Anschluss“ Österreichs an das Deutsche Reich im März 1938 für ungültig und vereinbarten, nach dem Zweiten Weltkrieg den souveränen Staat Österreich wiederherzustellen. Der Passus, der Österreich als das „erste freie Land“ bezeichnete, „das der typischen Angriffspolitik Hitlers zum Opfer“ gefallen sei, hatte langfristige Folgen. Er bot der österreichischen Gesellschaft und Politik nach dem Krieg die Möglichkeit, sich in erster Linie als „Opfer“ zu stilisieren und die eigene Beteiligung am Zweiten Weltkrieg an der Seite Deutschlands auszublenden. Die sogenannte Mitverantwortungsklausel, mit der die Moskauer Deklaration ausdrücklich auf diese Teilnahme hinwies, wurde nach 1945 weitgehend ignoriert.

## Besatzungspolitik in Ost- und Westösterreich

Nach Kriegsende wurde Österreich – wie Deutschland – in vier Besatzungszonen aufgeteilt, Wien in vier Sektoren – aber im Unterschied zu Berlin – mit einer gemeinsamen Verwaltung des 1. Bezirks mit den zentralen Regierungsgebäuden. Die westlichen Regionen unterstanden einer britischen, einer ame-

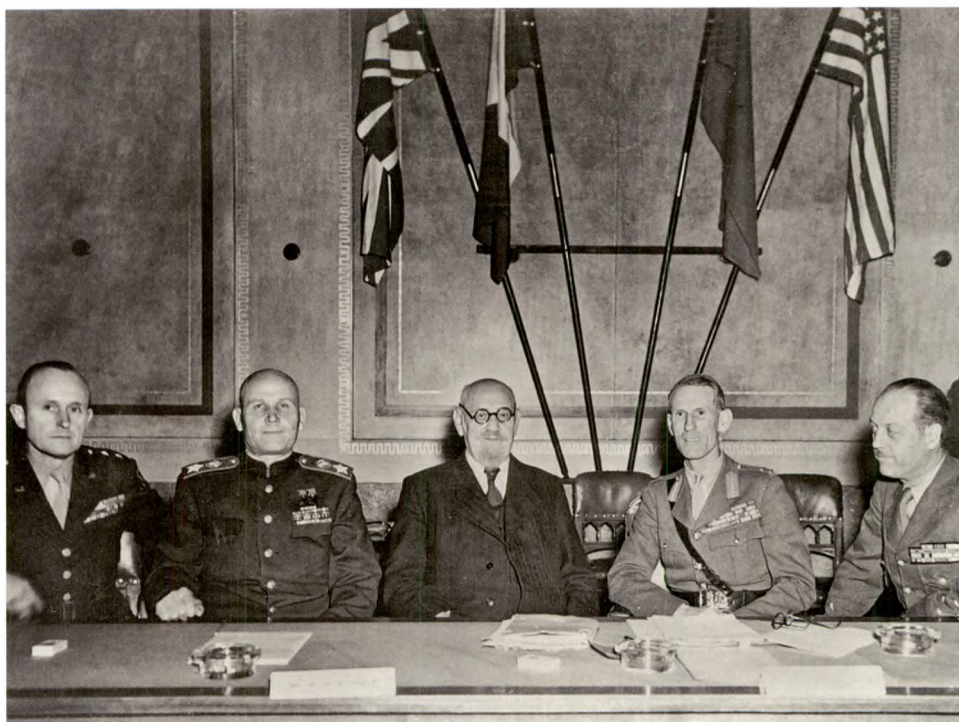
rikanischen und einer französischen, die östlichen einer sowjetischen Militärverwaltung.

Die österreichische Hauptstadt war am 13. April 1945 nach blutigen Kämpfen von Einheiten der Roten Armee befreit worden. Sozialdemokraten und Revolutionäre Sozialisten gründeten nur einen Tag nach der Befreiung Wiens die Sozialistische Partei Österreichs (SPÖ). Nahezu zeitgleich schlossen sich einige ehemalige christsoziale Politiker – unter ihnen auch Repräsentanten der Kanzlerdiktaturen unter Engelbert Dollfuß und Kurt Schuschnigg – zur Österreichischen Volkspartei (ÖVP) zusammen. Gemeinsam mit den Funktionären der Kommunistischen Partei Österreichs (KPÖ), von denen die meisten aus dem Exil in Moskau zurückgekehrt waren, proklamierten die Parteien am 27. April die II. Republik. Gleichzeitig wurde die Provisorische Regierung unter Staatskanzler Karl Renner gebildet. Eine politische und gesellschaftliche Struktur in einem – letztlich von der sowjetischen Militäradministration vorgegebenen – Drei-Parteien-Schema (KPÖ/ÖVP/SPÖ) wurde auf der Basis der alten verfassungsrechtlichen Grundlage von 1920 (in der Fassung von 1929) etabliert. Diese sollte Stabilität und eine ausgewogene Distanz zu den Supermächten USA und Sowjetunion garantieren.

Die Sowjetunion schuf damit noch vor der Ankunft der Westmächte eine Art „neutrale“ politische Struktur in Österreich. Der Sozialdemokrat Renner, der von 1918 bis 1920 bereits Staatskanzler der I. Republik gewesen war, galt als Stalins persönliche Wahl,

**Bundespräsident Karl Renner  
mit Vertretern der Alliierten  
(v. l.: Alfred M. Gruenther,  
Ivan Konjev, Renner, Mac Green,  
Émile Béthouart)**

Wien, 19. Dezember 1945



entwickelte aber bald eine geschickte „elastische Schaukelpolitik“, indem er Stalin dankbare und überaus devote Briefe schrieb und gleichzeitig dafür sorgte, dass die Informationen über Übergriffe und Vergewaltigungen, die von Soldaten der Roten Armee begangen wurden, via Stockholm an die internationale Presse und an die US-Geheimdienste gelangten.

Die Westalliierten waren von der einseitigen Proklamation eines österreichischen Staates durch die sowjetische Besatzungsmacht überrascht und irritiert, da diese im Widerspruch zu den ursprünglichen Absprachen stand. Es sollte viele Wochen dauern, bis es österreichischen Politikern gelang, den Verdacht zu entkräften, dass die Provisorische Regierung unter Renner eine prosovietische und prokommunistische Pseudoregierung sei. Bis dahin wurde ihr die Anerkennung durch die französischen, britischen und amerikanischen Alliierten verweigert. Diese betrachteten sie anfangs als „Russen-Regierung“ und „Trojanisches Pferd“, das „im Dienste des Weltkommunismus“ stehen würde. Erst am 19. Oktober 1945 wurde die Provisorische Regierung von den Westalliierten auf dem gesamten Bundesgebiet anerkannt. Dem war eine Regierungsumbildung unter Beteiligung von westösterreichischen Politikern im September vorausgegangen.

Rückblickend gibt es für die ersten Monate nach der Befreiung des Landes keinerlei Hinweise darauf, dass die sowjetische Besatzungsverwaltung eine kommunistische Volksrepublik in Österreich

plante oder unterstützte. Bereits seit Dezember 1941 war das zentrale Ziel der Politik Stalins primär die Wiederherstellung des kleinösterreichischen Staates zur Schwächung Nachkriegsdeutschlands.

Britische und amerikanische Besatzungsautoritäten untersagten in ihren Zonen in den ersten Monaten jegliche Form der politischen Aktivität. In Oberösterreich und in Salzburg bedienten sich die US-Forces Austria reiner Beamtenregierungen. In Nordtirol, Teil der französischen Zone, konnte sich die in den letzten Kriegswochen erfolgreiche Widerstandsbewegung mit dem späteren Tiroler Landeshauptmann Karl Gruber als Repräsentanten in der Landesverwaltung etablieren. In Kärnten und in Osttirol folgten die Briten zunächst der amerikanischen Linie einer umfassenden gesellschaftlichen Kontrolle. Rasch wurde jedoch deutlich, dass diese Politik des „Shut-Down“ und eine Zensur aller Medien nicht Demokratie fördernd war. Ab August/September 1945 wurden die Kontrollen zusehends gelockert und politische Parteien wieder zugelassen; erste österreichische Parteizeitungen und unabhängige Presseorgane konnten erscheinen. Auch das Fraternalisierungsverbot für Kontakte zwischen den Besatzungssoldaten und der österreichischen Bevölkerung wurde bereits im Juli gelockert und im September 1945 vollständig aufgehoben.

Die im Unterschied zur starken Kontrolle der amerikanischen und britischen Besatzungsverwaltung eher liberale Politik der sowjetischen Besatzer



in Niederösterreich und im Burgenland wurde im breiten öffentlichen Bewusstsein kaum wahrgenommen. Die Erfahrungen von Plünderungen, Übergriffen und Vergewaltigungen durch sowjetische Soldaten verdrängten die Leistungen der Roten Armee bei der Befreiung Österreichs und der schnell einsetzenden Versorgung der Bevölkerung mit Nahrungsmitteln sowie ihre wichtige Rolle bei der Etablierung demokratischer Strukturen. Bis heute gehört es nicht zur kollektiven Erinnerung, dass die Bevölkerung Wiens ohne die Lebensmittellieferungen durch die sowjetische Besatzungsverwaltung weitaus größeren Hunger hätte erleiden müssen. Internationale Hilfslieferungen wie jene durch die United Nations Relief and Rehabilitation Administration (UNRRA) erreichten die österreichische Hauptstadt erst im Januar 1946.

Die Übergriffe durch Angehörige der Roten Armee bestärkten in vielen Fällen eine bereits existierende antibolschewistische und traditionell anti-russische Einstellung und prägten das Verhältnis zur sowjetischen Besatzungsmacht grundlegend. Einerseits tabuisiert, andererseits durch eine Vielzahl von Gerüchten verbreitet, wurden die Übergriffe als gezielte Politik wahrgenommen. Hinzu kam, dass der Polizeiapparat in Wien stark von Anhängern der KPÖ dominiert wurde, die wiederum diese Facette der sowjetischen Besatzung aus ideologischen Gründen ausblendete. Auch auf der Ebene des Kabinettsrates wurde dies in den ersten Nachkriegsmonaten nicht

offen diskutiert. Die von der Sowjetunion verfolgte Reparationspolitik trug wenig zur Entspannung der Lage bei.

## Reparationsfragen und Wirtschaftsaufbau

Die Provisorische Regierung wollte mit allen Mitteln verhindern, dass die zerstörte Volkswirtschaft ähnlich wie nach dem Ersten Weltkrieg mit Reparationen belastet und in eine permanente Krise getrieben würde. Die Alliierten hatten sich auf die Wiederrichtung eines Kleinstaates in den Grenzen von 1918 geeinigt, ohne jedoch klare ökonomische Pläne entwickelt zu haben.

Nach den Vereinbarungen der Potsdamer Konferenz konnten die Alliierten auch aus Österreich Reparationen beanspruchen, sofern es sich um „Deutsches Eigentum“ aus den Jahren 1938 bis 1945 handelte. In vielen Fällen war es für die sowjetischen Behörden allerdings schwierig, „reichsdeutsche“ Kriegsrüstung und österreichische Industrieanlagen zu unterscheiden. Da die Sowjetunion hinsichtlich ihrer Reparationspolitik keine Rücksicht auf innenpolitische Folgen nahm, ließ sie auch österreichische Fabrikanlagen demontieren oder Eisenbahnzüge beschlagnahmen und in die Sowjetunion abtransportieren – ohne eine rechtliche Legitimation hierfür zu besitzen. Begründet wurde diese Politik mit dem

Hinweis auf die Mitverantwortung Österreichs für den Zweiten Weltkrieg.

Die Frage des wirtschaftlichen Wiederaufbaus dominierte die ersten Nachkriegsjahre. Im Unterschied zur Situation nach 1918 war die Weltwirtschaft nach 1945 relativ stabil. In der Zwischenkriegszeit hatte eine konstante Weltwirtschaftskrise, die in der großen Depression von 1929 ihren Höhepunkt gefunden hatte, auch in Österreich erhebliche Folgen. Die Infrastruktur war 1945 jedoch sehr viel stärker getroffen: Die baulichen Kriegsschäden beliefen sich auf 4 Milliarden Schilling (heute etwa 90 Milliarden Euro), davon entfielen 2,2 Milliarden auf Wohnbauten, 359 Millionen auf Industrie und Bergbau, 522 Millionen auf Bahnen, Brücken und Straßen. Der Wert der sowjetischen Demontagen in Wien, Niederösterreich und in Teilen der Steiermark wird auf 10 Milliarden Schilling geschätzt.

Die deutsche Kriegsrüstung hatte eine teilweise auf große Industrieanlagen ausgerichtete Infrastruktur sowie eine entsprechend ausgebildete Arbeiterschaft hinterlassen. Zudem war ein beträchtlicher Teil der österreichischen Industrie zentralisiert und „germanisiert“ worden. Überdies konnten sich die beiden großen Parteien auf eine relativ umfassende Verstaatlichung ehemaliger deutscher Betriebe einigen – mitunter, um sowjetische Ansprüche abzuwehren. 1946 wurden sogar die größten Banken – Creditanstalt-Bankverein, Österreichische Länderbank und Österreichisches Credit-Institut sowie die dazugehörigen jeweiligen großen Industriekonzerne – verstaatlicht. Diese Maßnahmen stellten die bedeutendste ökonomische Strukturreform in der Geschichte der Republik dar.

Anfangs war unklar, wem das „Deutsches Eigentum“ aus der Zeit von 1938 bis 1945 gehörte. Besonders die Sowjetunion interpretierte den Begriff „Deutsches Eigentum“ sehr umfassend und subsumierte darunter auch das beschlagnahmte Vermögen, das 1945 unter deutscher Verwaltung stand,

einschließlich der zwischen 1938 und 1945 geraubten Betriebe jüdischer Eigentümer. Allein im Bereich der sowjetischen Besatzungszone in Wien, Niederösterreich und im Burgenland sowie im Mühlviertel fielen 450 Betriebe mit 50000 Arbeitern und Angestellten, rund zehn Prozent der österreichischen Industriekapazität, unter die Kategorie „Deutsches Eigentum“. Die Westalliierten traten ab 1946 die treuhänderische Verwaltung dieser Firmen an die Republik Österreich ab, was unter anderem den Alpine-Montan-Konzern (Stahl, Kohle und Erzbergbau) in Oberösterreich, der Steiermark und Kärnten betraf. Die Sowjetunion hingegen beschlagnahmte im Februar 1946 das „Deutsche Eigentum“ und stellte es unter sowjetische Verwaltung.

Bezüglich der materiellen Entschädigung der Opfer des NS-Regimes für Vermögensverluste verhielt sich die Provisorische Regierung zunächst sehr zurückhaltend, obwohl Renner sich bewusst war, dass der internationale Druck langfristig eine gesetzliche Regelung der Entschädigungs- und „Wiedergutmachungs“-Fragen erforderlich machen würde. Vor allem die Westalliierten traten für die Interessen der Emigranten ein. Zwar wurden zahlreiche Klein- und Mittelbetriebe restituiert, die überlebenden und mehrheitlich im Ausland lebenden jüdischen Eigentümer stießen jedoch oft auf große rechtliche Probleme. In den juristischen Auseinandersetzungen dominierte vielfach das Bestreben der Justiz und der Finanzbehörden, auf dem Vergleichsweg Entschädigungen anstelle einer Restitution anzubieten.

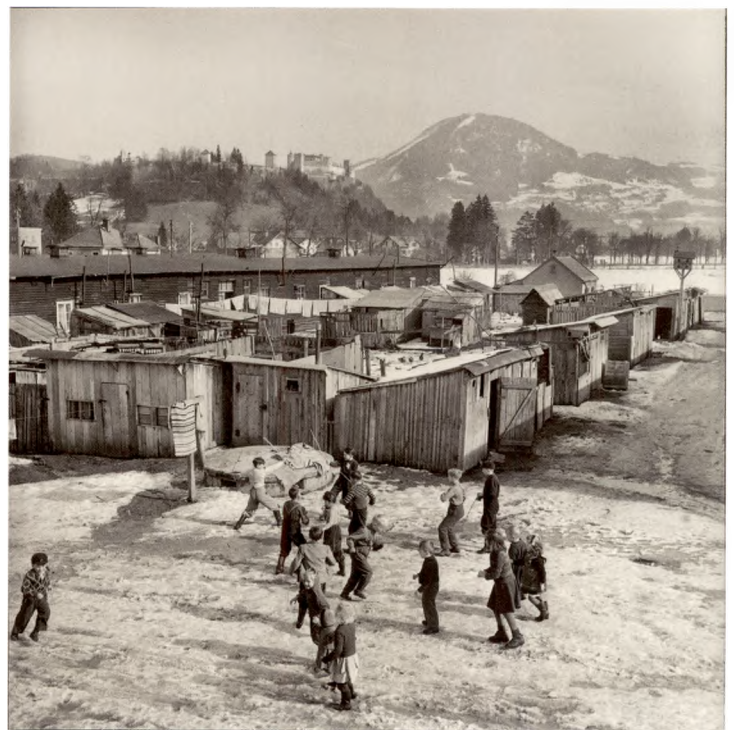
Bei Kriegsende befanden sich über 1,6 Millionen Displaced Persons und vertriebene Sudeten- und Volksdeutsche auf österreichischem Staatsgebiet. Die katastrophale Nahrungsmittelknappheit des Jahres 1945 führte zu Konflikten und Spannungen zwischen der österreichischen Bevölkerung und den Displaced Persons. Dies waren hauptsächlich ehemalige Zwangsarbeiter und Kriegsgefangene. Sudetendeutsche Flüchtlinge wurden nur höchst widerwillig und



in geringem Umfang in Österreich aufgenommen. Die Provisorische Regierung unter Renner und der niederösterreichische Landeshauptmann Leopold Figl etwa forderten eine sofortige Grenzsperrung zur Tschechoslowakei durch die sowjetische Besatzungsmacht. Selbst Flüchtlinge aus Südböhmen und Südmähren mit „altösterreichischen“ Wurzeln sollten nicht nach Österreich einreisen können. In den Debatten der Provisorischen Regierung findet sich eine Pauschalverurteilung aller Sudetendeutschen als Nationalsozialisten, wohingegen man gegenüber den „eigenen“ Parteigängern der NSDAP wesentlich mehr Verständnis aufbrachte.

## Entnazifizierung und Opferdoktrin

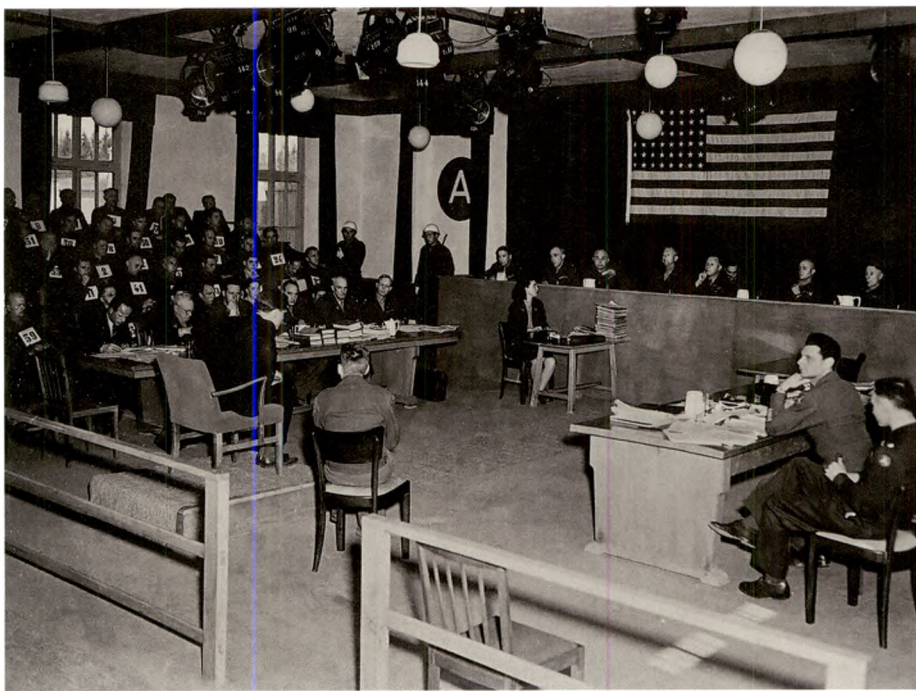
In der sowjetischen Besatzungszone schufen das Verfassungsgesetz vom 8. Mai 1945 über das Verbot der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei (NSDAP) („Verbotsgesetz“) und das „Kriegsverbrechergesetz“ vom 26. Juni 1945 die Grundlagen für eine rechtlich-administrative, nicht jedoch für eine politische Auseinandersetzung mit der Basis und dem Funktionärskorps der ehemaligen NSDAP. Die Entnazifizierung implizierte keine inhaltliche Auseinandersetzung mit dem politischen Verhalten der ehemaligen NSDAP-Mitglieder. Ein entscheidendes Bewertungskriterium war letztlich das Datum des Parteieintritts. Personen, die der NSDAP in der Zeit ihres Verbots zwischen Juni 1933 und 1938 beigetreten waren, wurden als „illegale“ und damit potenziell besonders gefährliche Nationalsozialisten eingestuft und streng bestraft. Überdies mussten sich alle Personen, die zwischen Juni 1933 und April 1945 in einem formalen „Naheverhältnis“ zur NSDAP gestanden hatten – als Mitglied, Parteianwärter, Angehöriger von Wehrverbänden, SS-Mitglied oder -Anwärter – auf ihrem zuständigen Gemeindeamt



registrieren lassen. An diese Registrierung waren abgestufte „Sühnefolgen“ gebunden, zu denen der zeitweilige Entzug der staatsbürgerlichen Rechte, ein temporäres Berufsverbot, die Einweisung in Internierungslager, Vermögensentzug oder eine finanzielle Sühneabgabe zählten. Zudem durften jene, die auf den Verbotslisten registriert waren, nicht an den Nationalratswahlen im November 1945 teilnehmen. 1946 waren insgesamt 536 660 Österreicherinnen und Österreicher als ehemalige NSDAP-Mitglieder registriert.

Bis Anfang 1946 nahmen vor allem die Westalliierten Entlassungen sowie Verhaftungen vor und führten erste Prozesse gegen Kriegsverbrecher. In der sowjetischen Besatzungszone geschah dies nur in wenigen Fällen. Vor allem die Amerikaner und die Briten forcierten den Austausch der Funktionsebenen in Politik, Verwaltung, Justiz, Polizei und im Erziehungswesen, die sowjetische Militärverwaltung überließ diese Aufgabe der Renner-Regierung. Mit dem Beginn des Kalten Krieges traten die Entnazifizierungsbestrebungen in den Zonen der Westalliierten zugunsten einer breiten antikommunistischen Haltung in den Hintergrund, die Verfolgung von NS-Tätern wurde zunehmend den österreichischen Behörden und Parteien überlassen.

Die relative Zurückhaltung der sowjetischen Besatzungsverwaltung bei der Entnazifizierung erklärt sich auch mit ihren staatspolitischen Zielen für Österreich. Die sowjetische Administration war primär



← 20

Prozess gegen Angehörige des Wachpersonals des KZ Mauthausen

Dachau, März - Mai 1946

an der Konstruktion eines selbstständigen kleinösterreichischen Staatsverständnisses interessiert, das sich deutlich vom Deutschnationalismus der Zeit vor 1938 und von den diversen Anschluss-Ideen an Deutschland unterscheiden sollte. Paradebeispiele für die wichtige Rolle der Ablösung von allem „Deutschen“ als Staatsdoktrin der II. Republik finden sich in den kulturpolitischen Debatten nach 1945. Der kommunistische Staatssekretär für Volksaufklärung, Unterricht und Erziehung, Ernst Fischer, der im Moskauer Exil gewesen war, vertrat eine Art antipreußische Österreich-Ideologie. Seine Vorstellungen lagen in vielen Fällen nicht weit entfernt vom barocken Österreich-Bild der vorangegangenen Diktatur unter den Kanzlern Dollfuß und Schuschnigg (1933–1938) und begeisterten sogar die bürgerlichen ehemaligen Christlichsozialen. Die Sozialdemokratie hielt sich in dieser Frage dagegen völlig bedeckt und versuchte, den traditionellen großdeutschen Anschluss-Gedanken per Dekret rigoros zu untersagen und damit jede inhaltliche Auseinandersetzung zu vermeiden. Unter Fischer wurde mit Erlass vom 3. September 1945 sogar das Schulfach „Deutsch“ in „Unterrichtssprache“ umbenannt. Die ÖVP wiederum setzte nicht nur auf solche eher lächerlich wirkenden nationalen Gesten, sondern zielte auf eine radikale „Verösterreichung“ im Schulunterricht, meist unter Rückgriff auf das imperiale Erbe vor 1918, versehen mit einem stark katholischen Kolorit.

Diese Versuche einer Identitätskonstruktion wurden auch durch eine politische Linie gefördert,

die die Verantwortung für den Nationalsozialismus, den Zweiten Weltkrieg und den Holocaust auf den Rechtsnachfolger des Deutschen Reiches absob. Die Mehrheit der Österreicher betrachtete sich als „Opfer“, allenfalls die NSDAP-Mitglieder zwischen 1933 und 1938 wurden als Mittäter wahrgenommen. Das von Konservativen dominierte Außenministerium unterstützte diese Opferdoktrin, trotz gegenteiliger völkerrechtlicher Expertisen, die dies infrage stellten.

Österreich hatte durchaus Opfer zu beklagen. Bis zur Befreiung des Landes im April 1945 muss nach den Schätzungen des Dokumentationsarchivs des österreichischen Widerstands von 9500 Opfern von politischer Verfolgung ausgegangen werden: rund 2150 Österreicher wurden verurteilt und hingerichtet, 4300 in Konzentrationslagern ermordet, 3000 Inhaftierte überlebten. Etwa 100000 Menschen wurden auf dem Gebiet des heutigen Österreich von der Gestapo als politisch verdächtig eingestuft und observiert. In diesen Fällen handelte es sich zumeist um Formen individuellen Widerstands, eine Massenbewegung hat sich in Österreich während des Krieges nicht entwickelt. Zu den Opfern von NS-Verbrechen zählen auch mindestens 65000 Juden sowie 11000 bis 12000 Roma und Sinti, rund 90 Prozent der vor dem Krieg in Österreich lebenden Roma und Sinti.

Auch viele Beamte und eine Reihe von Nachkriegspolitikern waren in Konzentrationslagern oder in Gefängnissen inhaftiert gewesen oder hatten zwischen 1938 und 1945 nicht in ihren Berufen arbeiten

dürfen. Dies traf jedoch nicht auf alle zu, und jede Nähe zu den Nationalsozialisten wurde tendenziell verschwiegen, etwa im Falle Renners: Dieser hatte 1938 öffentlich für den „Anschluss“ Österreichs gestimmt und auch den „Anschluss“ des Sudetenlandes mit radikaler völkischer Diktion in einer Propagandaschrift gerechtfertigt.

In Westösterreich wollte die Widerstandsbewegung um Gruber die politische Vergangenheit mancher Mitkämpfer der letzten Jahre nicht mehr thematisieren. Man ignorierte, dass sich ab 1944/45 unter den Widerstandskämpfern häufig auch NS-Straftäter befunden hatten. Die Zugehörigkeit zu einer Widerstandsgruppe schien als eine Art Generalablass für alle vorangegangenen Vergehen zu fungieren.

Charakteristisch für die Opferdoktrin ist, dass in der Deklaration der Provisorischen Regierung vom 27. April 1945 nicht nur jede genaue Benennung der konkreten Opfer – Juden, Roma, Sinti, Homosexuelle oder Zeugen Jehovas – peinlichst vermieden wird. Darüber hinaus wird das Ausmaß der Beteiligung von Österreichern an diesen Verbrechen verschwiegen bzw. die Alleinverantwortung der „Reichsdeutschen“ und der „illegalen Nazis“ aus der Zeit von 1933 bis 1938 betont.

Österreich profitierte 1945 von seiner geopolitischen Lage zwischen den sich herausbildenden Blöcken. Das Land sollte in seiner Selbstständigkeit und Unabhängigkeit von Deutschland gestärkt werden. Da für Stalin bereits seit Ende 1941 und spätestens mit der Moskauer Deklaration vom 1. November 1943 auch für die internationale Öffentlichkeit die Trennung Österreichs von Deutschland nach Kriegsende feststand, wurde diese Eigenstaatlichkeit mit allen Mitteln gefördert. Die ebenfalls in der Moskauer Deklaration festgehaltene Mitverantwortungsklausel für den Nationalsozialismus und den Zweiten Weltkrieg sollte letztlich nur in den ökonomischen Forderungen der Sowjetunion eine Rolle spielen.

Daher konnte bereits am 25. November 1945 im Zuge der Wahlen zum ersten österreichischen Nationalrat wieder ein bundesweit legitimiertes Parlament gewählt werden. Trotz einer absoluten Mehrheit der ÖVP wurde die Koalition mit der SPÖ sowie der KPÖ erneuert. Ziel war es, möglichst rasch einen österreichischen Staatsvertrag auszuarbeiten und den Abzug der Alliierten vorzubereiten. Letztlich verzögerten der Kalte Krieg und die Auseinandersetzung um die Deutschlandfrage den Abschluss des Staatsvertrags bis zum 15. Mai 1955. Somit erhielt Österreich seine volle Souveränität erst zehn Jahre nach Kriegsende zurück.



← 21

#### Ausstellungsbroschüre

Wien, 1946

Unmittelbar nach Kriegsende vereinte die österreichischen Parteien ein antifaschistischer Grundkonsens. Dieser manifestierte sich in der Ausstellung „Niemals vergessen!“, die im September 1946 in Wien eröffnet wurde. Sie war von den Parteien auf Anregung der sowjetischen Besatzungsmacht in Auftrag gegeben worden. Die breite Öffentlichkeit sollte über die Verbrechen des NS-Regimes informiert werden. Insgesamt besuchten rund 840 000 Menschen die Ausstellung.

22 →

#### Wahlplakat der Sozialistischen Partei Österreichs (SPÖ)

Österreich, 1949

Anlässlich der Parlamentswahlen von 1949 forderte die SPÖ „ein freies unabhängiges, sozialistisches Österreich“. Die vier Alliierten – gezeigt als Elefanten – sind im Land nicht mehr erwünscht. Sie sollen weder in Österreich bleiben noch das Land zerreißen. Der beginnende Kalte Krieg, die Forderung der Sowjetunion nach Reparationszahlungen sowie nach einer „immerwährenden Neutralität“ zögerten die Erlangung der staatlichen Unabhängigkeit hinaus. Erst im Mai 1955 wurde Österreich mit der Unterzeichnung des Staatsvertrags unabhängig.





← 23

**Straßenschild „Linz“**

Mühlviertel, 1945/46

Die Einrichtung der Besetzungszonen hatte erhebliche Konsequenzen für die Bevölkerung. Der Verkehr zwischen den Zonen war nur mit Passierscheinen und viersprachigen Identitätsausweisen möglich. Die Kontrollen wurden erst 1953 eingestellt. Die sowjetische Militärverwaltung ließ Straßenschilder in kyrillischer Schrift aufstellen, um den Soldaten in ihrer Zone die Orientierung zu erleichtern.

# IRO is closing

# Die IRO schließt

## IRO is closing!

Attention all refugees qualifying for IRO help  
in Austria

You have been informed previously of the probable termination dates of IRO. The IRO General Council has now fixed final termination dates as follows:

- 31<sup>st</sup> August 1949: Registrations for IRO assistance cease (except for legal and political protection).
  - 15<sup>th</sup> October 1949: Refugees arriving in Austria after 31<sup>st</sup> August 1949 must register by 15<sup>th</sup> October 1949.
  - 31<sup>st</sup> December 1949: No more admissions to IRO Camps.
  - 30<sup>th</sup> June 1950: All IRO Camps close.
- I urge all IRO refugees to consider the above dates and to make a definite decision now regarding their future.

John S. Wood  
Chief, IRO Austria

## Die IRO schließt!

An alle Flüchtlinge in Österreich,  
die für Hilfe durch die IRO berechtigt sind

Sie sind bereits von den voraussichtlichen Abschlüßterminen der IRO benachrichtigt worden. Der Generalrat der IRO hat nunmehr die in Frage kommenden Daten wie folgt festgelegt:

- 31. August 1949: Endtermin für Registrierungen auf IRO-Hilfe (mit Ausnahme solcher, die bloß rechtlichen und politischen Schutz betreffen).
  - 15. Oktober 1949: Abschluß der Registrierungen für Flüchtlinge, die nach dem 31. August 1949 in Österreich eintreffen.
  - 31. Dezember 1949: Sperrung von Neuaufnahmen für IRO-Lager.
  - 30. Juni 1950: Endgültige Schließung der IRO-Lager.
- Ish empfehle dringend allen IRO-Flüchtlingen, die obigen Daten zur Kenntnis zu nehmen und schon jetzt einen festen Entschluß bezüglich Ihrer Zukunft zu fassen!

John S. Wood  
Leiter der IRO in Österreich

## Az IRO megszűnik!

Figyelem! Az összes Ausztriában élő menekültek,  
akiknek IRO-segítségre igényük van, vegyék tudomásul

Őn is értesült valószínűleg már az IRO záros-határidejéről. Az IRO Főtanácsa a szóban forgó határidőket immár a következőképp határozta meg:

- 1949. Augusztus 31: Végző határideje az IRO-segítség iránti regisztrálásnak (kivéve azokat, amelyek csak a jogi-és a politikai védelmet illetik).
  - 1949. Október 15: Oly menekültek regisztrálásának a lezárása, akik 1949. augusztus 31-én után érkeznek meg Ausztriába.
  - 1949. December 31: IRO-láborokba való újfelvételeknek zárás határidejeje.
  - 1950. Június 30: Az IRO-láborok végző felhagyása.
- Sürgősen ajánlom az összes IRO-menekültnek, hogy a fentebbi határidőket vegyék tudomásul és már most intézkedjenek végérvényesen jövőjüket illetőleg!

John S. Wood  
az ausztriai IRO vezetője

## Likwidacija IRO

Do wiadomości wszystkim przesłanym osobom,  
którzy reflektują na pomoc IRO

W międzyczasie powiadomiono już Was o terminie likwidacji IRO. Generalny zarząd IRO ustalił też następujące terminy:

- 31. sierpnia 1949 r.: Ostateczny termin rejestracji odnośnie pomocy IRO (za wyjątkiem tych, do których odnosi się tylko prawna i polityczna pomoc).
  - 15. października 1949 r.: Zakończenie rejestracji dla uchodźców, którzy przybyli do Austrii po 31. sierpnia 1949.
  - 31. grudnia 1949 r.: Wstrzymanie nowych przyjęć do obozów IRO.
  - 30. czerwca 1950 r.: Ostateczna likwidacja obozów IRO.
- Polecam wszystkim IRO uchodźcom przyjąć do wiadomości wyżej wspomniane terminy i już teraz zdecydować odnośnie swojej przyszłości.

John S. Wood  
kierownik IRO w Austrii

## IPO LIKVIDUET'SJA.

Do всіх заінтересованих біженців в Австрії, котрі  
рефлектують на поміч зі сторони IPO

Вас повідомили вже про речинищ ліквідації IPO. Генеральна  
Дирекція IPO усталила уже речинищ, а менищ:

- 31. серпня 1949 року: Кінцевий речинищ для реєстрації на поміч зі сторони IPO (за відміном правної і політичної охорони).
  - 15. жовтня 1949 року: Закінчення реєстрації для біженців, котрі прибули до Австрії після 31. серпня 1949 року.
  - 31. грудня 1949 року: Здерманс нових прийнят до таборів IPO.
  - 30. червня 1950 року: Остаточна ліквідація таборів IPO.
- Поручаю всім заінтересованим IPO біженцям прийняти до відома в горі подані речинищ і вже тепер ріштинищ відносно Вашої будучинищ.

Жон С. Вуд  
ше IPO в Австрії

## IPO ПРЕКРАШАЕТ СВОЮ ДЕЯТЕЛЬНОСТЬ

Во внимание всем заинтересованным лицам в Австрии,  
рассчитывающих на помощь со стороны ИОР

Вас уже уведомлен о предполагаемом сроке прекращения деятельности ИРО. Генеральный Совет ИРО определил теперь принимающие в соображении нижеуказанные сроки следующим образом:

- 31 августа 1949 года: Окончательный срок по регистрации насчет помощи со стороны ИРО. (за исключением тех, которые претендуют на юридическую помощь)
  - 15 октября 1949 года: Завершение регистрации беженцев — перемещенных лиц, прибывших в Австрию после 31 августа 1949 года.
  - 31 декабря 1949 года: Запрещение новых приемов в лагеря ИРО.
  - 30 июня 1950 года: Окончательный срок закрытия лагерей ИРО.
- Срочно рекомендую всем заинтересованным ИРО беженцам-перемещенным лицам принять к сведению вышеуказанные сроки и уже теперь принять решение насчет Вашей будущности.

Жон С. Вуд  
Начальник ИРО в Австрии

## IPO SE ZATVARA

Svima begunjcima u Austriji, koji traže pomoć IPO-a

Obavješteni ste ovime o predviđenom terminu završnog rada IPO-a. Glavni savjet IPO-a određio je sljedeće termine:

- 31. avgusta 1949 god.: krajnje ročište za unos za IPO-pomoć (osim onih, koji traže pravnu ili političku zaštitu)
  - 15. oktobar 1949 god.: završenje registracije za begunce, koji stižu posle 31. avgusta 1949 god. u Austriju.
  - 31. decembar 1949 god.: prestajanje se primanje novih begunaca za IPO-logore
  - 30. juna 1950 god.: konačno zatvaranje IPO-logori.
- Preporučujem svima IPO-a begunjcima, gornje navedene podatke uzeti do znanja i sada se već odlučiti za budućnost.

Джон С. Вуд  
управник IPO-а у Аустрији

## IRO Zaključuje

Opozarjamo vse begunce v Avstriji katerim pristoja  
IRO-pomoč.

O predstojećem terminu zaključka od IRO ste bili že obveščani. Generalni svet IRO je sedaj tozedeвне čase določil kakor sledi:

- 31. avgust 1949: Zadnji termin za registriranje za IRO-pomoč (izuzeta so samo taka registriranja, katera se tičejo pravne ali politične zaščite).
  - 15. oktober 1949: Konec registriranja beguncev, ki so prišli po 31. avgustu 1949 v Avstrijo.
  - 31. december 1949: Konec novih sprejemov v IRO-tabore.
  - 30. junij 1950: Konec zaključitev IRO-laborov.
- Vsem IRO-beguncem najne priporočam, da vzamejo zgoraj navedone čase (termine) an znanje in da se že sedaj, enkrat za vselej, odločijo za svojo bodočnost!

John S. Wood  
voja IRO v Avstriji

## IRO se zatvara

Svim bjeguncima u Austriji, koji traže pomoć od IRO

Obavješteni ste ovime o predviđenom terminu završnog rada IRO. Glavni savjet IRO odredio je sljedeće termine:

- 31. avgusta 1949 god.: zadnje ročište za upis na IRO pomoć (osim onih, koji traže pravnu ili političku zaštitu).
- 15. oktobar 1949 god.: završenje registracije bjegunaca, koji stižu poslije 31. avgusta 1949 god. u Austriju.
- 31. decembra 1949 god.: prestajanje primanja novih bjegunaca za IRO logora.
- 30. juna 1950 god.: Konačno će biti IRO logori zatvoreni. Preporučujem svim bjeguncima, gornje navedene podatke uzeti do znanja i sada se već odlučiti za budućnost.

John S. Wood  
upravitelj IRO u Austriji

# SIE REDEN VOM EWIGEN FRIEDEN...



# ...UND WOLLEN DEN EWIGEN HASS!

← 24

## Plakat der International Refugee Organisation (IRO) zum Ende ihrer Tätigkeit in Österreich

Österreich, 1949

Die IRO war seit 1947 die Nachfolgeorganisation der UN-Hilfsorganisation UNRRA. Beide Organisationen halfen den alliierten Militäradministrationen bei der Versorgung sowie bei der Repatriierung der Displaced Persons, ihrer Auswanderung in andere Länder oder ihrer Integration in Österreich. Allein bis Ende 1947 hatten rund 900000 Menschen Österreich verlassen. Die IRO gab 1949 die Schließung aller von ihr betriebenen DP-Lager in Österreich bekannt.

25 ↑

## Wahlplakat der Österreichischen Volkspartei (ÖVP)

Österreich, 1949

Vor den Parlamentswahlen 1949 warb die konservative ÖVP offensiv um die Stimmen ehemaliger NS-Anhänger. Das Plakat legt nahe, dass Kommunisten und Sozialisten diese dauerhaft ausgrenzen wollten. Tatsächlich hatte das Parlament bereits 1948 rund 500000 sogenannte Minderbelastete amnestiert. Ehemalige Nationalsozialisten wurden schnell wieder in die Gesellschaft eingebunden. Eine kritische Auseinandersetzung mit der Vergangenheit fand kaum statt.

3





# Tschechoslowakei



# 3

Jaromir Balcar

## **Tschechoslowakei – Zwischen NS-Besatzungs- herrschaft und kommunistischer Diktatur**

Die Tschechoslowakei war das erste Land mit einer nichtdeutschen Bevölkerungsmehrheit, das in den deutschen Machtbereich geriet. Der tschechische Landesteil verblieb als Protektorat Böhmen und Mähren am längsten unter der NS-Gewaltherrschaft. Der slowakische Marionettenstaat hingegen verbündete sich mit dem Deutschen Reich. Nach Kriegsende wurde der gemeinsame Staat von Tschechen und Slowaken erneuert. Mit neuen politischen und sozioökonomischen Strukturen sollte das Land geeint und die Gefahr einer erneuten Auflösung des Staates gebannt werden. Der Versuch, demokratische Strukturen zu retablieren, scheiterte. Trotz langer zivilgesellschaftlicher Traditionen setzte sich in der Tschechoslowakei schließlich der Staatssozialismus durch.



← 26

### Begrüßung der Roten Armee in Prag

Prag, 9. Mai 1945

Als am frühen Morgen des 9. Mai 1945 die ersten sowjetischen Panzer in Prag einrollten und die Niederlage der Wehrmacht besiegelten, bedeutete dies für den größten Teil der tschechoslowakischen Bevölkerung die langersehnte Befreiung von der deutschen Besatzungsherrschaft. Doch der so hoffnungsvoll begonnene Versuch eines demokratischen Neuanfangs endete schon bald in der kommunistischen Einparteiendiktatur, die persönliche Unfreiheit, politische Unterdrückung und ökonomische Stagnation mit sich brachte. Mit der Tschechoslowakei glitt das Land mit den stärksten zivilgesellschaftlichen Wurzeln in Ost- und Südostmitteleuropa in den Staatssozialismus sowjetischer Prägung ab. Das lag nicht so sehr an Eingriffen der Sowjetunion, die natürlich ein großes Interesse daran hatte, diese hoch industrialisierte Region im Herzen Europas in den eigenen Machtbereich zu integrieren; anders als etwa in Polen zog die Rote Armee jedoch bis zum November 1945 wieder aus dem Land ab. Diese Entwicklung folgte auch keinem ausgeklügelten Masterplan der Kommunistischen Partei, die zwar von Anfang an nach der alleinigen Macht strebte, dabei aber flexibel und mit großem taktischem Geschick die Chancen nutzte, die ihr die demokratischen Spielregeln sowie die Schwäche und Uneinigkeit ihrer politischen Gegner boten.

## Krieg und Befreiung

Um die Nachkriegsentwicklung in der Tschechoslowakei zu verstehen, ist ein Blick auf die Besatzungs-

und Kriegszeit unerlässlich. Die Erste Tschechoslowakische Republik wurde nach dem Ersten Weltkrieg gegründet und war mit einer Bevölkerung, die sich neben Tschechen und Slowaken aus Ungarn, Deutschen, Polen, Ruthenen und Juden zusammensetzte, ein verkleinertes Abbild der multiethnischen Donaumonarchie. Dennoch war sie der einzige der nach dem Ersten Weltkrieg neu gegründeten Staaten zwischen Baltikum und Balkan, in dem es gelang, eine relativ stabile Demokratie zu etablieren. Anders als Ungarn, Polen, Rumänien, Bulgarien, Jugoslawien, Griechenland, das Baltikum oder auch Österreich, wo bald autoritäre Regime an die Stelle der ungefestigten Demokratien traten, fiel die Tschechoslowakei einer Aggression von außen zum Opfer. Schon die Weltwirtschaftskrise der 1930er Jahre hatte die exportabhängige Republik besonders hart getroffen und ihr ökonomisches Fundament untergraben: Im Zeichen der einsetzenden Massenarbeitslosigkeit schloss sich ein großer Teil der 3,2 Millionen deutschen Bewohner, die rund ein Viertel der Gesamtbevölkerung ausmachten, einer separatistischen und faschistischen Bewegung an, die bald ganz ins Fahrwasser des reichsdeutschen Nationalsozialismus geriet. Mithilfe dieser „Fünften Kolonne“ gelang es Adolf Hitler, den Westmächten im Münchner Abkommen vom September 1938 die Abtretung der mehrheitlich deutsch besiedelten Randgebiete Böhmens und Mährens abzupressen – Vertreter Prags waren nicht an den Verhandlungen beteiligt. Der zweite Schritt der Zerschlagung der



← 27

### Widerstandskämpfer des Prager Aufstands auf einer Barrikade

Prag, Mai 1945

im Zuge des Vormarsches der Roten Armee noch zunahm, bekamen die Deutschen nicht mehr unter Kontrolle. Im „Protektorat“ dagegen gelang es ihnen, teilweise mittels blanken Terrors, die Friedhofsruhe unter der tschechischen Bevölkerung bis fast zum Ende des Krieges aufrechtzuerhalten. Erst als sich Anfang Mai 1945 sowjetische und amerikanische Einheiten der Hauptstadt näherten, schlug der tschechische Widerstand offen los. Nach mehrtägigen blutigen Kämpfen endete der Prager Aufstand auf dem Verhandlungsweg, und die deutschen Truppen zogen ab. Die wenig später in Prag einrückende Rote Armee erreichte eine bereits weitgehend befreite Stadt.

Tschechoslowakei erfolgte Mitte März 1939, als die Wehrmacht in das Landesinnere Böhmens und Mährens einmarschierte, das dem Deutschen Reich als „Protektorat“ einverleibt wurde. Die Besatzungspolitik fiel hier wesentlich milder aus als etwa in Polen oder in den besetzten Gebieten der Sowjetunion. Das lag daran, dass die Deutschen ihre langfristigen „Germanisierungsziele“ während des Krieges zurückstellen mussten, um die böhmischen Länder für die Rüstungsproduktion einzuspannen. Doch schreckten die Besatzer auch hier nicht vor Terrormaßnahmen zurück. In der Slowakei, die 1939 zu einem scheinselfständigen Staat von Hitlers Gnaden aufstieg, errichtete die Slowakische Volkspartei ein klerikal-faschistisches Regime, in dem politisch Andersdenkende ebenso verfolgt wurden wie Juden.

Terror und Unterdrückung, aber auch die zunehmend schlechtere Versorgungslage ließen die Unzufriedenheit anschwellen und steigerten den Hass auf Besatzungsmacht und Marionettenregime. In der Slowakei formierte sich der Widerstand gegen die Regierung von Jozef Tiso im Slowakischen Nationalrat, der Ende August 1944 den Slowakischen Nationalaufstand auslöste. Diese Erhebung dauerte zwei Monate, bevor sie blutig niedergeschlagen wurde. Die Tätigkeit slowakischer Partisanen, die

## Schwieriger Neubeginn

Die Erleichterung und Freude, die Tschechen und Slowaken angesichts der Befreiung ergriff, konnte nicht darüber hinwegtäuschen, dass der Neubeginn schwierig werden würde. Das lag zum einen daran, dass äußerst heterogene politische Kräfte ihn bewältigen mussten. Die politische Landschaft setzte sich aus drei großen Gruppen zusammen: dem Widerstand, der in der Slowakei und in den böhmischen Ländern gegen die deutschen Besatzer gekämpft hatte, der Exilregierung unter Präsident Edvard Beneš in London, die die staatsrechtliche Kontinuität zur Ersten Republik verkörperte, und einer weitgehend aus Kommunisten bestehenden Gruppe, die die Besatzungszeit im Moskauer Exil verbracht hatte. Die meisten der sechs Parteien, die das politische Spektrum bildeten, bestanden aus einer Mischung dieser drei Gruppen, womit Flügelkämpfe vorprogrammiert waren. Die Parteien schlossen sich in der Nationalen Front zusammen, einem Machtkartell, das die volksdemokratische Regierung der Tschechoslowakei trug und deren Entscheidungen vorbereitete. Das Parlament, das bis zu den Wahlen am 26. Mai 1946 aus Abgesandten von Parteien und gesellschaftlichen Organisationen bestand, spielte gegenüber dieser

## Verkündung des Kaschauer Programms

Košice (Kaschau), 5. April 1945



mächtigen Exekutive nur eine nachrangige Rolle. Weder konnte hier eine politische Opposition Gegenkonzepte präsentieren, denn alle im Parlament vertretenen Parteien gehörten der Regierung an, noch traf die Legislative die wichtigen Entscheidungen. Regiert wurde das Land zunächst mit Präsidialdekretten, den sogenannten Beneš-Dekretten, die die Regierung bzw. die Nationale Front ausarbeitete. Da die Allparteienkoalition aber in wichtigen Fragen einstimmig entscheiden musste, kam es oft zu Formelkompromissen und Paketlösungen, was klare Richtungsentscheidungen erschwerte.

Auch wogen die Hypothesen der jüngsten Vergangenheit schwer. So etwas wie das Münchner Abkommen von 1938, das die Auflösung des tschechoslowakischen Staates eingeleitet hatte, sollte sich auf keinen Fall wiederholen. Die bürgerlichen Eliten der Zwischenkriegszeit, die den Staat preisgegeben hatten, waren ebenso diskreditiert wie die Westmächte, die das Münchner Abkommen mitunterzeichnet hatten, anstatt ihrer Beistandspflicht nachzukommen. Daher schienen sowohl ein umfassender Elitenwechsel als auch eine Änderung in der außenpolitischen Orientierung des Staates dringend geboten. Diskreditiert war ferner die marktorientierte Wirtschaftsordnung der Zwischenkriegszeit, denn die Weltwirtschaftskrise mit ihren dramatischen sozialen und politischen Verwerfungen steckte den Entscheidungsträgern noch in den Knochen. Daher stand die Wiederherstellung der Ersten Republik nicht zur Debatte, sondern nur die Schaffung völlig neuer politischer und sozioökonomischer Strukturen. Das kam bereits im Kaschauer Programm zum Ausdruck, dem Regierungsprogramm der Nationalen

Front, das im April 1945 in der ostslowakischen Stadt Košice (Kaschau) beschlossen worden war.

## Vertreibung und Retribution

Allerdings gaben in den ersten Wochen und Monaten nach der Befreiung weder politische Programme noch Weisungen der Prager Zentralregierung den Ausschlag, sondern die Initiativen lokaler Akteure. Das galt vor allem für tief greifende Eingriffe in die ethnische Struktur der Bevölkerung, die nach 1945 ganz oben auf der politischen Agenda standen. Zwar hatte sich die Londoner Exilregierung bei den Alliierten bereits vorab die Zustimmung zur Aussiedlung der deutschen Bevölkerung gesichert, deren Modalitäten waren bei Kriegsende aber noch völlig offen. Nun, im Moment des Sieges über das NS-Regime, entlud sich der Hass auf die im Lande verbliebenen Deutschen. Die grauenvollen Bilder der kurz vor Kriegsende nach Westen getriebenen KZ-Häftlinge und das brutale Vorgehen von Wehrmacht und SS in den Rückzugskämpfen verstärkten diesen Hass noch. Hocharrangige Politiker gossen in markigen Reden zusätzlich Öl ins Feuer, um auf diese Weise vollendete Tatsachen zu schaffen. Aus all dem resultierten die „wilden Vertreibungen“ des Sommers 1945, in denen die Deutschen zunächst in Arbeitslagern interniert und dann über die Grenze getrieben wurden. Dabei kam es zu Gewaltexzessen, denen insgesamt zwischen 20000 und 30000 Deutsche zum Opfer fielen.

Im August 1945 beschlossen die Siegermächte auf der Potsdamer Konferenz, dass der Bevölkerungstransfer „in ordnungsgemäßer und humaner

Weise“ erfolgen sollte, was willkürliche Übergriffe eindämmte. Auch wenn die zunächst ebenfalls geplante Aussiedlung der ungarischen Bevölkerung aus der Slowakei am Einspruch der Alliierten scheiterte, zeitigte dieser extreme bevölkerungspolitische Eingriff weitreichende Folgen: Er schuf zahllose Möglichkeiten des Aufstiegs und der Selbstbereicherung in den zuvor mehrheitlich deutsch besiedelten Grenzgebieten, etwa durch die Übernahme von Bauernhöfen, Geschäften oder Handwerksbetrieben. Die Verlagerung von Industriebetrieben aus dem Grenzland in die Slowakei half, das ökonomische Entwicklungsgefälle innerhalb des Landes zu verringern. Da die propagierte Rückwanderung von Tschechen und Slowaken aus dem Ausland jedoch weit hinter den Erwartungen zurückblieb, stellte sich bald ein chronischer Arbeitskräftemangel ein, der sowohl die Industrie als auch die Landwirtschaft vor schwerwiegende Probleme stellte. So gesehen, erwies sich die Vertreibung als Belastung für den Neubeginn.

Die Abrechnung mit den Deutschen und ihren Helfershelfern erstreckte sich auch auf tschechische und slowakische „Kollaborateure“ und „Verräter“, die nun zur Rechenschaft gezogen wurden. Hierbei regierte zunächst Willkür: In den Industriebetrieben – um nur ein Beispiel zu nennen – übernahmen die Betriebsräte die Macht, richteten „Säuberungsausschüsse“ ein und verfuhrten mit denjenigen, die sie der Kollaboration mit den Besatzern bezichtigten, nach eigenem Gutdünken. Dabei wurden vielfach auch private Rechnungen beglichen, und gerade die Betriebsräte nutzen die Gelegenheit, um mit missliebigen Vorgesetzten abzurechnen. Später ging auch die als Retributionspolitik bezeichnete juristische Abrechnung mit der deutschen Besatzungsherrschaft in geordnete Bahnen über: Die Beschuldigten mussten sich vor Außerordentlichen Volksgerichten verantworten, besonders prominente Angeklagte kamen vor das Prager Nationalgericht.

Sowohl in den böhmischen Ländern als auch in der Slowakei, wo eine etwas andere Rechtsgrundlage galt, fiel die juristische Aufarbeitung der jüngsten Vergangenheit im europäischen Vergleich sehr hart aus. Allein in Böhmen und Mähren wurden 723 Todesurteile verhängt, von denen 686 vollstreckt wurden. Damit wurden hier etwa so viele Personen hingerichtet wie in Frankreich, dessen Bevölkerung viermal so groß war. Fraglos erhielten viele der Beschuldigten, die ihre Nachbarn denunziert oder versteckt lebende Juden verraten hatten, ihre gerechte Strafe. Der Preis dafür war allerdings hoch, denn durch willkürliche Denunziationen konnte praktisch jeder in die Mühlen der Retributionspolitik geraten. Dadurch verlängerten sich die Phase der Rechtsunsicherheit und das Klima der Angst weit über das Kriegsende hinaus.

## Von der Markt- zur Planwirtschaft

Wie sehr die Nachkriegsentwicklung in der Tschechoslowakei bisweilen von schlichten Zufällen abhing, verdeutlicht nichts besser als der Transformationsprozess der Wirtschaftsordnung. Um weitere Wirtschaftskrisen, die dem kapitalistischen Wirtschaftssystem inhärent zu sein schienen, zu vermeiden, plädierten alle politisch relevanten Kräfte dafür, den labilen „Markt“ durch einen stabileren „Plan“ zu ersetzen. Wie weit die Planung allerdings gehen, ob und wo sie durch Marktelemente ergänzt werden sollte und wie der Planungsprozess zu organisieren sei, wusste im Sommer und Herbst des Jahres 1945 niemand so recht zu sagen. „Sozialismus“ lautete das Zauberwort, das alle im Munde führten, ohne indes konkrete Vorstellungen davon zu haben, wie dieser Sozialismus eigentlich aussehen sollte. Die Übernahme des sowjetischen Modells meinte man damit jedenfalls nicht, denn selbst kommunistische



← 29

### Aufmarsch der kommunistischen Volksmilizen auf der Karlsbrücke

Prag, 28. Februar 1948

Wirtschaftsexperten hielten dies angesichts der völlig anderen Gegebenheiten in der Tschechoslowakei für unmöglich. Dass sie recht hatten, sollte sich später herausstellen – allerdings erst, nachdem die Tschechoslowakei das sowjetische Modell übernommen hatte.

Eine zentrale Weichenstellung auf dem Weg dorthin markierte die weitgehende Nationalisierung der Industrie im Herbst 1945. Mit einem Federstrich avancierte der Staat zum größten Unternehmer des Landes, der fast zwei Drittel der Industriearbeiter beschäftigte. Diese faktische Verstaatlichung schuf jedoch immense Probleme, weil der Staat auf seine neue Rolle gar nicht vorbereitet war. Der Zusammenschluss von Betrieben zu riesigen Nationalunternehmen, die hohe Verluste einfuhren, vergrößerte den Handlungsdruck. Der in großer Eile ausgearbeitete Zweijahresplan für die Jahre 1947 und 1948 stellte denn auch in erster Linie eine Nothilfe für den krisengeschüttelten nationalisierten Industriesektor dar. Doch bereits 1947 verschob sich das Ziel vom Wiederaufbau zum „Aufbau des Sozialismus“, was umfassendere Planungsinstrumente und -techniken erforderlich zu machen schien, die dann im ersten Fünfjahresplan 1949 bis 1953 zur Anwendung kamen. Die nächste wichtige Etappe auf dem Weg zur Zentralplanwirtschaft bestand darin, den Außenhandel der Tschechoslowakei in Richtung des entstehenden Ostblocks zu orientieren, wofür auch zunehmende Absatzprobleme tschechoslowakischer Produkte auf den Westmärkten sprachen. Die Regierung wollte damit das seit 1943 bestehende politische und mili-

tärische Bündnis der Tschechoslowakei mit der Sowjetunion ökonomisch untermauern. Die Allianz zwischen beiden Ländern war im Dezember 1943 anlässlich einer Reise von Benes nach Moskau geschlossen worden. Der nun anstehende Kurswechsel in der Außenwirtschaftspolitik forcierte wiederum den Strukturwandel von der Leicht- zur Schwerindustrie. Die Umgestaltung der Staatsfinanzen, die in den frühen 1950er Jahren erfolgte, war der Schlussstein der Systemtransformation; damit wurden weitere gigantische Summen verfügbar gemacht, die dann größtenteils in der unrentabel produzierenden Schwerindustrie versickerten. Wegen der daraus resultierenden wirtschaftlichen Krise nahmen die Reformen, die schließlich in den Prager Frühling von 1968 mündeten, auf dem Gebiet der Wirtschaft ihren Anfang.

## Der Weg in die kommunistische Einparteiherrschaft

Parallel zur Transformation der Wirtschaftsordnung tobte ein politischer Machtkampf, in dem sich die Kommunistische Partei der Tschechoslowakei (KSC) schließlich gegen ihre vormaligen Partner in der Nationalen Front durchsetzen konnte. Allerdings ist das weitverbreitete Bild vom „Coup de Prague“ des Februar 1948 unzutreffend: Die Kommunisten putschten sich nicht an die Macht. Vielmehr erlebte die Tschechoslowakei auch im Bereich der Politik einen allmählichen Übergang, der gekennzeichnet

war durch stetige Positionsgewinne der KSC einerseits und eine zunehmende Erosion ihrer Kontrahenten andererseits. Der „siegreiche Februar“ war letztlich nicht mehr als eine Art amtliche Bescheinigung des Triumphs der Kommunisten, der sich auf fünf Faktoren zurückführen lässt:

Erstens besaß die KSC, die bei weitem mitgliederstärkste Partei der Tschechoslowakei nach 1945, eine straff geführte Organisation, die bis in den letzten Winkel des Landes reichte. Damit war sie allen anderen Parteien weit überlegen, zumal die opferbereiten Genossen an der Basis die wiederholten taktisch motivierten Kurswechsel der Parteiführung ohne großes Murren mittrugen.

Zweitens ging die Partei aus den Parlamentswahlen vom Mai 1946 mit 37,9 Prozent der Stimmen als klarer Sieger hervor. Sie etablierte sich damit als stärkste politische Kraft, die nun mit Parteichef Klement Gottwald den neuen Ministerpräsidenten stellte. In dem Wahlergebnis kam der allgemeine Linksruck zum Ausdruck, den Weltwirtschaftskrise, Besatzung und Krieg bewirkt hatten, aber auch das enorme Prestige, über das die Sowjetunion als Befreierin des Landes verfügte. Das kommunistische Programm entsprach den Erwartungen weiter Teile der Gesellschaft, die auf eine sozial gerechtere Ordnung hofften. Da ihre Positionen in der Bevölkerung auf breite Zustimmung stießen, kam die KSC gemeinsam mit der Sozialdemokratie, die sich weitgehend in ihrem Schlepptau befand, bereits 1946 auf über die Hälfte der Parlamentssitze.

Drittens gelang es der Partei, strategisch wichtige Positionen in Regierung und Staatsverwaltung zu besetzen. Bereits unmittelbar nach der Befreiung errang sie – nicht zuletzt dank ihrer gezielten Kaderpolitik – ein klares Übergewicht in den Nationalausschüssen auf Orts- und Kreisebene, der neu geschaffenen Lokal- und Regionalverwaltung. Zudem besetzte die KSC zentrale Ministerien in Prag: Als besonders wichtig erwies sich neben dem

Innenministerium, das die Kontrolle über die Sicherheitsorgane hatte, das Landwirtschaftsministerium. Damit gewannen die Kommunisten den dominierenden Einfluss auf die Verteilung des in den Grenzgebieten von Deutschen und Ungarn konfiszierten Grundbesitzes. Die Partei nutzte diese Position dazu, um nun auch in ländlichen Regionen Mitglieder und Anhänger zu rekrutieren, wobei sie gerade unter den Landlosen auf große Zustimmung stieß. Ihre Kollektivierungspläne stellte die Partei dabei einstweilen zurück, wie sie überhaupt die Bevölkerung über ihre längerfristigen Pläne und deren Folgen im Unklaren ließ. So gestand die Parteiführung erst im Herbst 1948 öffentlich ein, dass auch die Werktätigen für den „Aufbau des Sozialismus“ Opfer bringen müssten – und zwar beim privaten Verbrauch, der zugunsten der Produktion von Investitionsgütern gedrosselt werden musste.

Viertens besaß die Partei mächtige Verbündete. An deren Spitze stand die Einheitsgewerkschaft, über die die Kommunisten wiederum Einfluss auf die in den Fabriken beinahe allmächtigen Betriebsräte gewannen. Auch wenn die Betriebsräte etwa in Fragen zu Löhnen oder Arbeitsnormen immer wieder mit der KSC in Konflikt gerieten, erwiesen sie sich im politischen Machtkampf als verlässliche Partner. Mit ihrer Hilfe gelang es den Kommunisten, die „organisierte Unzufriedenheit der Volksmassen“ (Karel Kaplan) zu mobilisieren. Nicht zufällig nahmen die Ereignisse des Februar 1948 von einem landesweiten Kongress der Betriebsräte in Prag ihren Ausgang. Dadurch verfügten die Kommunisten gegenüber ihren Konkurrenten über einen unschätzbaren Vorteil, denn die übrigen Parteien blieben in der Zwangsjacke der Nationalen Front gefangen und hatten der KSC auf der Straße nichts entgegenzusetzen.

Fünftens profitierten die Kommunisten auch von der Schwäche ihrer politischen Gegner. Diese lag nicht zuletzt an dem ungelösten staatsrechtlichen Verhältnis zwischen Tschechen und Slowaken, das

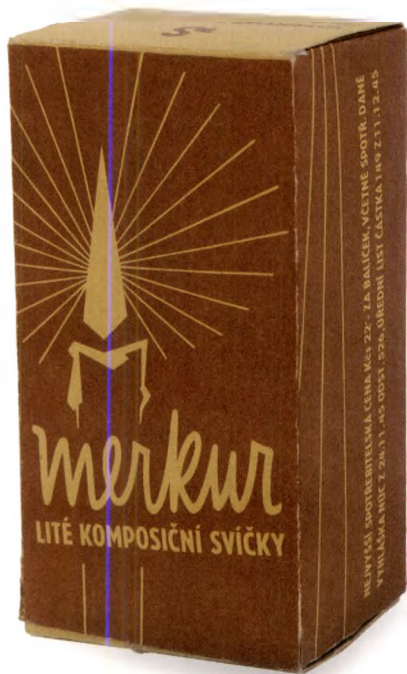




dazu führte, dass der beachtliche Wahlerfolg der Demokratischen Partei der Slowakei weitgehend verpuffte. Die übrigen tschechischen Parteien sahen in ihr nämlich keine potenzielle Partnerin gegen die KSC, sondern eine Vertreterin separatistischer Tendenzen. Deswegen stießen die Kommunisten nur selten auf eine geschlossene Phalanx der übrigen politischen Kräfte des Landes, meist gelang es ihnen, diese gegeneinander auszuspielen. Als die KSČ schließlich im Februar 1948 ganz offen nach der alleinigen Macht griff, war die Opposition nicht mehr in der Lage, nennenswerte Gegenwehr zu leisten.

Vor dem Hintergrund großer Hypotheken aus der jüngsten Vergangenheit führte das Lavieren durch politische und ökonomische Krisen in der Tschechoslowakei der Nachkriegszeit zu einem schrittweisen Abbau demokratischer, rechtsstaatlicher und marktwirtschaftlicher Standards, der in der alleinigen Machtübernahme der KSČ im Februar 1948 gipfelte. Wenig später setzte eine Säuberungswelle ein, die die politischen Gegner der Kommunisten betraf. Mit

den Schauprozessen der frühen 1950er Jahre, denen viele altgediente Genossen zum Opfer fielen, kam der umfassende Elitenwechsel zum Abschluss. So endete der Traum von einem „dritten Weg“, der den Neubeginn nach der Befreiung charakterisiert hatte, schließlich im staatssozialistischen Albtraum.



← 31

**Verpackung für „Merkur“-Kerzen  
des Staatsbetriebs Schicht**

Ústí nad Labem (Aussig), 1945–1950

Ab Ende 1945 führte der tschechoslowakische Staat umfangreiche Enteignungen durch. Betroffen waren Firmen mit mehr als 150 Angestellten. Betriebe der Schlüsselindustrie, wie Minen, E-Werke, Hütten oder Rüstungsfabriken, wurden vollständig nationalisiert, insgesamt mehr als 3000 Unternehmen. Zu den verstaatlichten Betrieben gehörte auch die Georg Schicht AG, die unter anderem Speisefett, Seifen und Kerzen herstellte. Aus der Herstellerbezeichnung der Merkur-Kerze, „Schicht, Sudetenland“, wurde nach dem Krieg „Schicht, Staatsunternehmen“.

32 →

**Versandkiste der Georg Schicht AG**

Ústí nad Labem (Aussig), 1937

Die Georg Schicht AG blickte auf eine lange Firmengeschichte in Österreich-Ungarn und in der Tschechoslowakei zurück. Die ehemaligen Besitzer enteigneter Firmen konnten – sofern sie nicht Deutsche, Ungarn oder vermeintliche Kollaborateure waren – eine Entschädigung beantragen. Mit der Begründung, dass ihre Firma Teil des Londoner Unilever-Konzern gewesen sei, forderte die Familie Schicht später vom tschechoslowakischen Staat eine Entschädigung.



## „Das siegreiche Prag“

Tschechoslowakei, 1945

Am 5. Mai 1945 hatten sich tschechische Widerstandskämpfer bewaffnet gegen die deutsche Besatzungsmacht erhoben. Die Grafik zur Erinnerung an den Prager Aufstand zeigt einen Löwen auf einer Hakenkreuzfahne vor der Silhouette Prags. Über dem Wappentier Böhmens wehen die Fahne der Tschechoslowakei sowie die der drei Alliierten. Nach dem Krieg wurde der Prager Aufstand zu einem zentralen Bestandteil des nationalen Selbstverständnisses. Er galt als Beginn einer Erneuerung des tschechoslowakischen Staates.





← 34

#### Bronzeplastik eines Eishockeyspielers

Tschechoslowakei, 1947

Die Skulptur ist dem Eishockey-Nationalteam von 1947 gewidmet. In diesem Jahr war die Tschechoslowakei Ausrichter der Eishockey-Weltmeisterschaft. Sie gewann das Turnier. Die Bevölkerung des Landes verfolgte die Spiele mit großer Aufmerksamkeit. Eishockey war bereits damals ein Nationalsport. Die sportlichen Erfolge trugen sowohl zur inneren Konsolidierung als auch zum internationalen Ansehen des tschechoslowakischen Staates bei.

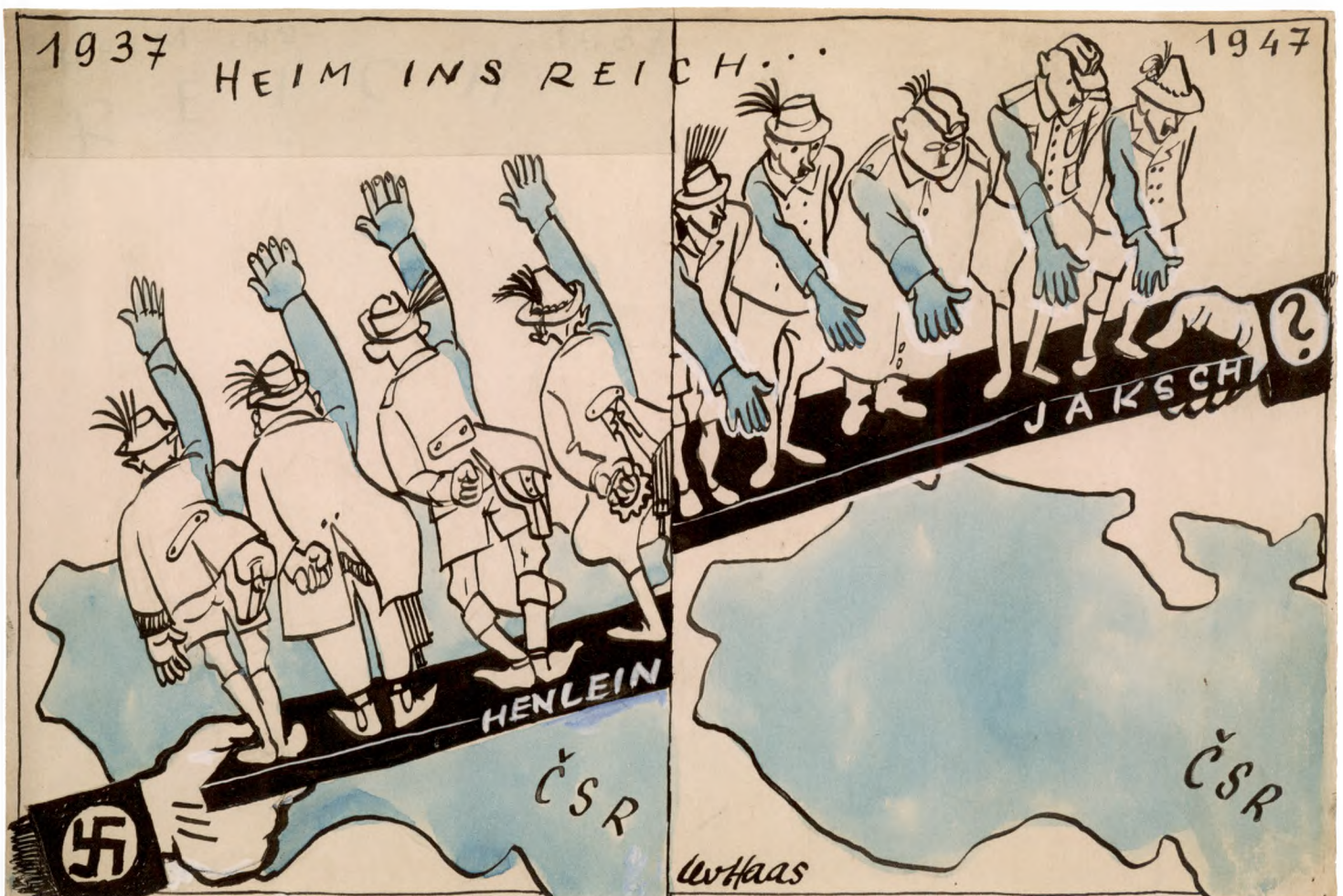
35 →

#### „Zwei Jahre Arbeit – zwei Stufen zum Wohlstand“

Tschechoslowakei, 1947

Im Oktober 1946 verabschiedete die Regierung einen Zweijahresplan zur Förderung von Wirtschaft und Industrie. Ziel war es, die Kriegsschäden zu beheben und die Wirtschaftsleistung zu steigern. Die forcierte Industrialisierung des Landes sollte die Grundlage für einen sozialistischen Wohlfahrtsstaats legen. Der Zweijahresplan war der erste planwirtschaftliche Eingriff in die Wirtschaft. Die Tafel sollte die Beschäftigten mit dem Hinweis auf einen steigenden Wohlstand zu Leistungen anspornen.





36 ↑

**Karikatur zur deutschen Minderheit**

Tschechoslowakei, vermutlich 1947

Die Karikatur des KZ-Überlebenden Leo Haas zeigt eine in der Tschechoslowakei der Nachkriegszeit weitverbreitete Haltung gegenüber den Sudetendeutschen. Ende der 1930er Jahre hätten sie unter Führung Konrad Henleins den Anschluss der Sudetengebiete an Deutschland betrieben. Nach ihrer Aussiedlung würden sie nun unter Führung des sudetendeutschen Sozialdemokraten Wenzel Jaksch, der inzwischen in der Bundesrepublik Deutschland lebte, erneut nach diesen Gebieten greifen.

4



# Polen



# 4

Marcin Zaremba

## **Polen –** **Trümmer und Trauma**

Die polnische Bevölkerung hatte – neben der sowjetischen – im Zweiten Weltkrieg besonders unter der deutschen Besatzung gelitten. Das Land hatte über fünf Millionen Tote zu beklagen, davon drei Millionen Juden. Im Jahr 1945 lag nicht nur die Hauptstadt Warschau in Trümmern, weite Teile des Landes waren zerstört. In der polnischen Gesellschaft hatten Krieg und Besatzung ebenfalls tiefe Spuren hinterlassen. Die Sowjetunion nahm massiv Einfluss auf die polnische Politik, ab Ende 1948 erfolgte die Stalinisierung des Landes. Nicht zuletzt infolge der von den Alliierten beschlossenen Westverschiebung des polnischen Staates kam es zu beträchtlichen Bevölkerungsveränderungen. Millionen Menschen wurden umgesiedelt.





Als die Rote Armee im Januar 1945 Warschau einnahm, war die Stadt wie ausgestorben. Eine dünne Schneeschicht bedeckte Ruinen und Asche. Auch der psychosoziale Zustand der polnischen Bevölkerung ähnelte einer Ruinenlandschaft. Während des Zweiten Weltkriegs hatten die Polen den Untergang ihres eigenen Staates miterleben müssen, Kriegschaos und zwei Okkupationen erfahren, rassistisch motivierte Gewalt und Grausamkeit sowie den Mord an den Juden erlebt. Die Atmosphäre im Polen der Nachkriegszeit bis heute ist ohne die Erfahrungen der Kriegsjahre nicht zu verstehen.

## Die Folgen von Krieg und Besatzung

Polen war das erste Land, das vom Deutschen Reich am 1. September 1939 überfallen wurde – und es war eines der am längsten besetzten Länder. Dabei erlebte die polnische Bevölkerung zwei Besatzungsregime: ein deutsches und ein sowjetisches. Die Wehrmacht besetzte die westlichen Gebiete des polnischen Staates. Auf der Grundlage der geheimen Absprachen des Hitler-Stalin-Pakts marschierte die Rote Armee am 17. September 1939 in die ostpolnischen Gebiete ein, die wenig später in die Sowjetrepubliken Ukraine, Weißrussland und Litauen eingegliedert wurden. Mit dem deutschen Überfall auf die Sowjetunion am 22. Juni 1941 gerieten auch diese Gebiete unter deutsche Herrschaft.

Die Folgen für das Land waren katastrophal. Massenmorde an den Eliten und Deportationen fanden in beiden Teilen des besetzten Landes statt, wenn auch in unterschiedlichen Dimensionen. In Ostpolen war die Sowjetisierung der Gebiete mit Repressionen gegen und Verfolgungen von bestimmten Gruppen der Gesellschaft verbunden. So ermordete der sowjetische Geheimdienst im März 1940 in Katyn und an anderen Orten 25000 polnische Offiziere und andere Angehörige der polnischen Eliten. Bis 1941 wurden etwa 300000 polnische Staatsbürger nach Sibirien und Kasachstan verschleppt.

Die deutsche Besatzungspolitik basierte auf dem rassistischen und antisemitischen Weltbild der NS-Führung und zielte auf eine „Germanisierung“ der eroberten und ins Reich eingegliederten Territorien: Ein großer Teil der polnischen Eliten wurde ermordet und das Land wirtschaftlich radikal ausgebeutet. Die deutsche Besatzungsverwaltung siedelte bis 1944 über 1,6 Millionen Menschen zwangsweise um und verschleppte darüber hinaus etwa zwei Millionen polnische Staatsbürger zur Zwangsarbeit ins Deutsche Reich. Im Zuge der Verfolgung der jüdischen Bevölkerung wurden drei Millionen polnische Juden systematisch ermordet.

Insgesamt hatte das Land – in den Grenzen vom August 1939 – zwischen 5,2 und 5,8 Millionen Tote zu beklagen. Im Verhältnis zur Zahl seiner Bewohner gehörte Polen 1945 zu den Ländern mit den größten Bevölkerungsverlusten überhaupt.

Überall dort, wo Flächenbombardements oder



← 38

**Exhumierung von Toten aus  
einem Massengrab im ehemaligen  
Vernichtungslager Chelmno**

Chelmno nad Nerem  
(Kulmhof a. d. Nehr), 1945

erbitterte Kämpfe stattgefunden hatten, lagen im Jahr 1945 noch Leichen von Menschen und Tieren. Im April und Mai 1945 herrschte in vielen polnischen Städten ein kaum auszuhaltender Gestank. In Warschau fühlten sich die Menschen wie auf einem Friedhof: Schätzungsweise 12000 der 150000 Toten des Warschauer Aufstands waren im Frühjahr 1945 noch nicht beerdigt. Sie lagen auf Straßen, in Wohnungen und Kellern oder waren nur mit einer dünnen Schicht Erde bedeckt. Zu Recht befürchtete man den Ausbruch einer Cholera-Epidemie.

Nach dem Krieg fanden im ganzen Land Exhumierungen statt. Durch diese konnten die Schrecken des Krieges lange nicht vergessen werden. Bei öffentlichen Exhumierungen siegte nicht selten die Neugierde über den Ekel. Janina Osinska schilderte eine solche Szene in einem Artikel über Warschau im Mai 1945: „Auf der Puławska-Straße [...] findet eine Exhumierung statt. Die Fenster sind voller Neugieriger. Auf dem Bürgersteig eine Gruppe von Gaffern, die sich je nach Windrichtung annähern oder entfernen. Manchmal kommt ein Passant vorbei, drängelt sich nach vorn in plötzlichem Entsetzen und sucht nach vertrauten Gesichtszügen. Aber es gibt keine Gesichter mehr. Die verfaulte Uniform hält noch die jugendliche Form des Körpers zusammen, obwohl dieser schon zu einer schlüpfrigen grauen Masse geworden ist. Ein vor Gesundheit strotzendes Mädchen, ganz in Rosa mit einer weißen Schürze, beugt sich näher und tastet mit geschickten Fingern den Leichnam ab. Eine zweite fertigt die amtliche Registrierung an. Sie erledigen ihren Dienst mit einer vollkommenen, erschütternden Ruhe und mit einem Lächeln auf den Lippen.“

Die verzweifelte Suche nach vermissten Familienangehörigen prägte den Nachkriegsalltag. Viele Familien waren durch die Deportationen auseinandergerissen worden, lokale und berufliche Netzwerke existierten nicht mehr.

Ganze Städte waren nur noch Ruinenlandschaften. Polen gehörte neben der Sowjetunion und Deutschland zu den am schwersten zerstörten Ländern. Das Nationaleinkommen erreichte 1945 nur noch knapp 38,2 Prozent des Niveaus von 1938. Millionen Menschen hatten ihre Wohnungen, ihr Eigentum und ihren Arbeitsplatz verloren. Ihre grundlegende Versorgung gelang nur unzureichend, im Jahr 1946 drohte eine Hungersnot. Die umfassenden materiellen Zerstörungen hatten auch andere, weniger greifbare Konsequenzen, die das kulturelle Leben betrafen. Unzählige mit den Dingen des täglichen Gebrauchs verknüpfte Mikrotraditionen waren verloren. Die Vorkriegszeit mit ihren Symbolen, Werten und Ritualen war plötzlich sehr fern, geradezu fremd. Der Schriftsteller Jan Parandowski, dessen Warschauer Wohnung während des Aufstands ausbrannte, notierte: „Wir besitzen nichts mehr. Die Kontinuität, die heimische Tradition ist für immer unterbrochen. Und alles, was jetzt kommt, wird neu sein, und viel Zeit wird vergehen, bis es zu etwas Eigenem wird, bis es so durch und durch vertraut ist, wie es nur geerbte Dinge sein können oder Dinge, mit denen wir viele Jahre verbracht haben.“

Krieg und Besatzung hatten zu einer fast vollständigen Desorganisation des gesellschaftlichen Lebens, zu einem Auseinanderbrechen der bestehenden Ordnung geführt. Vereine, Parteien und anderen Organisationen waren während der Besatzung

### Potsdamer Konferenz, Plenarsitzung im Schloss Cecilienhof

Potsdam, 28. Juli 1945



verboten oder zerschlagen worden und existierten nicht mehr. Die politische, intellektuelle und kulturelle Elite war ermordet worden: Nach Schätzungen starben 37,5 Prozent der Menschen mit höherer und etwa 30 Prozent der Menschen mit mittlerer Bildung. In Polen fehlten nach dem Krieg wiedererkennbare Organisationen, Vereinigungen, Institutionen, die – wie das im Westen der Fall war – ihre Tätigkeit rasch hätten wieder aufnehmen können. Die katholische Kirche war praktisch die einzige noch bestehende landesweit agierende Institution, die sich einer gesellschaftlichen Autorität erfreute – obwohl auch viele Priester während der Besetzung ermordet worden waren. Metaphorisch gesprochen sah Polen nach dem Krieg organisatorisch und institutionell aus wie Köln nach den Flächenbombardements der Alliierten: Aus einem Trümmermeer ragte ein fast unversehrter Dom.

## Befreiung und Repression

Die Rote Armee verdrängte die deutsche Wehrmacht in zwei großen Etappen aus Polen: Bis September 1944 rückten die sowjetischen Truppenverbände bis an die Weichsel vor und nahmen die ehemals ostpolnischen Gebiete ein; im Januar/Februar 1945 eroberten sie das restliche Territorium Polens.

Der polnische Widerstand versuchte, angesichts der in die Defensive gedrängten Wehrmacht, das Land selbst zu befreien. Die am 30. September 1939 gebildete polnische Exilregierung hatte mit der sogenannten Heimatarmee (Armia Krajowa) einen militärischen Widerstand gegen die Besatzer organisiert und in einem Untergrundstaat wichtige gesellschaftliche

Einrichtungen, wie ein Schulwesen, eine Justiz, verschiedene Formen der sozialen Fürsorge oder ein Publikationswesen, wiederhergestellt und fortgeführt. Höhepunkt der Kämpfe zur Selbstbefreiung des polnischen Territoriums war der Warschauer Aufstand vom 1. August bis zum 2. Oktober 1944, der 16000 Aufständische und zwischen 150000 und 180000 Zivilisten das Leben kostete. Nach ihrem Sieg deportierten die Deutschen weitere 500000 Personen und machten die Stadt dem Erdboden gleich. Die Niederlage im Warschauer Aufstand schwächte die gesellschaftliche Selbstorganisation im Untergrund erheblich.

Im ostpolnischen Lublin hatte die sowjetische Führung bereits im Juli 1944 das Polnische Komitee der nationalen Befreiung (PKWN) eingesetzt. Dessen Mitglieder bestanden hauptsächlich aus Kommunisten, die zuvor in Moskau auf diese Aufgabe vorbereitet worden waren. Das sogenannte Lubliner Komitee vermied es, sich „kommunistisch“ zu nennen und deklarierte ein „demokratisches“ und „volksnahes“ Polen. Die Londoner Exilregierung und das PKWN waren erbitterte Konkurrenten um den Einfluss im Nachkriegspolen. Nach dem deutschen Überfall auf die Sowjetunion im Sommer 1941 hatten sich zunächst Beziehungen zwischen der sowjetischen Führung und der polnischen Exilregierung entwickelt. Polnische Truppen hatten an der Seite der Anti-Hitler-Koalition gekämpft, in der Britischen ebenso wie in der Roten Armee. Nach der Entdeckung der Massengräber in Katyn im Frühjahr 1943 hatte die polnische Exilregierung öffentlich die Aufklärung des Verbrechens gefordert. Dies führte letztlich zum Abbruch der sowjetischen Beziehungen zur Exilregierung und zu deren Isolierung innerhalb der Anti-Hitler-Koalition.

Auf der Konferenz in Jalta im Februar 1945 forderten die westlichen Alliierten ihren sowjetischen Verbündeten auf, eine Provisorische Regierung der Nationalen Einheit in Polen zu bilden und möglichst rasch freie und uneingeschränkte Wahlen zuzulassen. Im Juli 1945 entzogen die USA und Großbritannien der Exilregierung die diplomatische Anerkennung, die sich jedoch nicht auflöste, sondern bis Dezember 1990 aktiv blieb.

In Polen gelang es den Kommunisten mit sowjetischer Hilfe, ihren Einfluss zu festigen und auszubauen. Der Sicherheitsapparat gehörte zu den ersten Strukturen, die aufgebaut wurden. Nach dem Einmarsch in Zentralpolen Anfang 1945 entwaffnete der sowjetische NKWD die Truppen der Heimatarmee, die nicht nur gegen die deutschen Besatzer, sondern auch für ein nichtkommunistisches Polen gekämpft hatten. Viele ihrer Offiziere wurden erschossen oder in den Gulag geschickt. Zehntausende tauchten jedoch unter und nahmen an einem bewaffneten, antikommunistischen Widerstand teil. Die Auseinandersetzungen zwischen diesen als „verstoßene Soldaten“ bezeichneten Kämpfern und den polnischen bzw. sowjetischen Sicherheitsorganen dauerten bis 1947 an.

Ab Ende des Jahres 1944 betrafen die Repressionen weite Teile der Gesellschaft. Aus Pommern und Oberschlesien wurden mindestens 25000 bis 30000 Zivilpersonen in die Sowjetunion deportiert, darunter etwa 15000 Bergleute, die man in Lagern im Donezbecken und im westsibirischen Kohlerevier festsetzte, nicht zuletzt, weil Fachkräfte vor Ort benötigt wurden. Insgesamt wurden allein bis März 1945 im Rahmen der Operation „Bereinigung des Hinterlandes“ 34787 Polen verhaftet, von denen die meisten in der Sowjetunion interniert wurden. Im Juli 1945 verhaftete der NKWD einige Tausend Einwohner der Region um Suwałki, von denen etwa 600 spurlos verschwanden. Insgesamt verhafteten die Behörden 1945 45000 Personen.

## Ungleicher Kampf um die Macht

Während die polnische Exilregierung in London eine Zusammenarbeit mit den Kommunisten ablehnte, erklärte sich ihr vormaliger Ministerpräsident Stanisław Mikołajczyk bereit, einer Provisorischen Regierung der Nationalen Einheit beizutreten. Nach Verhandlungen mit Bolesław Bierut und Władysław Gomułka, führenden Vertretern der Kommunisten, kehrte Mikołajczyk Ende Juni 1945 als Vizepremier der Provisorischen Regierung nach Polen zurück. Mikołajczyk belebte die Polnische Bauernpartei (PSL) wieder, die innerhalb weniger Monate zur stärksten Partei in Polen wurde. Im Mai 1946 hatte sie 800000 Mitglieder. Ihre feste Basis bildeten ebenjene Bauern, die von der Bodenreform profitiert hatten, welche das Lubliner Komitee 1944 durchgeführt hatte. Die Reform hatte die Eigentumsstruktur auf dem Land stark verändert, indem der Großgrundbesitz aufgelöst und Tausende kleinbäuerliche Höfe geschaffen worden waren.

Stalin hatte in Jalta freie Wahlen zugesagt, doch die Kommunisten verzögerten diese, weil sie eine Wahlniederlage befürchteten. Stattdessen führten sie am 30. Juni 1946 eine Volksbefragung durch. Bei dieser sollte die Bevölkerung drei Grundsatzentscheidungen des kommunistischen Regimes zustimmen. Alle drei Fragen waren so formuliert, dass eine Antwort im Sinne des Regimes ein Ja bedeutete, weshalb die Kampagne für das Referendum auch unter dem Motto „dreimal ja“ stand. Gefragt wurde nach der Abschaffung des Senats, der zweiten Kammer des Parlaments, nach der Bodenreform und der Verstaatlichung der Hauptwirtschaftszweige sowie nach der Anerkennung der neuen Westgrenze des Staates. Auf der Konferenz von Jalta hatten die Alliierten eine „Westverschiebung“ des polnischen Staates beschlossen. Die sowjetische Führung war nicht gewillt, die 1939 annektierten ostpolnischen



← 40

Ankunft von Stanisław Mikołajczyk  
in Poznań

Poznań (Posen), 1945

Gebiete zurückzugeben. Stattdessen sollte – quasi als Entschädigung – die Westgrenze Polens verschoben und ehemals deutsche Gebiete an den polnischen Staat angegliedert werden.

Die PSL unter Mikołajczyk stellte sich gegen die Abschaffung des Senats und fand breite Unterstützung bei den Wählern. Diese Niederlage der Kommunisten wurde durch eine Fälschung der Wahlergebnisse vertuscht. Den Wahlen zum Sejm vom Januar 1947 ging eine brutale Einschüchterungskampagne voraus, in deren Verlauf die kommunistischen Machthaber auch nicht vor Morden an oppositionellen Kandidaten zurückschreckten. Bei den Wahlen erhielt der von den Kommunisten kontrollierte Demokratische Block die Mehrheit der Sitze, Bierut wurde Präsident. Die Flucht von Mikołajczyk im Jahr 1947 beendete diese Phase der demokratischen Opposition in Polen.

Im selben Jahr trat eine provisorische Verfassung („kleine Verfassung“) in Kraft, die noch viele Elemente der demokratischen Verfassung von 1921 sowie Teile des Manifests des PKWN enthielt. Neu war ein Staatsrat nach sowjetischem Vorbild. Doch bereits 1952 setzte die Sowjetunion eine auf die sozialistische Diktatur zugeschnittene Verfassung der Volksrepublik Polen durch.

Die Weichenstellung hin zu einem sozialistischen Polen hatte bereits zuvor im Bereich der Wirtschaft begonnen. Im Rahmen der Nationalisierung wurden große und mittlere Unternehmen sowie Banken verstaatlicht. Die im Mai 1946 ausgerufene „Schlacht um den Handel“ endete mit der fast vollständigen Auflösung des privaten Handels und Kleingewerbes. Im Mai 1948 gab die Regierung bekannt, dass mit der Kollektivierung der Landwirt-

schaft begonnen würde. Der Dreijahresplan 1947 bis 1949 zielte auf den Wiederaufbau der Infrastruktur, der Schwerindustrie sowie auf die wirtschaftliche Integration der neu angegliederten Gebiete. Der Wiederaufbau Warschaws unter der Parole „Das ganze Volk baut seine Hauptstadt wieder auf“ entfaltete eine große integrative Kraft, die alle ideologischen Unterschiede zu überwinden schien.

Bis auf einige Presseorgane kontrollierten die Kommunisten fast alle Medien. Ihre ideologischen Vorgaben schränkten das kulturelle Leben, das sich nach dem Krieg dynamisch entwickelte, jedoch noch nicht ein. Die Gründung der Kominform im Herbst 1947, eines überstaatlichen Bündnisses, das die Tätigkeit der kommunistischen Parteien koordinierte, läutete das Ende dieser Phase ein. Im Dezember 1948 kam es zur Vereinigung der ehemaligen sozialistischen mit der kommunistischen Partei. Mit Bierut als neuem Parteichef entstand die Polnische Vereinigte Arbeiterpartei (PZPR), die bis 1989 an der Macht war. Polen trat nun in die Phase einer beschleunigten Stalinisierung ein.

## Zwangsmigrationen

Noch Jahre nach dem Krieg prägten gewaltige Menschenverschiebungen den Alltag in Polen. 250000 jüdische und nichtjüdische Polen, die von den sowjetischen Behörden 1940 nach Sibirien und Kasachstan deportiert worden waren, verließen die Sowjetunion. Hunderttausende, die von der deutschen Besatzungsmacht innerhalb Polens umgesiedelt worden waren, versuchten, in ihre Heimatorte zurückzukehren. Noch 1944 hatte Polen mit den Sowjetrepubliken Repatriierungsabkommen vereinbart, die einen



← 41

**Ein polnischer Soldat kontrolliert die Habe von Deutschen vor dem Abtransport zum Bahnhof**

Oberschlesien nahe Oppeln, um 1945

Bevölkerungsaustausch vorsahen. Aus den früher zum polnischen Staat gehörenden Regionen, unter anderem den Gebieten Wilna und Lemberg, sollte die polnische Bevölkerung in die neuen Westgebiete umsiedeln. 1,5 Millionen Polen zogen mehr oder weniger unter Zwang nach Westen. 1,6 Millionen Polen wurden aus den vier Besatzungszonen in Deutschland bis Ende 1947 repatriiert: ehemalige Zwangsarbeiter, Kriegsgefangene und KZ-Häftlinge. Viele Polen blieben jedoch in Westeuropa oder emigrierten später in die USA und in andere Länder, weil sie nicht in ihre Herkunftsorte, die nicht mehr Teil des polnischen Territoriums waren, zurückkehren wollten oder konnten. Aus den vormals deutschen Gebieten wurden 5,8 Millionen Deutsche vertrieben bzw. ausgesiedelt.

Bei den meisten Polen dominierten aufgrund der Erfahrungen mit der deutschen Besatzungsmacht negative Emotionen wie Abneigung, Feindseligkeit und Hass das Verhältnis zur deutschen Bevölkerung. Viele hielten es für das Beste, wenn die Deutschen das Land verließen. Die Ansicht, dass das deutsche Volk bestraft werden müsse, war in der polnischen Gesellschaft allgemein akzeptiert. Die deutsche Sprache und Kultur erschienen abstoßend, das Hören der Sprache der ehemaligen Besatzer löste Aggressionen aus. Ein symbolischer Ausdruck dieses Hasses war es, dass es sowohl in privater als auch in amtlicher Korrespondenz sowie in Zeitungen sehr verbreitet war, das Substantiv „Deutsche“ entgegen den polnischen Rechtschreibregeln mit einem kleinen Anfangsbuchstaben zu schreiben. Die deutsche Bevölkerung wurde genau kontrolliert, durfte sich außerhalb ihrer Wohnorte nicht frei bewegen und wurde zur Arbeit verpflichtet, insbesondere bei der Enttrümmerung der Städte. Häufig mussten Deutsche ihre Häuser

und Wohnungen verlassen und sich in speziellen geschlossenen Stadtteilen ansiedeln. Viele Polen hatten angesichts der Erfahrungen unter dem NS-Regime Rachegefühle, es kam auch zu Übergriffen. Plünderungen und Raub gehörten in den westlichen Gebieten Polens ebenfalls lange zum Alltag.

Zwangswise Umsiedlungen betrafen neben Polen und Deutschen auch die ukrainische Bevölkerung im südöstlichen Teil des Landes. In der Region herrschten auch nach dem Krieg noch bürgerkriegsähnliche Zustände. Die Ukrainische Aufstandsarmee (UPA) hatte seit 1943 für die Errichtung eines nicht-kommunistischen ukrainischen Nationalstaates gekämpft, wobei sie auch Massaker an polnischen Zivilisten verübt hatte. Nach Kriegsende wurde die UPA sowohl von polnischer als auch von sowjetischer Seite bekämpft. Die ukrainische Bevölkerung, die die Region trotz der Repatriierungsabkommen von 1944 nicht verlassen hatte, wurde von den polnischen Behörden 1947 in der „Aktion Weichsel“ zwangsweise nach Pommern und Westpreußen umgesiedelt.

Der polnische Staat, in dem vor 1939 große jüdische, weißrussische, ukrainische und deutsche Minderheiten gelebt hatten, veränderte sich nach dem Zweiten Weltkrieg grundlegend: Aus dem multiethnischen und -religiösen Staat wurde ein ethnisch und religiös weitgehend homogenes Land. Aufgrund des NS-Massenmords war die jüdische Bevölkerung in Polen fast ausgelöscht. Die wenigen Überlebenden standen vielfach vor dem Nichts. Sie hatten ihre Familien verloren, ihre Lebenswelten waren zerstört worden. Viele polnische Juden, die den NS-Massenmord überlebt hatten, entschlossen sich in den ersten Nachkriegsjahren, aus Polen zu emigrieren. Manche wurden in dieser Entscheidung durch das Verhalten der Mehrheitsbevölkerung gegenüber Juden bestärkt. Die nichtjüdischen Polen hatten auf die Verfolgung und Ermordung der jüdischen Bevölkerung durch die deutschen Besatzer unterschiedlich reagiert: Neben Altruismus und bedingungsloser Hilfe

hatte es Gleichgültigkeit bis hin zu Feindseligkeit, Denunziation, gezielter Gewalt und sogar Mord gegeben. Antisemitismus gab es auch weiterhin. Nach dem Krieg kam es zu einigen antijüdischen Exzessen und Pogromen. Bei den blutigsten Ausschreitungen wurden am 4. Juli 1946 in Kielce über 40 Menschen ermordet.

Polen war jahrelang ein „Land auf Rädern“. Ehemalige KZ-Häftlinge, Zwangsarbeiter und Kriegsgefangene kehrten häufig nur mit einem kleinen Bündel Sachen heim. Umsiedler zogen mit ihren Familien durchs Land, bepackt mit Koffern und Hausrat, nicht selten mit Kleinvieh. Die meisten fuhren mit der Bahn, die Bahnhöfe erinnerten an Lagerplätze von Nomaden. Viele erlitten aufgrund der schwierigen Verhältnisse und Belastungen neue Traumata. Doch auch nach der Ankunft an ihrem Ansiedlungsort fühlte sich ein großer Teil der Menschen immer noch nicht sicher. Die Angst vor erneuten Grenzänderungen und das stets präsente Gefühl, in einem Provisorium zu leben, führten zu Ratlosigkeit, Apathie, fehlender sozialer Integration und dadurch nicht zuletzt zu einer schwachen Wirtschaftsentwicklung in den ehemals deutschen Gebieten.

Zur allgemeinen Verunsicherung trug auch die Rote Armee bei. Ein Teil der polnischen Bevölkerung hatte den Einmarsch der sowjetischen Truppen 1944 mit Freude und Dankbarkeit begrüßt. Das zunächst weitgehend positive Verhältnis zwischen Bevölkerung und sowjetischen Soldaten hatte sich jedoch schnell geändert. Die Rotarmisten schufen durch politische Repressionen, Beschlagnahmungen und Diebstahl ein Klima der Angst, und die Vielzahl von Vergewaltigungen besonders im ersten Jahr nach dem Ende der deutschen Besatzung wurde für die polnische Bevölkerung zu einem wahren Alptraum. Am schlimmsten war die Situation in den ehemals deutschen Gebieten und an den Verkehrsadern von West nach Ost. Für die Polen bedeutete dies, dass das

Chaos und die Angst vor Raub, Gewalt, Vergewaltigung und Mord auch nach Kriegsende fort dauerten.

Insgesamt war die Bevölkerung in Polen nach dem Krieg stark verunsichert. Die permanent erlebte Angst und der Schrecken der fast sechsjährigen deutschen Besatzung wirkten sich massiv auf die Nachkriegszeit aus. Das „Kriegssyndrom“ konnte verschiedene Formen annehmen: emotionale Labilität, ständige Anspannung, starke Angstzustände, Depressionen. Die Angst vor einem möglichen neuen Krieg als Folge der Ost-West-Konfrontation führte zu Panikkäufen, die die Preise um einige Hundert Prozent in die Höhe trieben und die Märkte leer fegten. Angeblich bestätigte Informationen über eine Landung der Alliierten oder über Truppenverlegungen der sowjetischen Streitkräfte zur Vorbereitung eines neuen Krieges verstärkten negative Erwartungshaltungen, steigerten die allgemeine Nervosität und erschwerten die psychische Stabilisierung in der direkten Nachkriegszeit.

█



← 42

**Schachtel mit Tabletten zur Sterilisation von Wasser**

Warschau, 1940er Jahre

In den stark zerstörten Städten war die Gefahr von Epidemien sehr hoch. Vielerorts lagen noch Leichen unter den Trümmern. Vor dem Trinken von nicht abgekochtem Wasser wurde gewarnt. Die Tabletten dienen dazu, verseuchtes Wasser nutzbar zu machen. Diese Schachtel aus dem Lager einer Warschauer Apotheke war vermutlich Bestandteil alliierter Hilfslieferungen.







← 43

**Eintrittskarte von Jakob Bajurski zum Prozess gegen Rudolf Höß**

Warschau, März 1947

Rudolf Höß war von 1940 bis 1943 Lagerkommandant des KZ Auschwitz-Birkenau. Nach dem Krieg tauchte er in Norddeutschland unter. Die britische Militärpolizei verhaftete ihn im Mai 1946 und lieferte ihn an Polen aus. Im März 1947 musste sich Höß vor dem Obersten Nationalgerichtshof in Warschau verantworten. Der Widerstandskämpfer und Auschwitz-Überlebende Jakob Bajurski besuchte den Prozess. Auf seine Eintrittskarte schrieb er: „Ich war da“. Rudolf Höß wurde zum Tode verurteilt und am 16. April 1947 auf dem Gelände des ehemaligen KZ Auschwitz gehängt.

44 ↑

**Prozess gegen ehemaliges Personal des Konzentrations- und Vernichtungslagers Auschwitz**

Krakow (Krakau), 24. November – 22. Dezember 1947

Im Krakauer Auschwitz-Prozess standen 40 Männer und Frauen vor Gericht. Der Vorwurf lautete auf Ermordung von Juden in den Gaskammern sowie auf Folter und Hinrichtungen von nichtjüdischen Polen, Roma und sowjetischen Kriegsgefangenen. Vorn im Bild sind der ehemalige Lagerkommandant Arthur Liebehenschel und die Oberaufseherin Maria Mandl zu sehen. Der polnische Oberste Nationalgerichtshof verhängte gegen sie und gegen weitere 21 Angeklagte die Todesstrafe. Eine der 40 angeklagten Personen wurde freigesprochen.



← 45

„El-mole-rachmim“

Warschau, 1946

Nach dem deutschen Überfall floh Bronisław Linde mit seiner jüdischen Ehefrau in die Sowjetunion. Nach Kriegsende kehrten sie nach Polen zurück. Der Maler war von der Zerstörung Warschaus und den Erzählungen über den Aufstand im jüdischen Ghetto tief berührt. Im Frühjahr 1943 hatten sich die letzten Insassen bewaffnet gegen ihre Vernichtung zur Wehr gesetzt. 1946 zeichnete Bronisław Linde einen trauernden Juden in Gebetskleidung, sein Unterleib ist eine Häuserruine inmitten des von den Deutschen völlig zerstörten Ghettos. Der Titel verweist auf das jüdische Trauer-Gebet.

46 →

### Einweihung des Denkmals für die Helden des Ghettoaufstands

Warschau, 19. April 1948

Der Aufstand im Warschauer Ghetto wurde Teil des offiziellen Gedenkens in Polen. Ein erstes Denkmal wurde 1946 errichtet. Ein Jahr später entwarfen der Bildhauer Nathan Rapaport und der Architekt Leon Marek Suzin ein monumentales Denkmal. Dieses wurde am 19. April 1948, zum fünften Jahrestag des Aufstands, auf dem Gelände des ehemaligen Ghettos eingeweiht.



↓ 47

### Tasche der Soldatin Aleksandra Diermejer

Polen, 1940er Jahre

Polnische Truppen kämpften an der Seite der Anti-Hitler-Koalition, bei den Westalliierten ebenso wie in der Roten Armee. Aleksandra Diermejer war Angehörige der Polnischen Streitkräfte im Westen, die der polnischen Exilregierung unterstanden. Aufgenähte Embleme wie der polnische Adler schmückten die Tasche, mit der sie Ende November 1947 nach Polen zurückkehrte. Viele ihrer Kameraden weigerten sich angesichts der politischen Situation jedoch zurückzukehren.

48 →

### „Drei Mal Ja“, Plakat zur Volksbefragung

Polen, Mai 1946

Iosif Stalin hatte auf der Konferenz von Jalta Anfang 1945 für Polen freie Wahlen zugesagt. Die polnischen Kommunisten zögerten diese nach Kriegsende jedoch hinaus. Am 30. Juni 1946 fand eine Volksbefragung statt. Die Bevölkerung sollte drei Grundsatzentscheidungen bestätigen: die Bodenreform und die Verstaatlichung der Industrie, die Abschaffung des Senats (der zweiten Kammer des Parlaments) sowie die Anerkennung der neuen Westgrenze des Staates. Eine Mehrheit stimmte gegen die Abschaffung des Senats. Diese Niederlage vertuschten die Kommunisten durch eine Fälschung der Wahlergebnisse.



# WALCZYŁEM O POLSKĄ LUDOWĄ GŁOSUJĘ - TRZY RAZY „TAK”



**NIE CHCEMY**  
Ażby Polska była  
jasnlepańskim folwarkiem

Ażby kapitaliści tuczyl się  
na nędzy mas pracujących

Ziemia żywi tych,  
którzy na niej pracują

Fabryki, huty,  
kopalnie, banki  
stanowią własność narodu  
POLSKIEGO

## SENAT KOSZTOWAŁ NAS 6 MILIONÓW ZŁ. ROCZNIE



Za to co zjedli panowie senatorowie można było kształcić rocznie 100 tys. dzieł

ZA ZNIENIENIEM SENATU GŁOSUJEMY:

NIE BĘDĄ  
ZIEMIE ODZYSKANE  
BAZĄ WYPADOWĄ  
DLA AGRESJI  
NIEMIECKIEJ

STAD SZLI NIEMCY NA POLSKĘ  
W 1939 ROKU

DZIEKI ZIEMIOM ODZYSKANYM STAJEMY SIĘ POTĘGĄ GOSPODARCZĄ

**WĘDZIEL**  
Przed wojną wydobywaliśmy rocznie 38 mil. ton  
Dziś jesteśmy w stanie wydobyć 100 mil. ton

**ENERGIA ELEKTRYCZNA**  
Przed wojną wytwarzaliśmy rocznie 3,6 miliardów kWh  
Dziś jesteśmy w stanie wytworzyć 7 miliardów kWh

**ZAKŁADY PRZEMYSŁOWE**  
Przed wojną mieliśmy 12 tys. zakładów przemysłowych  
Obecnie mamy 34 tys. zakładów przemysłowych

ZA UTRWALENIEM GRANIC  
ZACHODNICH NA ODRZE I NYSIE  
GŁOSUJEMY:

**tak**

**tak**

**tak**

+ 49

**Mit traditionellen ukrainischen Mustern  
besticktes Hemd**

Region Lwów (ukr. Lwiw, dt. Lemberg), 1930er Jahre

Die Familie Hnatiuk musste 1947 im Rahmen der „Aktion Weichsel“ ins Dörfchen Marzecino im Weichseldelta umsiedeln. Sie nahm dieses Hemd mit, dessen Schnitt und Stickereien auf die Traditionen der ukrainischen Landbevölkerung verweisen. Es wurde nur noch kurze Zeit getragen. Die ukrainischen Umsiedler passten ihren Kleidungsstil schnell an ihr neues Umfeld an. Sie wollten nicht auffallen und negative Reaktionen vermeiden. Als Erinnerung an Herkunft und Identität bewahrten viele Familien solche Kleidungsstücke jedoch auf.

50 →

**Ikone mit der Madonna von Ostra Brama**

Vilnius (poln. Wilno, dt. Wilna), 19. Jahrhundert

Die Familie Więcewicz-Kozubski musste 1947 ihre Heimatstadt Vilnius in Richtung Szczecin (Stettin) verlassen. Sie nahm das alte Familienerbstück mit. Es zeigt die Schwarze Madonna, die Ikone der Barmherzigen Muttergottes am sogenannten Tor der Morgenröte (Ostra Brama) in Vilnius. Die deutschen Massenverbrechen sowie die Grenzverschiebungen und Massenumsiedlungen nach 1944/45 veränderten die Bevölkerungsstruktur Polens grundlegend: Der multiethnische und multireligiöse Charakter des Landes ging fast vollständig verloren.





5





# Großbritannien



# 5

Cordula Lissner

## **Großbritannien – Siegermacht im Wandel**

Großbritannien gehörte zu den Siegermächten im Zweiten Weltkrieg. Das Land feierte im Mai 1945 den Sieg über Deutschland, wenige Monate später den Sieg über Japan. Die Rückkehr ins zivile Leben stellte nicht nur für die britischen Armeeangehörigen eine Herausforderung dar. Für die britische Bevölkerung waren die Nachkriegsjahre eine Zeit von Armut und Mangel. Flüchtlinge aus NS-Deutschland und dem zuvor besetzten Europa mussten entscheiden, ob sie bleiben, zurückkehren oder weiteremigrieren sollten. Die Labour-Regierung begann ab Juli 1945 mit dem Umbau des vom Krieg erschöpften Landes zu einem modernen Wohlfahrtsstaat. Im Zuge der Dekolonisierung zerfiel das Britische Empire. Die Kolonien erlangten nach und nach die Unabhängigkeit, blieben aber meist im Commonwealth mit Großbritannien verbunden.



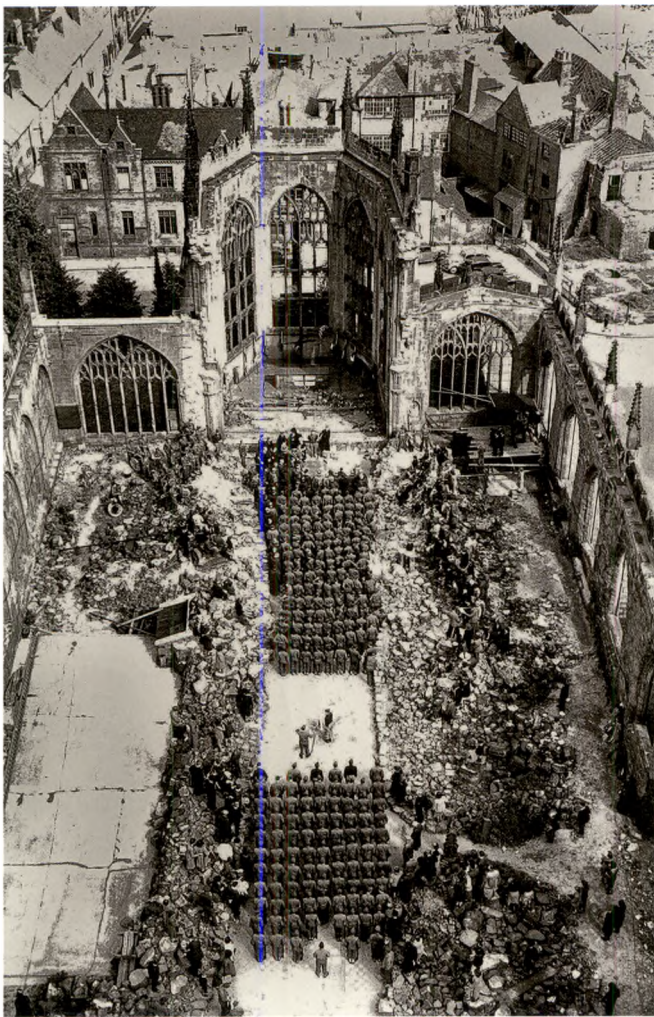
Der Sieg über das nationalsozialistische Deutschland im Mai 1945 und die Nachkriegsjahre nehmen in der kollektiven Erinnerung der Briten bis heute einen besonderen Platz ein. Der Krieg hatte die Gesellschaft zusammenrücken lassen. Die Parlamentswahlen im Juni 1945 endeten mit einem erdrutschartigen Sieg der Labour Party, die Aufbruch und Erneuerung versprach. Der 1948 eingeführte National Health Service (NHS), ein umfassendes System kostenloser medizinischer Leistungen, gilt bis heute als eine der wichtigsten Errungenschaften dieser Jahre. Die Nachkriegsjahre waren für Großbritannien aber nicht nur mit Sieges euphorie und Reformwillen verbunden. Britische Städte und Häfen, aber auch wichtige Infrastruktur und Kulturgüter waren durch die deutschen Luftangriffe schwer zerstört worden. Ein Drittel aller Wohnungen lag in Trümmern. Während die Bevölkerung mit Armut und Mangel zurechtkommen musste, verlor das britische Empire in schnell aufeinanderfolgenden Etappen an Bedeutung.

## **Sieg in Europa, Sieg in Japan**

Am Abend des 7. Mai 1945 verkündete die britische Rundfunkanstalt BBC die bereits seit Tagen erwartete Nachricht von der deutschen Kapitulation – „Victory in Europe“, Sieg in Europa! Aber die großen Freudenfeiern fanden erst am folgenden Tag statt. Am 8. Mai blieben Schulen, Fabriken und selbst die

Londoner Börse geschlossen. Wer konnte, begab sich in die nächstgelegene Stadt oder größere Ortschaft, um mit anderen Menschen gemeinsam zu feiern. Um 15 Uhr verkündete Premierminister Winston Churchill aus der Downing Street Nr. 10 die deutsche Kapitulation und den Sieg der Alliierten. Seine kurze Ansprache ertönte landesweit aus den Rundfunkempfängern und schallte über am Vorabend installierte Lautsprecher durch die Londoner Straßen. Zu den bekanntesten Bildern des 8. Mai 1945 in Großbritannien gehört der Auftritt des Premierministers am Abend auf einem strahlend hell erleuchteten Balkon der Regierungsgebäude in Whitehall. Churchill formte zwei Finger zu einem V-Zeichen, woraufhin die jubelnden Massen das Lied „Land of Hope and Glory“ anstimmten.

Augenzeugenberichte künden von den Freudenfeiern dieses Tages und von dem Wunsch, die überschäumenden Gefühle mit anderen zu teilen. Die Menschen sehnten sich danach, etwas Außergewöhnliches zu tun. Es gab spontane Umzüge, und auf den Straßen wurde getanzt; überall flatterte der Union Jack aus den Fenstern. Die Briten lagen sich in den Armen, um Erleichterung und Freude miteinander zu teilen. Aber in die Freude mischte sich auch Sorge. Viele Menschen hatten Angehörige in der Armee, deren Schicksal auf dem pazifischen Kriegsschauplatz ungeklärt war. Am 15. August 1945 erklärte der japanische Kaiser die Kapitulation seines Landes, die am 2. September unterzeichnet wurde. Damit war der Zweite Weltkrieg auch in Südostasien



← 52

**Verwundete US-Soldaten  
beim Muttertagsgottesdienst  
in den Ruinen der Kathedrale  
von Coventry**

Coventry, 13. Mai 1945

53 →

**Zeitungsjunge  
am Tag der deutschen  
Kapitulation**

Großbritannien, 8. Mai 1945

## Aufbau eines Sozialstaates

Viele Briten hofften bei Kriegsende, dass sich das Land innenpolitisch erneuern würde. Dies würde jedoch nur mit einem radikalen politischen Kurswechsel möglich sein. Eine Wegmarke zu einem „neuen“ Großbritannien war der bereits 1942 publizierte Beveridge Report, der programmatische Entwurf eines modernen Wohlfahrtsstaates der Friedenszeit, den die damalige Koalitionsregierung übereinstimmend begrüßt hatte. Mit dem Ende des Krieges zerbrach die Koalition jedoch, die notwendigen Parlamentswahlen wurden auf den 5. Juli festgesetzt. Der von der Labour Party auf Tausenden von Plakaten verbreitete Wahlslogan „Lasst uns jetzt den Frieden gewinnen“ kündete machtvoll von den Zukunftshoffnungen. Die Konservativen warben dagegen mit Churchills Konterfei und setzten eher auf den Ruhm des im Krieg sehr populären Premierministers. Zur allgemeinen Überraschung errang die Labour Party einen fulminanten Sieg. Dazu trugen die Stimmen der Armeeinghörigen bei, also all jener Männer und Frauen, die nach fast sechs Jahren Leben im Ausnahmezustand in einen friedlichen Alltag zurückkehren wollten. Der Krieg hatte das Leben aber nicht nur an der Front, sondern auch in den britischen Städten geprägt und verändert. Fairness im Umgang miteinander, gerechte Verteilung von Gütern, die Rückbesinnung auf gemeinsame Werte waren Ideale der vergangenen Jahre, die man nun in einer demokratisch-sozialistischen Gesellschaft weiterverfolgen wollte. Neuer Premierminister wurde Clement Attlee, der in der Kriegskoalition als Churchills Stellvertreter fungiert hatte. Als einzige Frau berief Attlee Ellen Wilkinson ins Kabinett. Die „rote Ellen“ war seit dem von ihr 1936 angeführten Hungermarsch der Arbeiter von Jarrow, ihrem Wahlkreis im industriell und von Arbeitslosigkeit geprägten Norden Englands, eine Ikone der britischen Arbeiterbewegung. Ihr Ziel war es, allen Bevölkerungsschichten

zu Ende. Großbritannien feierte erneut einen Tag des Sieges, den VJ (Victory in Japan) day. In den folgenden Wochen kehrten 60000 britische Soldaten aus der japanischen Kriegsgefangenschaft zurück.

Erst nach dem Ende des Krieges wurde der britischen Öffentlichkeit das volle Ausmaß des nationalsozialistischen Terrors bewusst. 26 000 Briten und Britinnen waren Ende des Jahres 1946 in der Verwaltung der britischen Besatzungszone tätig. Tagebücher lassen den Schock erahnen, den manche von ihnen angesichts der von Deutschen begangenen Verbrechen erlitten. „Mein Glaube verließ mich nach dieser grauenhaften Erfahrung, und ich habe ihn nie wieder zurückerlangt“, schrieb eine junge Frau, die zur Versorgung von Überlebenden in das Lager für Displaced Persons in Belsen gesandt worden war. Im Rahmen der „Re-Education“, dem Programm zur Um-erziehung der Deutschen zur Demokratie, richtete die britische Militärverwaltung in den Städten ihrer Besatzungszone Zentren für Erwachsenenbildung ein, in denen Seminare und Kulturveranstaltungen stattfanden.



**Anstehen für Heizmaterial**

London, 18. Februar 1947



eine umfassende Bildung zu ermöglichen. Sie setzte in den Nachkriegsjahren durch, dass die Schulpflicht auf 15 Jahre heraufgesetzt wurde und dass 35000 zusätzliche Lehrkräfte durch eine verkürzte Ausbildung gewonnen werden konnten.

Das Wahlprogramm der Labour Party knüpfte unter dem Motto „Lasst uns der Zukunft ins Gesicht blicken“ an den Beveridge Report an und enthielt weitgehende Reformvorschläge. Diese wurden in den folgenden Jahren Schritt für Schritt umgesetzt. Nach dem National Insurance Act, einer 1946 verabschiedeten und 1948 im National Assistance Act ergänzten Sozialversicherung, folgte im Sommer 1948 die Einführung des National Health Service. Dieser wird bis heute mit dem ethischen Anspruch der Nachkriegsjahre assoziiert. Die kostenlosen Gesundheitsleistungen reichten von der Wiege bis zur Bahre. Krankenhäuser wurden Staatsbetriebe, Ärzte zu Angestellten des Gesundheitsministeriums, Vorsorgeuntersuchungen dienten der flächendeckenden medizinischen Betreuung von werdenden Müttern und Kindern.

Ein umfangreiches Programm sollte die durch die Kriegszerstörungen verstärkte Wohnungsnot lindern. Neue Mietshäuser wurden gebaut, kleine vorgefertigte Häuser (sogenannte Prefabs) nach amerikanischem Muster produziert und Kredite für Einfamilienhäuser vergeben. 1948 gab es bereits 125 000 Prefabs. Obwohl die Häuser einen eher provisorischen Charakter hatten, stehen manche dieser Notbehausungen heute noch.

1947 verstaatlichte die Regierung die symbolträchtige Kohleindustrie. Weitere bedeutende Produktionszweige folgten, wie 1948/49 der Energiesektor und das Transportwesen. Bereits 1946 war die Bank of England verstaatlicht worden. Die Eisen- und Stahlindustrie wurde allerdings bereits 1953 wieder privatisiert. Zu der hohen Akzeptanz der Verstaatlichung von Schlüsselindustrien auch bei politischen Gegnern der Labour Party trug bei, dass sie weniger aus ideologischen als aus Gründen der Effizienzsteigerung geplant worden war. Die Eigentümer wurden entschädigt, das Management wurde zum großen Teil nicht ausgetauscht.

## Übergangszeit und Mangel

Der Umbau zu einem modernen Wohlfahrtsstaat erforderte hohe Investitionsmittel, über die das durch den Krieg verarmte Großbritannien nicht ohne gewaltige Abstriche auf anderen Gebieten verfügte. Mehr als ein Viertel des Volksvermögens war durch den Krieg, den Großbritannien ab Juni 1940 zunächst ein Jahr lang allein führen musste, aufgezehrt worden. Mit dem „Lend-Lease“-Programm, der leihweisen Überlassung von kriegswichtigen Gütern und Lebensmitteln ohne sofortige Bezahlung, hatten die USA ab Dezember 1941 den Kampf gegen das nationalsozialistische Deutschland unterstützt. Im August 1945 beendete der amerikanische Kongress das Programm. Großbritannien war auf sofortige Kredite angewiesen, die von den USA und Kanada nur um

den Preis eines frei konvertierbaren Pfund gewährt wurden. Dies belastete die ohnehin ausgezehrtc britische Volkswirtschaft in hohem Maße.

Für die Bevölkerung bedeutete diese prekäre Wirtschaftslage, dass Mangel und Not weiter andauerten. Bis heute ist der Begriff „Austerity“, der für Entbehrung und strenge Sparmaßnahmen steht, ein Synonym für die mageren Nachkriegsjahre. Im Sommer 1946 wurde sogar erstmals Brot rationiert, das während der Kriegszeit von den Beschränkungen ausgenommen gewesen war. Das Bezugsscheinsystem für Lebensmittel, Kleidung und Konsumgüter blieb noch bis weit in die 1950er Jahre hinein bestehen. Auch Heizmaterial war weiterhin knapp. Eine Ausstellung zu britischem Industriedesign, die 1946 als erste Produktschau der Nachkriegszeit im Londoner Victoria and Albert Museum eröffnet wurde, trug den selbstbewussten Titel „Britain can make it“ (Großbritannien kann es schaffen). „Britain can't have it“ (Großbritannien kann es nicht haben) hieß die Ausstellung angesichts der Lage bald im Volksmund.

Erst gegen Ende der 1940er Jahre sollten die aus dem Ausland kommenden finanziellen Hilfen greifen, sodass sich die britische Wirtschaft allmählich erholen konnte. Eine entscheidende Rolle beim Wiederaufbau der britischen Produktion und Infrastruktur spielte ab 1948 das European Recovery Program, der sogenannte Marshall-Plan.

Eine weitere Herausforderung der unmittelbaren Nachkriegszeit bildete die Demobilisierung der britischen Armeeangehörigen. Eine eigene Bildungsabteilung bot Hilfestellungen an, um die Rückkehr ins zivile Leben zu erleichtern. Dennoch verbanden viele der aus den Streitkräften Entlassenen diesen Zeitabschnitt mit Erfahrungen von Entwurzelung und Perspektivlosigkeit. Das galt auch für die 500000 Frauen, die in der britischen Armee gedient hatten. Nach verantwortungsvollen Tätigkeiten in den mit Frauen besetzten Abteilungen der Luftwaffe, der

Marine oder der Bodentruppen mussten viele von ihnen in traditionelle Frauenberufe oder an den heimischen Herd wechseln.

Einen Lichtblick im meist grauen Nachkriegsalltag stellte für viele Briten die Hochzeit ihrer zukünftigen Königin, Prinzessin Elizabeth, mit Philipp Mountbatten, Herzog von Edinburgh, im November 1947 dar. Im Juli des folgenden Jahres drängten sich 85000 Menschen im Londoner Wembley Stadion, um die Eröffnungsfeierlichkeiten der Olympischen Sommerspiele zu sehen.

## Ende des Exils

Trotz einer restriktiven Einwanderungspolitik hatten zwischen 1933 und 1945 viele Flüchtlinge aus dem nationalsozialistischen Deutschland und aus den besetzten Ländern Zuflucht in Großbritannien gefunden. Im Mai 1945 standen sie alle vor der Frage nach Rückkehr, Weiteremigration oder Bleiben. Viele jüdische Emigranten erinnern sich mit gemischten Gefühlen an den 8. Mai 1945. So schreibt Dora Scheinowitz über das Kriegsende in Manchester: „Wir haben gehört, der Krieg ist zu Ende. Und draußen hat man gesungen und getanzt. Und wir waren drin und haben geweint.“ Jahrelang hatten die Emigranten mit der Angst um ihre zurückgelassenen Familienangehörigen gelebt. Angst, die nun zur bitteren Gewissheit wurde, dass kaum jemand die Verfolgung überlebt hatte.

Die 1925 in Essen geborene Dora Unger war im Dezember 1938 mit ihrer Familie in die Niederlande geflohen. 1940 wurde sie aus einem Waisenhaus in Amsterdam, in dem ihre Eltern sie untergebracht hatten, mit einem Frachtschiff nach Großbritannien gerettet. In den Wochen nach dem Kriegsende erfuhr sie, was sie am 8. Mai bereits geahnt hatte. Ihre Eltern und ihr Bruder waren aus den besetzten Niederlanden deportiert und ermordet worden. Eine Rückkehr nach Deutschland schien sinnlos geworden zu sein.



← 55

**Jüdische Kinder aus Osteuropa  
finden Zuflucht in Großbritannien**  
Schottland, 1947

Wie Dora Unger, die 1947 nach Palästina auswanderte, entschied sich die Mehrheit der jüdischen Flüchtlinge in den Nachkriegsjahren gegen die Remigration. Für viele von ihnen war Großbritannien während des Krieges zur neuen Heimat geworden.

Eine größere Rückkehrbereitschaft gab es in den Reihen der parteipolitisch und gewerkschaftlich organisierten Emigranten. Exilorganisationen wie die Freie Deutsche Bewegung oder die Landesgruppe deutscher Gewerkschafter in Großbritannien propagierten 1945 die Rückkehr ihrer Mitglieder. Diese sollte sich allerdings noch viele Monate hinziehen.

Vor der Entscheidung, zurückzukehren oder zu bleiben, standen 1945 nicht nur die deutschen Exilanten im britischen Königreich. Nach der 1946 in Großbritannien erfolgten Demobilisierung der polnischen Truppen entschied sich über die Hälfte der polnischen Militärs und Zivilisten gegen die Rückkehr nach Polen. Als Arbeiter in der Landwirtschaft, in den Kohleminen und in anderen Industriezweigen waren sie in ihrer neuen Wahlheimat sehr gefragt. Nach einer zweijährigen Berufsausbildung in einem Polish Resettlement Corps konnten sie die britische Staatsangehörigkeit erwerben.

Eine solche Ausbildung durchlief auch der 1926 in Łódź geborene Zigmund Pawlowski. Nach dem Überfall der deutschen Wehrmacht auf Polen hatte er sich dem Widerstand angeschlossen und war 1941 nach Nordafrika gelangt, wo Truppen der polnischen Exilarmee unter General Władysław Anders kämpften. Diese Armee war im September 1939 in Frankreich gegründet worden und kämpfte an der Seite

der Alliierten auf verschiedenen Kriegsschauplätzen. Mit seiner Einheit kam Pawlowski über Italien schließlich zurück nach Großbritannien und entschied sich 1946, nicht nach Polen zurückzukehren. In Wales, wo er zehn Jahre lang im Bergbau arbeitete, gründete Pawlowski eine Familie. Ohne den Krieg, so erklärte er später in einem Interview, wäre er vermutlich kein walisischer Bergmann, sondern Pilot der polnischen Luftwaffe geworden.

## Abschied vom Weltmachtstatus?

Seit dem frühen 17. Jahrhundert hatte Großbritannien ein mächtiges Kolonialreich, das British Empire, aufgebaut. Am Ende des Zweiten Weltkriegs umfasste dieses Reich noch immer nahezu ein Viertel der Erde. Truppen aus den sogenannten Dominions mit unabhängigen Regierungen wie Australien, Kanada und Neuseeland hatten genauso wie Regimenter aus den Kolonien an der Seite der westalliierten Verbände gekämpft. Auch die neue Labour-Regierung ging 1945 vom Fortbestand eines machtvollen Empire aus, wobei das Netzwerk Commonwealth Wege zu einer gleichberechtigten Partnerschaft eröffnen sollte. Die wenigsten ahnten, dass sich das Empire durch die Dekolonisierungsbestrebungen innerhalb der nächsten 25 Jahre vollständig auflösen sollte.

Die Forderung, den indischen Subkontinent aus dem Status einer britischen Kolonie zu entlassen, hatte bereits seit den 1920er Jahren für Konflikte gesorgt.



**Vereidigung des ersten indischen Premierministers, Jawaharlal Nehru, durch Lord Louis Mountbatten**

Neu-Delhi, 15. August 1947

Britische Nachkriegspläne sahen eine stufenweise Übergabe der Macht an eine indische Zentralregierung vor. Die seit 1940 erstarkte Muslim League forderte jedoch einen eigenen Staat. Der neue britische Vizekönig in Indien, Lord Louis Mountbatten, der den Übergang administrativ leiten sollte, verkündete 1947 einen Teilungsplan für Indien. Die Übergabe der Regierungsgeschäfte erfolgte so gleichzeitig mit der Teilung des Subkontinents in ein säkulares Indien unter Jawaharlal Nehru und ein muslimisches Pakistan unter Mahomed Ali Jinnah. Die Gründung zweier Staaten ging mit Blutvergießen, massenhafter Flucht und Vertreibungen einher. Dennoch betrachtete Großbritannien die Unabhängigkeit seiner größten Kronkolonie als ein Musterbeispiel gelungener Dekolonisierung. Die beiden neuen Staaten Indien und Pakistan blieben dem einstigen Mutterland durch die Mitgliedschaft im Commonwealth verbunden.

1948 wurden die britischen Kolonien Burma und Ceylon in die Unabhängigkeit entlassen. Anders als Indien und Ceylon schied Burma mit der Unabhängigkeit 1948 aus dem Commonwealth aus. 1949 erklärte auch die Republik Irland ihren Austritt.

Schwieriger gestaltete sich der Rückzug aus Palästina, das seit 1922 im Auftrag des Völkerbunds als britisches Mandatsgebiet verwaltet wurde. Die Einreise jüdischer Überlebender des NS-Massensmords führte zu Konflikten mit der dort lebenden arabischen Bevölkerung. Die britische Mandatsmacht begrenzte deshalb auch nach Kriegsende die Einreisekontingente. Patrouillen versuchten, Schiffe an der illegalen Landung zu hindern. Teils wurden die Passagiere nach Zypern überführt, wo sie in einem Internierungslager untergebracht wurden. Zum internationalen Skandal avancierte im Juli 1947 der Fall des Flüchtlingschiffes „Exodus“, das mit 4 500 Menschen an Bord, darunter Hunderte von Kindern, kurz vor Tel Aviv von einem britischen Kriegsschiff gestoppt wurde. Die Überlebenden der Shoah wurden mit britischen Schiffen zurück nach Europa gebracht



und mussten schließlich in Hamburg an Land gehen. Nachdem die Vereinten Nationen im November 1947 für Palästina einen Teilungsplan in einen jüdischen und einen arabischen Staat vorgelegt hatten, gaben die Briten, die sich zur Umsetzung des Plans nicht in der Lage sahen, ihr Mandat an die Vereinten Nationen ab. Im Mai 1948 war der Abzug der 100 000 britischen Soldaten und Polizeikräfte abgeschlossen, am 14. Mai wurde der Staat Israel proklamiert.

In der neuen Weltorganisation der Vereinten Nationen erhielt die Siegermacht Großbritannien 1945 neben den USA, der Sowjetunion, Frankreich und China einen Platz als ständiges Mitglied im Sicherheitsrat. In den folgenden Jahren erlangte die strategische Partnerschaft mit den USA enorme Bedeutung für das Land. Während der Berlin-Blockade 1948/49 versorgten britische und amerikanische Flugzeuge die Bevölkerung in den westlichen Sektoren der Stadt aus der Luft. Im weiteren Verlauf des Kalten Krieges forcierte die britische Regierung, insbesondere Außenminister Ernest Bevin, 1949 die Gründung der NATO als westliche Verteidigungsgemeinschaft. Die sich 1950 abzeichnende Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS) kommentierte Bevin mit der Einschätzung, Großbritannien sei zu sehr Weltmacht und Zentrum des Commonwealth, um westeuropäische Zusammenschlüsse für bedeutsam zu halten. So stand die Integration Großbritanniens in eine neue europäische Gemeinschaft noch viele Jahre kaum zur Debatte.



↑ 57

#### Rucksack eines deutschen Kriegsgefangenen

Camp Haltwhistle, 1944

1946 befanden sich noch 400 000 deutsche Kriegsgefangene in Großbritannien. Die Entlassungen zogen sich bis 1948 hin. Die Männer arbeiteten vor allem in der Landwirtschaft. Der Rucksack gehörte Franz Josef Dalquen, der im Offizierslager Camp 18 Featherstone Park bei Haltwhistle inhaftiert war. Bevor er 1947 entlassen wurde, legte er hier noch eine Prüfung zum Volksschullehrer ab. Der Rucksack wurde in der Schneiderei des Lagers für seine Rückkehr gefertigt.

59 →

#### Richtungsanzeige eines Zuges

Japan, 1940er Jahre

Die Kapitulation Deutschlands beendete noch nicht den Zweiten Weltkrieg. Die Alliierten setzten den Kampf im Pazifik gegen die Achsenmacht Japan und ihre Verbündeten fort. Nach den amerikanischen Atombombenabwürfen auf die Städte Hiroshima und Nagasaki am 6. und 9. August 1945 kapitulierte Japan. Das Schild kennzeichnete in Japanisch und Englisch einen Zug, der über die Hafenstadt Kure nach Hiroshima fuhr. Ein Angehöriger der britischen Armee nahm es als Souvenir mit.

58 →

**Schmetterlings-Täfelchen aus Berliner Ruinenresten**

Berlin/Großbritannien, 1946

26 000 Briten waren Ende des Jahres 1946 in der Verwaltung der britischen Besatzungszone in Deutschland tätig. Dieses mit einem Schmetterling verzierte Holztäfelchen nahm ein Angehöriger der Besatzungsverwaltung in Berlin mit nach Großbritannien. Die Tafel trägt die Inschrift „In Erinnerung an den Sommer 1946. Hergestellt aus Schutt von Ruinen in Berlin“. Das Schmetterlingsblau besteht aus Fliesensplintern eines Delikatessengeschäfts am Potsdamer Platz, das Rot aus Ziegelsteinresten eines Gebäudes an der Wilhelmstraße.



**START OFF ON THE RIGHT FOOT FOR**

**"CIVVY STREET"**



**THE ARMY EDUCATION SCHEME CAN HELP YOU**

**AES**

Drawn by Sapper T. FREETH, R.E. and awarded the Second Prize in the A.E.S. Poster Competition

A4935. Wt. 275.66. 10x00 7.45 Gp. 9A1 Fosh & Cross Ltd., London  
Issued by A.E. (A.B.C.A.)

← 60

### Plakat mit Informationen zur Demobilisierung

London, 1945

Die Demobilisierung der britischen Truppenverbände zog sich bis Ende des Jahres 1947 hin. Eine eigene Bildungsabteilung (Army Educational Corps) organisierte Kurse und Hilfsangebote, um die Rückkehr der Soldaten in das zivile Leben (civvy street) zu erleichtern. Der Fortbestand eines großen britischen Berufsheeres wurde in den Nachkriegsjahren nicht in Frage gestellt.


61 →

### Bezugsschein für Einrichtungsgegenstände

Großbritannien, 1946/47

Noch Jahre nach dem Krieg blieben in Großbritannien Waren rationiert. Dies betraf bis zum Mai 1949 auch Kleidungsstücke. Die Bevölkerung wurde aufgefordert, Getragenes auszubessern und weiterzuverwenden, anstatt Neues zu kaufen. Als Folge der massiven Zerstörungen durch deutsche Bombenangriffe mangelte es noch lange an Einrichtungs- und Haushaltsgegenständen. Vorhänge, Bettlaken, Matratzen oder Möbelstücke konnten nur unter Vorlage solcher Coupons gekauft werden.

7



## BUYING PERMIT

This permit contains 12 Utility Furniture Units  
and the following Priority Dockets

<p style="text-align: center; font-size: small;">To be quoted in any correspondence</p> <p>Reference Number <u>5403023</u></p>	<p>— <u>    </u> Curtain material*</p> <p>— <u>2</u> Floor covering</p> <p>— <u>    </u> Mattresses</p> <p>— <u>5</u> Blankets</p> <p>— <u>    </u> Sheets</p>
--	--

The person to whom this permit is issued **MUST**  
complete these particulars **BEFORE** using it

1. Name Mr. A. T. Wheeler

2. Address \_\_\_\_\_

3. National Registration (Identity Card) Number  
or Service Number and Rank \_\_\_\_\_

**AREA OF VALIDITY**

For the purpose of obtaining Utility Furniture, this permit may be used only at a shop within a radius of 15 miles of the address to which the furniture is to be delivered or anywhere in \_\_\_\_\_

Date of issue 13 1947 194

Please see Notes inside the front and back covers

51-2370

↓ 62

### Transceiver der zionistischen Untergrundorganisation Irgun

Palästina, 1945

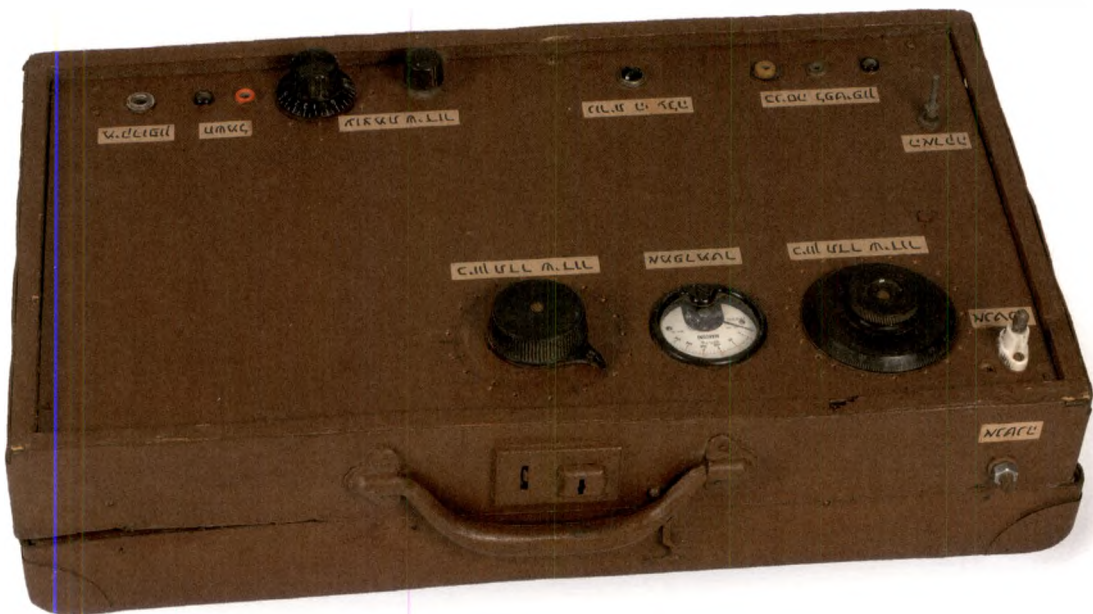
Großbritannien hatte seit 1920 ein Völkerbundsmandat über das von Juden und Arabern bewohnte Palästina inne. In diesem Gebiet kämpften verschiedene zionistische Untergrundorganisationen bis zur Staatsgründung Israels 1948 für einen unabhängigen jüdischen Staat. Dieser Transceiver wurde von der 1931 bis 1948 bestehenden Irgun zur Nachrichtenübermittlung verwendet. Die Organisation verübte auch Anschläge gegen Angehörige der britischen Mandatsverwaltung.

63 →

### Werbeplakat zur Unterstützung der Vereinten Nationen

Großbritannien, um 1946

Pläne für eine neue Weltordnung stellten die USA und Großbritannien bereits 1941 mit der Atlantik-Charta vor. Diese Planungen wurden, unter Einschluss der Sowjetunion, auf den Konferenzen von Moskau und Teheran 1943, Dumbarton Oaks 1944 und Jalta 1945 konkretisiert. Bis 1951 befand sich das Hauptquartier der im Oktober 1945 gegründeten Vereinten Nationen (UN) in London. Das Plakat rief die Briten dazu auf, der United Nations Association beizutreten. Diese Gesellschaft warb für die UN und sollte die Beziehungen zwischen den Menschen aus den Mitgliedsländern stärken.





**ONE WORLD**  
**UN MONDE**  
**ОДННММР**

**JOIN**

**UNITED NATIONS ASSOCIATION**

**11 MAIDEN LANE LONDON WC 2**

*Patterson*

6

Luk

paa Gruno

De





Dänemark

ret

af Glæde

*[Handwritten signature]*



# 6

Clemens Maier-Wolthausen

## **Dänemark – Gut vorbereitet in den Frieden**

Nach fünf Jahren Besatzung erfuhr Dänemark eine im europäischen Vergleich fast unblutige Befreiung. Widerstandskämpfer übernahmen wichtige öffentliche Gebäude, nur ein kleines britisches Armeekontingent überwachte den zügigen Abmarsch der deutschen Truppen. Im Oktober 1945 fanden wieder Parlamentswahlen statt. Dennoch benötigte das Land noch einige Jahre, um das Erbe der Besatzung zu bewältigen. Zentrale Probleme bildeten dabei die Ahndung der Kollaboration und der Umgang mit noch etwa 250 000 deutschen Flüchtlingen, die auf der Flucht vor der Roten Armee kurz vor Kriegsende über die Ostsee ins Land gekommen waren.



← 64

**Einheit von Freiheitskämpfern**

Kopenhagen, 6. Mai 1945

Wie an vielen Abenden der vorangegangenen Monate saßen auch am 4. Mai 1945 gegen 20:30 Uhr viele Dänen vor ihren Radios und lauschten den Klängen der Eingangsmelodie der dänischen BBC-Sendungen. Der Sprecher Johannes G. Sørensen begann zunächst mit den Nachrichten zum Frontverlauf. Seit einigen Monaten bestärkten diese die Hoffnung auf ein baldiges Ende des Krieges und der nunmehr fünf Jahre andauernden Besatzung. Nach vier Minuten machte der Radiosprecher eine ungewöhnliche Pause. Als seine Stimme wenig später wieder zu hören war, klang sie nur wenig aufgeregter als sonst. Was er zu sagen hatte, war allerdings sensationell. Er verkündete das Ende des Krieges für die Dänen: „In diesem Augenblick erfahren wir, dass Montgomery bekannt gegeben hat, dass sich die deutschen Truppen in Holland, Nordwestdeutschland und Dänemark ergeben haben. Hier ist London. Wir wiederholen: Montgomery hat bekannt gegeben, dass sich die deutschen Truppen in Holland, Nordwestdeutschland und Dänemark ergeben haben.“

Nach diesen in Dänemark legendär gewordenen Worten strömten die Menschen auf die Straßen, feierten die Befreiung und vergaßen darüber, dass der Waffenstillstand erst am folgenden Morgen um acht Uhr in Kraft treten sollte.

Der Wehrmachtsbefehlshaber in Dänemark, Generaloberst Georg Lindemann, dem 280000 deutsche Soldaten unterstanden, hatte den Befehl erhalten, dass die deutschen Truppen bis zur Übergabe an einen Vertreter der 21. Armeegruppe unter

Feldmarschall Bernard Montgomery in ihren Stellungen bleiben, aber allen Entwaffnungsversuchen entgegenzutreten sollten. Diese Entscheidung rettete Menschenleben, denn jetzt besetzten überall die Freiwilligen der Untergrundarmee öffentliche Plätze und begannen, mutmaßliche Kollaborateure zu verhaften. Die von der Bevölkerung „Freiheitskämpfer“ genannten Angehörigen verschiedener Widerstandsorganisationen waren jung und nur unzureichend ausgerüstet und trainiert. Eine echte Auseinandersetzung mit den deutschen Soldaten hätte zahlreiche Opfer gekostet. Das zeigte sich nicht nur bei den vereinzelten Schusswechseln zwischen den Freiheitskämpfern und dänischen Kollaborateuren, die sich der Verhaftung entziehen wollten. Auch bei Konfrontationen zwischen Freiheitskämpfern und deutschen Einheiten starben etwa 150 junge Männer und etwa 500 wurden verwundet.

## **Befreiungsregierung, alliierte Truppen und erste Wahlen**

Nicht nur für die Freiheitskämpfer, sondern auch für die designierte Übergangsregierung begann nun eine Phase intensiver Tätigkeit. Diese „Befreiungsregierung“ war das Ergebnis eines erst wenige Tage zuvor erreichten historischen Kompromisses zwischen den im „Freiheitsrat“ zusammengeschlossenen Widerstandsorganisationen und den Politikern



← 65

**Generalfeldmarschall  
Bernard Montgomery wird in  
Kopenhagen empfangen**

Kopenhagen, 12. Mai 1945

der etablierten Parteien. Letztere hatten in den ersten drei Jahren der deutschen Besatzung eine Koalition gebildet und mit weitreichenden Konzessionen an die Deutschen das Land regiert. Erst im Sommer 1943 hatten die Deutschen die Regierung als Reaktion auf eine Streikwelle und auf Sabotageakte zum Rücktritt gezwungen und die Macht übernommen. In den folgenden zwei Jahren setzte sich unter Führung der im „Freiheitsrat“ zusammengeschlossenen Widerstandsgruppen bei vielen Dänen die Ansicht durch, dass bewaffneter Widerstand gegen die Besatzungsmacht legitim sei. Zuvor war dieser von vielen abgelehnt worden, um nicht die Durchsetzung eines rigiden Besatzungsregimes zu provozieren.

Das erste Kabinett der Nachkriegszeit sollte nach dem Willen der Politiker und des Freiheitsrates aus 18 Ministern bestehen: neun etablierten Parteipolitikern und neun Vertretern der Widerstandsgruppen. Ministerpräsident wurde der Kandidat der größten Partei, der Sozialdemokrat Vilhelm Buhl. Nach seiner Ernennung durch den König am 5. Mai 1945 eilte er zusammen mit dem Mitglied des Freiheitsrates und nunmehrigen Minister ohne Portefeuille Mogens Fog zum Rundfunk. Beide riefen die Dänen zur Ruhe auf und versprachen, dass Kollaborateure und Verbrecher bestraft würden. Sie betonten, was bald zum Konsens im Nachkriegsdänemark werden sollte: Das Land sei im Widerstand vereint. Die Politiker hätten hinhalten, die Widerstandsorganisationen aktiven Widerstand geleistet.

Die deutsche Teilkapitulation galt nur gegenüber dem Supreme Headquarters Allied Expeditionary Force in Europe. Am 5. Mai 1945 landete nachmittags der erste Abgesandte der Alliierten, General Richard Dewing, mit einem 300 Mann starken Begleitkommando auf dem Kopenhagener Flughafen. Am 7. Mai erreichten weitere britische Einheiten Süddänemark. Der Besuch des britischen Feldmarschalls Montgomery in Kopenhagen am 12. Mai geriet zu einem Triumphzug. General Dewings Aufgabe war es, die Übergabe und den Abmarsch der deutschen Truppen zu organisieren. Bereits am 6. Mai hatte der Wehrmachtbefehlshaber in Dänemark den Befehl zum deutschen Rückzug aus Dänemark gegeben. In mehreren Kolonnen und nur mit leichten Waffen marschierte bis Mitte Juni ein Großteil der deutschen Soldaten in Internierungslager, die sich in der britischen Besatzungszone in Norddeutschland befanden. In Dänemark verblieben noch einige Verwundete in deutschen Lazaretten und ein Kontingent deutscher Pioniersoldaten, um Hunderttausende deutsche Landminen zu räumen.

Ein kleiner Teil des Landes musste länger auf seine Befreiung warten: Die vor der schwedischen Küste liegende Insel Bornholm war Transitstation im Rahmen der Evakuierung deutscher Flüchtlinge und Wehrmachtseinheiten aus den deutschen Ostgebieten gewesen. Nun lag sie im Rücken der bis nach Mecklenburg vorgedrungenen Roten Armee. Der deutsche Kommandant Gerhard von Kamptz war

## Abzug deutscher Soldaten aus Dänemark

Skælskør, Mai 1945



entschlossen, sich dem Waffenstillstandsabkommen gemäß nur britischen Einheiten zu ergeben und ließ ein Ultimatum der Roten Armee verstreichen. Daraufhin bombardierte diese am 7. und 8. Mai deutsche Einrichtungen und die Hafenanlagen der beiden größeren Orte auf Bornholm, Rønne und Nexø. Am 9. Mai landeten sowjetische Einheiten auf der Insel. Für die Bornholmer begann eine Phase der Unsicherheit, da es unklar schien, ob die Rote Armee als Befreier oder als Besatzer gekommen war. Diese betonte, dass sie als Befreier gekommen war. Insgesamt waren die Beziehungen zwischen den Rotarmisten und den Bornholmern jedoch freundschaftlich. Nichtsdestoweniger war die Erleichterung in Dänemark spürbar, als die sowjetischen Truppen die Insel elf Monate später verließen.

In den ersten Monaten nach der Befreiung normalisierte sich das Leben für die meisten Dänen wieder. Die Befreiungsregierung hatte nur vier Tage nach der Befreiung das Parlament eröffnen können. Dieses setzte sich entsprechend der Sitzverteilung der letzten demokratischen Wahl, die 1943 unter deutscher Besatzung stattgefunden hatte, und der Beteiligung der kommunistischen Mandatsträger aus der Vorkriegszeit zusammen. Die Abgeordneten der Dänischen Nationalsozialistischen Arbeiterpartei schloss man aus. Die Übergangsregierung schrieb für Ende Oktober Wahlen aus. Zwar wurden die Sozialdemokraten stärkste Partei, aber sie hatten viele Mandate an die Kommunistische Partei (DKP) verloren, die mit 12,5 Prozent der Stimmen ihr bislang bestes Ergebnis erreichte. Eine Regierungsbildung misslang, da die Sozialdemokraten nicht mit der DKP koalieren wollten. Stattdessen kam eine Minderheitsregierung unter dem Liberal-Konservativen Knud Kristensen zustande. Neben den Kommunisten

war seine Partei der große Wahlgewinner. Im Wahlkampf hatte er damit Stimmung gemacht, dass er die Grenze zu Deutschland revidieren und Südschleswig an Dänemark anschließen würde. Letztlich scheiterten diese Pläne aber am Widerstand der britischen Besatzungsmacht in Norddeutschland und am Unwillen der meisten Dänen zu solch einem provokanten Akt. Auch die Regierung Kristensen scheiterte nach nur zwei Jahren.

Dazu trugen unter anderem die ökonomischen Probleme bei. Zwar war Dänemarks Infrastruktur während des Krieges relativ intakt geblieben, die Umstellung der Wirtschaft auf die Friedenszeit und der Wegfall der Handelsbeziehungen mit dem Deutschen Reich sowie der daraus folgende Mangel an Valuta führten aber dazu, dass dringend benötigte Investitionen aufgeschoben werden mussten. Darum blieb die Arbeitslosigkeit noch einige Jahre hoch. Die mangelnden Importe bedingten eine anhaltende Verknappung einzelner Waren und deren fortgesetzte Rationierung.

1947 gelangten die Sozialdemokraten an die Regierung. Umfassende Reformen und die 1948 einsetzende Marshall-Plan-Hilfe ermöglichten eine Erholung der Wirtschaft und den systematischen Ausbau des dänischen Wohlfahrtsstaates.

In die sozialdemokratische Regierungszeit fiel auch die Entscheidung, sich am Nordatlantischen Bündnis (NATO) zu beteiligen. Nachdem Verhandlungen zu einer nordischen Verteidigungsgemeinschaft mit Schweden und Norwegen gescheitert waren, trat Dänemark im April 1949 zusammen mit Norwegen der NATO bei. Diese Entscheidung und die Teilnahme am Marshall-Plan beendeten die seit 1864 verfolgte Politik politischer und militärischer Neutralität und verankerten Dänemark fest im westlichen Lager.



## Rückkehr der Flüchtlinge und Deportierten

Die 7000 bis 8000 jüdischen Flüchtlinge, die im Oktober 1943 nach Schweden gerettet werden konnten, und unzählige dänische Widerstandskämpfer, die gezwungen worden waren, nach Schweden zu fliehen, drängte es seit dem 4. Mai 1945 zur Rückkehr. Die ersten Rückkehrer aus Schweden waren 5000 Soldaten der Dänischen Brigade. Diese dänische Militäreinheit war mit Duldung des schwedischen Staates aus Flüchtlingen rekrutiert worden. Am Mittag des 5. Mai setzte sie nach Helsingør über, wo sie im Hafen von einer begeisterten Menschenmenge empfangen wurde. Danach ging es weiter nach Kopenhagen. Dort kam es an mehreren Stellen zu Schusswechseln mit ehemaligen dänischen Spitzeln der Gestapo, die einige Todesopfer forderten. Die Brigade, über deren Gründung führende Politiker mit schwedischen Kollegen verhandelt hatten, sollte auch ein militärisches Gegengewicht zu den bewaffneten Freiheitskämpfern bilden. Sie stand loyal zu den Politikern der alten Parteien, denen sie als „heimliche Reserve“ dienen sollte. Da der Kompromiss zwischen dem Freiheitsrat und den Politikern zur Einrichtung der Befreiungsregierung hielt, konnte die Brigade bereits einige Monate später aufgelöst werden, als die regulären dänischen Streitkräfte wieder in den Dienst traten.

Nun galt es, die anderen aus Dänemark geflüchteten Menschen wieder zurückzubringen. Bereits im Mai 1945 veröffentlichte die dänische Flüchtlingsverwaltung in Schweden in den Tageszeitungen die Abfahrtszeiten der Linienschiffe nach Helsingør und nach Kopenhagen; Fahrscheine wurden von der Flüchtlingsverwaltung bereitgestellt. Am Kopenhagener Hauptbahnhof richtete die dänische Regierung für die Erstversorgung der Rückkehrer eine Aufnahmestelle ein, in der diese Geld für die weitere Fahrt in ihre Heimatorte erhielten. Für viele dänische Juden war die Rückkehr in die Heimat mit positiven Erfahrungen verbunden. Entweder hatten Nachbarn auf die verlassene Wohnung aufgepasst oder der dänische Sozialdienst hatte die Wohnung versiegelt und die Wertgegenstände gesichert. Die Sorge um das Eigentum der geflohenen oder deportierten Juden zeichnet Dänemark vor allen anderen Ländern Europas aus. Nirgendwo sonst verlief die Heimkehr eines großen Teils der in die Flucht getriebenen und verfolgten Juden so problemlos. Es gab jedoch auch Fälle, in denen der Vermieter die Wohnung einfach weitervermietet hatte, das gesamte Mobiliar geplündert oder die Wohnung illegal von anderen besetzt worden war. Etwa 1500 Rückkehrer mussten die erste Zeit in einem Auffanglager verbringen. Am schlimmsten traf es die staatenlosen jüdischen Flüchtlinge, die bereits in der Vorkriegszeit nach Dänemark gekommen

**Rückkehr dänischer Flüchtlinge aus Schweden**

Hauptbahnhof Kopenhagen, Mai 1945

**Öffentliche Bloßstellung von Frauen**

Kopenhagen, Mai 1945



waren. Sie waren weniger in der dänischen Gesellschaft verankert gewesen und hatten daher häufiger als die dänischen Juden ihr Hab und Gut verloren. Der dänische Staat bemühte sich um eine relativ zügige Kompensation des verloren gegangenen Besitzes.

Unterstützung aus Dänemark hatten schon während des Krieges jene 450 Juden erhalten, die 1943 von Dänemark aus nach Theresienstadt deportiert worden waren. Mithilfe dänischer Lebensmittelpakete hatten sie die Haft in besserer Verfassung überlebt als viele ihrer Mitgefangenen. Im April 1945 waren sie mit der schwedisch-dänischen Rettungsaktion unter der Leitung von Graf Folke Bernadotte mit den „Weißen Bussen“ nach Schweden evakuiert worden. Nun konnten auch sie nach Dänemark zurückkehren. Mit den „Weißen Bussen“ waren auch dänische Kommunisten, Widerstandskämpfer und Polizisten aus deutschen Konzentrationslagern nach Schweden evakuiert worden.

Viele der Flüchtlinge und Überlebenden waren noch lange mit der Bewältigung ihrer traumatischen Erlebnisse beschäftigt. Die Freude über die Rückkehr der Flüchtlinge und Deportierten wurde durch das Wissen überschattet, wie viele nicht überlebt hatten. Der Sommer 1945 war auch durch eine endlose Folge von Beerdigungen und Trauerzeremonien geprägt.

## Abrechnung mit „Landesverrättern“

Wie in vielen anderen europäischen Ländern wurden auch in Dänemark Frauen, die Beziehungen mit Angehörigen der deutschen Besatzungsmacht

eingegangen waren, öffentlich gedemütigt. Viele von ihnen wurden interniert. Der Freiheitsrat hatte die Beteiligung von Widerstandskämpfern an „Racheaktionen“ zwar verboten, dennoch kam es zu Übergriffen unter Beteiligung oder Duldung von Freiheitskämpfern.

Die Angehörigen des Widerstands begannen gleich nach der Kapitulation mit der Verhaftung von Dänen, denen Kollaboration mit dem Feind vorgeworfen wurde. Dies sollte Akte von Lynchjustiz verhindern und der Bevölkerung zeigen, dass das Recht wieder Einzug gehalten habe. Grundlage für die Inhaftierungen und die folgenden Gerichtsprozesse bildete eine 40000 Namen umfassende „Zentralkartei“, die ein „Verhaftungsausschuss“ der Widerstandsführung in den letzten Monaten des Krieges zusammengestellt hatte. Die Karteikarten enthielten sehr unterschiedliche Informationen, zu denen Gerüchte über Nachbarn, Hinweise auf angebliche Sympathien für die Deutschen oder Belege über die Zusammenarbeit mit der Gestapo zählten. Zunächst wurden etwa 22000 Menschen in Gefängnissen, provisorischen Haftanstalten und ehemaligen Lagern der deutschen Besatzungsmacht interniert, weitere 19000 wurden von der Dänischen Brigade sowie von den Strafverfolgungsbehörden verhaftet, nachdem diese ihre Arbeit wieder aufgenommen hatten. Die meisten Beschuldigten kamen jedoch nach einiger Zeit wieder auf freien Fuß.

Viele Dänen waren durch die Erfahrungen der letzten Kriegsmonate, vor allem durch brutale Vergeltungsmaßnahmen der Deutschen, sehr verbittert. So mehrten sich die Stimmen, die trotz des insgesamt vergleichsweise milden Besatzungsregimes



← 69

**Demonstration für die  
Wiedereinführung der Todesstrafe**  
Odense, Mai 1945

die rückwirkende Einführung der Todesstrafe für Verbrechen während der Besetzung forderten. Das am 9. Mai 1945 erstmals wieder zusammengerufene Parlament verabschiedete im Juni eine Reihe von Gesetzen zur Bestrafung der „Landesverräter“. Insgesamt ergingen 13 500 Urteile: 76 Todesurteile wurden gegen Dänen ausgesprochen, davon wurden 46 Urteile durch Erschießen vollstreckt. Dabei fielen die Urteile mit zunehmendem zeitlichem Abstand zum Kriegsende milder aus. Dadurch entstand der Eindruck, dass insbesondere die wirtschaftlichen Profiteure der Zusammenarbeit mit der Besatzungsmacht und die deutschen Täter praktisch ungeschohen davonkamen. Ihre Prozesse begannen erst später und gestalteten sich aufwendiger. Kein deutscher Kriegsverbrecher wurde hingerichtet, das Strafmaß wurde sogar herabgesetzt. Die beiden Hauptverantwortlichen der deutschen Besatzungsmacht, Werner Best und Otto Bovensiepen, wurden 1951 nach Deutschland abgeschoben. Best war seit 1942 als Reichsbevollmächtigter der höchste deutsche Vertreter in Dänemark gewesen, Bovensiepen hatte seit Anfang 1944 die deutsche Sicherheitspolizei in Dänemark geleitet und harte Vergeltungsmaßnahmen gegen den dänischen Widerstand eingeführt. Lange hielt sich in Dänemark die Verbitterung darüber, dass es letztlich die Falschen erwischt habe.

Die deutsche Minderheit der Nordschleswiger im Süden Jütlands hatte nach dem deutschen Einmarsch eine stark prodeutsche Haltung angenommen, erhoffte sie sich doch die Wiedervereinigung mit Deutschland. Diese Hoffnung erfüllte sich nicht, dennoch engagierte sich ein großer Teil der männlichen Nordschleswiger in bewaffneten Verbänden

auf Seiten der Wehrmacht, der SS oder im sogenannten Selbstschutz. Tausende wurden nach Kriegsende interniert und mussten sich wegen Landesverrats verantworten. Die Verbitterung der dänischen Mehrheitsbevölkerung führte auch zu Racheaktionen. Denkmäler der Minderheit, die an den Deutsch-Dänischen Krieg von 1864 erinnerten, wurden gesprengt, deutsche Rudervereine und Kultureinrichtungen verwüstet und niedergebrannt. Es sollten Jahre vergehen, bis sich die Beziehungen wieder stabilisierten.

## Deutsche Flüchtlinge in Dänemark

Am 4. Februar 1945 hatte Adolf Hitler den Befehl gegeben, die Zivilbevölkerung aus den durch die vorrückende Rote Armee bedrohten Ostgebieten auch nach Dänemark zu evakuieren. Über See wurde nun die flüchtende deutsche Zivilbevölkerung nicht nur nach Norddeutschland, sondern auch in das noch relativ sichere Dänemark gebracht.

Eine Liste des Hafenkaptäns von Kopenhagen verzeichnet für die Monate März/April und die erste Maiwoche 1945 unzählige Schiffe, auf denen mehr als 350 000 Flüchtlinge ankamen. Anfangs war die deutsche Wehrmacht für ihre Versorgung verantwortlich. Diese hatte öffentliche Gebäude, darunter eine große Anzahl von Schulen, beschlagnahmt und Massenunterkünfte eingerichtet. In manchen dieser Lager herrschten große Enge und schlechte hygienische Verhältnisse.

Nach der Befreiung befanden sich noch etwa 250 000 deutsche Flüchtlinge in Dänemark. Bei



einer Gesamtbevölkerung von etwa vier Millionen stellten sie eine zahlenmäßig bedeutende Gruppe dar. Die dänische Regierung ging davon aus, dass die Flüchtlinge – zusammen mit den deutschen Truppen – innerhalb weniger Wochen oder Monate das Land verlassen und nach Deutschland gehen würden. Dies lehnte die britische Besatzungsmacht in Norddeutschland jedoch ab, weil das Flüchtlingsproblem dort bereits so groß war, dass man eine Mehrbelastung vermeiden wollte.

Nach und nach wurden die Menschen aus über 1 000 einzelnen, oft kleinen provisorischen Lagern in größere geschlossene Flüchtlingslager überführt. Diese ähnelten Kleinstädten mit eigener Infrastruktur. Im größten Lager Oksbøl an der Westküste Jütlands lebten zeitweilig etwa 36 000 Menschen. Es war damit die sechstgrößte „Stadt“ Dänemarks.

Die Lager waren in der Regel umzäunt und wurden von bewaffneten Angehörigen des Zivilschutzes bewacht. Die Bewohner mussten in lagereigenen Betrieben arbeiten, sofern sie arbeitsfähig waren. Das Verlassen der Lager für Arztbesuche oder Besuche von Familienangehörigen in anderen Lagern erforderte eine Sondererlaubnis. Das Ziel der dänischen Regierung war die vollständige Isolation der Flüchtlinge von der dänischen Bevölkerung. Dabei spielte nicht zuletzt die Angst vor Fraternisierung, also vor der Entstehung von Freundschaften und Liebesbeziehungen, eine Rolle. In den Lagern selbst führte die Lebenssituation zu Frustration, zumal die Rückkehr nach Deutschland ungewiss erschien. Viele Menschen trauerten zudem um Angehörige oder bangten noch um deren Leben.

Dennoch konnte sich in den Lagern nach und nach ein Kulturleben etablieren, sodass sich später auch positive Erinnerungen mit dem Aufenthalt verbanden. Die Versorgungslage war um ein Vielfaches besser als in den zerstörten Städten des besetzten Deutschland. Ab 1947 wurden die Lager aufgelöst. 1949 verließen die letzten Flüchtlinge das Land.

Aufgrund seiner besonderen Besatzungssituation war Dänemark im europäischen Vergleich weniger einschneidend durch den Zweiten Weltkrieg betroffen. Deutsche Hoffnungen, die nach der nationalsozialistischen Rassenideologie als „artverwandt“ klassifizierten Dänen würden eine deutsche Vorherrschaft in Europa akzeptieren, sowie die anfängliche Verhandlungspolitik der dänischen Regierung hatten größere Kriegsschäden verhindert. Für die Dänen stellte der Krieg dennoch eine tiefe Zäsur dar. Die traditionelle Ausrichtung auf die deutsche Kultur und Sprache wurde zugunsten einer Ausrichtung auf die anglo-amerikanische Welt aufgegeben. Die vorübergehende Besetzung Bornholms durch die Rote Armee spielte hier als Vorbote des beginnenden Kalten Krieges eine Rolle. Die vielen deutschen Flüchtlinge und ein Mangel an Valuta belasteten die dänische Wirtschaft. Mithilfe des Marshall-Plans wurde der dänische Wohlfahrtsstaat ausgebaut. Dabei konnten sich die dänischen Regierungen darauf verlassen, dass die Erinnerung an den Krieg und an die deutsche Besatzung als identitätsstiftendes Motiv einigend wirkten.



← 70

**Maihlöckchen von Helge Hansen**

Deutschland/Dänemark, 1945

Als Angehöriger des dänischen Widerstands wurde Helge Hansen im September 1944 verhaftet, in Kopenhagen inhaftiert und im Januar 1945 zum Tode verurteilt. Die Behörden überstellten ihn jedoch in das KZ Neuengamme. Im Rahmen einer Rettungsaktion des Schwedischen Roten Kreuzes kam er am 20. April 1945 frei. Das Maihlöckchen, das er auf dem Heimweg pflückte, bewahrte er sein Leben lang auf. Auf die Karte schrieb er: „Gepflückt auf dem Weg nach Hause aus Deutschland bei Neumünster am 21./4.-45.“



← 71

**Wimpel von Helge Hansen**

Dänemark, 1945

Über 20 000 Häftlinge gelangten aus Deutschland mit den sogenannten Weißen Bussen des Schwedischen Roten Kreuzes in Sicherheit. Helge Hansens Heimreise führte ihn zunächst nach Schweden, dann zurück nach Dänemark. Dort kam er am 6. Mai 1945 an. Dieses Datum schrieb er auf einen Wimpel in den Farben der dänischen Nationalflagge.

**Poesiealbum von Hanna Posner**

Schweden/Dänemark, 1945

Die in Darmstadt geborene Hanna Posner kam 1939 auf der Flucht aus Deutschland mit ihrer Familie nach Kopenhagen. 1943 floh die Familie vor der drohenden Deportation nach Schweden. Nach dem Krieg entschied sie sich, nicht nach Deutschland zurückzukehren, sondern in Dänemark zu leben. Zum Abschied bekam Hanna Posner ein Poesiealbum geschenkt. Ihre in Schweden neu gewonnenen Freunde und Bekannten wünschten ihr viel Glück.





↑ 73

#### Wahlprogramm der Sozialdemokratischen Partei

Kopenhagen, 1947

Nach zwei Jahren liberaler Minderheitsregierung siegten bei den Wahlen 1947 die Sozialdemokraten. Sie versprachen „Soziale Sicherheit, Freiheit und Fortschritt“ und begannen mit dem Ausbau des dänischen Wohlfahrtsstaates. Auch beschloss die Regierung unter Hans Hedtoft den Beitritt zur NATO, nachdem sie zunächst ein Verteidigungsbündnis der skandinavischen Länder favorisiert hatte.

74 →

#### Brautkleid

Lyngby-Tårnbæk, April 1946

Alma Bechmann Strøh trug bei ihrer Hochzeit ein Kleid aus Fallschirmseide. Der Stoff stammte von einem Fallschirm, mit dem der britische Geheimdienst während der deutschen Besatzung Material für den dänischen Widerstand abgeworfen hatte. Die Sendung war vom Bruder des Bräutigams geborgen worden.





↑ 75

**Armbinde der dänischen Widerstandskämpfer**  
Kopenhagen, 1945

Die dänische Armee hatte 1942 die Produktion von Armbinden in Auftrag gegeben. Im Falle einer alliierten Invasion sollten Wehrpflichtige sie tragen, um als Kombattanten erkennbar zu sein. Als solche unterlagen sie dem Schutz der Genfer Konvention. Im Frühjahr 1945 wurden solche Armbinden an die Kämpfer in den Widerstandsgruppen ausgegeben. Am 5. Mai 1945, als der Krieg für Dänemark endete, trugen sie insbesondere die sogenannten Freiheitskämpfer in Kopenhagen und auf Seeland. In den Regionen, in denen die Verteilung nicht gelang, wurde oft improvisiert.

76 →

**Schrank der Zentralkartei der „Landesverräter“**  
Kopenhagen, 1945–1950

Seit 1944 bereitete der Freiheitsrat, eine Vereinigung der verschiedenen Gruppen der dänischen Widerstandsbewegung, die Verhaftung mutmaßlicher Kollaborateure vor. Er erfasste mehr als 40 000 Namen in einer Zentralkartei. Auf der Grundlage der gesammelten Informationen und vorbereiteter Namenslisten wurden nach dem Krieg 25 000 Personen verhaftet. Die Zentralkartei, die acht solcher Schränke umfasste, erhielt der polizeiliche Ermittlungsdienst. Insgesamt ergingen 13 500 Urteile.



7





# Norwegen



# 7

Robert Zimmermann

## **Norwegen – Aufbruch zu Stabilität und Wachstum**

In Norwegen kapitulierte die Wehrmacht am 8. Mai 1945 ohne Gegenwehr. Nach wochenlangen Freudenfeiern begannen der Wiederaufbau der zerstörten nördlichen Provinzen sowie die umfassende juristische Abrechnung mit Kriegsverbrechern und Kollaborateuren. Ein Allparteienprogramm signalisierte der norwegischen Gesellschaft Zukunftsoptimismus und Selbstvertrauen nach der fünfjährigen Besatzung. Die Nachkriegsjahre bescherten dem Land eine bis dahin ungekannte politische Stabilität und ein Wirtschaftswachstum. Die Regierung entschied sich angesichts des beginnenden Kalten Krieges für eine Abkehr von der traditionellen außenpolitischen Neutralitätspolitik. Norwegen wurde Gründungsmitglied der NATO.



Am 8. Mai 1945 kapitulierte die deutsche Wehrmacht im Reichskommissariat Norwegen. Der vom deutschen Reichskommissar Josef Terboven geforderte Endkampf um die „Festung Norwegen“ blieb aus. Bereits am Vortag meldete der deutsche Rundfunk in Oslo das bevorstehende Kriegsende. Jedoch herrschte erst am Folgetag die endgültige Gewissheit, dass die fünfjährige Besatzung ihr Ende gefunden hatte. Die norwegische Bevölkerung feierte die Befreiung auf den Straßen Oslos und anderer Städte, ein Jubel in den Landesfarben Rot-Weiß-Blau, deren öffentliches Tragen während der Besatzung verboten war. Ganze Straßenzüge wurden binnen Stunden mit dem Königsymbol und mit norwegischen Fahnen geschmückt. Während die Männer der Untergrundarmee paradierten, präsentierten sich viele Frauen in der traditionellen norwegischen Tracht, dem Bunad. Gemeinsam feierten sie den Sieg auf Seiten der Alliierten. Die Zeit des nächtlichen Verdunkelns der Fenster und die Schikanen der deutschen Besatzer und ihrer norwegischen Helfershelfer waren vorüber. Der Befreiungstag war nur der Auftakt mehrwöchiger Siegesfeiern. Dafür gab es zahlreiche Anlässe: den Empfang von aus den Lagern in Norwegen und dem Deutschen Reich entlassenen Häftlingen, die Rückkehr des Kronprinzen Olav (13. Mai), das Einrücken von in Schweden ausgebildeten norwegischen Polizeitruppen und alliierten Militäreinheiten (9.–11. Mai), den Nationalfeiertag am 17. Mai und die Rückkehr des Parlamentspräsidenten sowie des Regierungschefs samt seinem Kabinett aus dem Lon-

doner Exil (13.–31. Mai). Seinen Höhepunkt erreichte das volksfestähnliche Treiben freilich mit der Rückkehr des norwegischen Königs Haakon VII. am 7. Juni 1945. Geschickt gewählt, kehrte das Staatsoberhaupt auf den Tag genau fünf Jahre nach seiner Flucht vor den deutschen Besatzern sowie 40 Jahre nach der Auflösung der Union Norwegens mit Schweden aus dem Londoner Exil zurück.

## Rückkehr zur Normalität

Nach der deutschen Kapitulation übernahm eine alliierte Militärdelegation unter Führung des britischen Generals Sir Andrew Thorne die regierende Gewalt in Norwegen. Erst mit der Heimkehr des beliebten Königs und der Machtübergabe an ihn erlangte Norwegen nach über fünf Jahren die volle Souveränität zurück. In den Augen vieler Norweger galt aber bereits die Übergabe der Osloer Stadtfestung Akershus am 11. Mai 1945 als Symbol für die deutsche Niederlage und für Norwegens wiedererlangte Freiheit. In einem Land, das sich nicht durch eigene militärische Kraft bzw. Waffeneinsatz befreit hatte, waren diese symbolischen Handlungen ungleich wichtiger als in anderen europäischen Ländern.

Der Übergang vom Krieg zum Frieden verlief im norwegischen Königreich relativ friedlich. Dies lag einerseits an der norwegischen Untergrundarmee der Widerstandsbewegung, die bereits am 8. Mai an allen wichtigen Orten Präsenz zeigte, andererseits an der völligen Zurückhaltung der über 350 000



Wehrmichtsangehörigen und ihrer norwegischen Unterstötzer. Sie verharrten in ihren Kasernen und Wohnungen, während der Großteil der Norweger auf den Straßen feierte. Auch in den Folgetagen hielt die Disziplin. Deutsche Soldaten übernahmen sogar noch Wachaufgaben, wo das notwendige norwegische oder alliierte Personal fehlte. Für die reibungslose Entwaffnung und den Abtransport der deutschen Wehrmachtstruppen war hingegen die alliierte Militärdelegation zuständig.

Die Führung der inländischen Widerstandsbe-  
 wegung rief das Volk zu „Würde, Ruhe, Disziplin“  
 angesichts des Kriegsendes auf. Die norwegische  
 Untergrundarmee, auch Heimatstreitkräfte genannt,  
 bestand weitgehend aus jungen Norwegern, die von  
 Spezialeinheiten in den Wäldern ausgebildet und  
 nur notdürftig bewaffnet worden waren. Statt der  
 fehlenden Uniformen trugen sie in den Maitagen  
 Armbinden, die sie als Mitglieder des militärischen  
 Widerstands (Milorg) auswiesen. Ihre Kampffähig-  
 keit mussten sie zu keinem Zeitpunkt unter Beweis  
 stellen. Stattdessen übernahmen „die Jungen aus  
 dem Wald“ Wachaufträge oder verhafteten Mitglie-  
 der der faschistischen Partei Norwegens, der Nasjonal  
 Samling, und andere Kollaborateure. Die Heimat-  
 streitkräfte verstanden sich als Kämpfer für König

und Vaterland. In den Maitagen 1945 verhielten sich  
 die etwa 40000 Mitglieder der Heimatstreitkräfte  
 loyal zur politischen Führung, die sich noch im Lon-  
 doner Exil befand. Mit der Rückkehr regulärer nor-  
 wegischer Streitkräfte und Polizeieinheiten aus dem  
 Ausland wurde die Untergrundarmee am 15. Juni  
 1945 offiziell aufgelöst. Ihre Mitglieder wurden teils  
 in den regulären Militärdienst übernommen, teils  
 ins Privatleben entlassen.

Gleichwohl verlief das Kriegsende in Norwegen  
 nicht überall so reibungslos und weitgehend fried-  
 lich wie in der Hauptstadt Oslo. Insbesondere der  
 nördlichste Landesteil – die Regionen Finnmark und  
 Troms – hatte unter einer ungleich härteren, wenn  
 auch kürzer währenden Besatzung gelitten. Weite  
 Teile der beiden nördlichen Provinzen wurden zwar  
 bereits ein halbes Jahr zuvor von der Roten Armee  
 befreit, allerdings war der Preis die völlige Zerstö-  
 rung der Region durch die Deutschen nach der Taktik  
 der „verbrannten Erde“. Der Anlass dafür war der  
 erzwungene Rückzug der deutschen Wehrmacht aus  
 Finnland über die Finnmark bis zum Lyngenfjord.  
 Vorher hatte die finnische Regierung die Allianz  
 mit dem Deutschen Reich aufgekündigt. Auf Befehl  
 Adolf Hitlers und unter dem Decknamen „Operation  
 Nordlicht“ zerstörte die zurückweichende deutsche

### Norwegische Widerstandskämpfer und befreite sowjetische Kriegsgefangene

Eidsvoll, Juni 1945



### Das zerstörte Berlevåg in der Provinz Finnmark nach dem deutschen Rückzug

Berlevåg, Frühjahr 1945

Armee in einem Gebiet, das so groß war wie die Niederlande und Belgien zusammen, alle Wohn- und Geschäftshäuser sowie die Infrastruktur fast vollständig. Die ansässige Bevölkerung wurde in den Süden zwangsevakuert. Den nachrückenden sowjetischen Truppen sollte nichts Verwertbares hinterlassen werden. Ende Oktober 1944 eroberte die Rote Armee Kirkenes und weite Teile der östlichen Finnmark. Sie wurde von der zurückgebliebenen Bevölkerung, die sich vor der Zwangsevakuierung hatte verstecken können, als Befreier empfangen. Nach diesem raschen Vorstoß verschob sich der Frontverlauf bis zum 8. Mai 1945 nicht mehr. Im September zog sich die Rote Armee – wie auch die Westalliierten – wieder aus Norwegen zurück.

Während der deutschen Besatzung formierte sich eine breite norwegische Widerstandsbewegung innerhalb (Heimatfront) und außerhalb (Außenfront) Norwegens. Die Gegner waren – noch vor den deutschen Besatzern – zuvorderst die Feinde im Innern, die Anhänger der faschistischen Nasjonal Samling und ihr Parteiführer Vidkun Quisling. Die Widerstandsführung setzte eher auf zivilen Ungehorsam als auf bewaffneten Partisanenkampf. Bereits 1941 unterstellte sich die Heimatfront der Londoner Exilregierung. Die Geschlossenheit der Widerstandsbewegung spiegelte sich auch in den gemeinsamen Plänen für ein befreites Norwegen wider. Mit dem Ziel der Wiederherstellung demokratischer Verhältnisse schlossen sich alle etablierten Parteien Norwegens im Untergrund zusammen. Ihre Vertreter erarbeiteten seit dem Winter 1944/45 ein gemeinsames Politikprogramm für die Zeit unmittelbar nach dem Ende der Besatzung. Dieses parteiübergreifende Bündnis wäre in der Vorkriegszeit noch undenkbar gewesen, zu groß waren die ideologischen Differenzen zwischen der regierenden sozialdemokratischen

Arbeiterpartei, der Bauernpartei und dem bürgerlichen Lager. An der Ausarbeitung des Programms waren die Kommunisten nicht beteiligt, da sie während des Krieges der Führung der Heimatfront nicht angehört hatten. Allerdings schlossen sie sich dem Bündnis nach dem Krieg an.

Das ambitionierte Allparteienprogramm signalisierte Zukunftsoptimismus und nationales Selbstvertrauen. Neben dem Wiederaufbau und der schnellen Abrechnung mit Landesverrätern enthielt es auch langfristige Pläne für ein kontinuierliches Wirtschaftswachstum, ein Recht auf Arbeit sowie eine Regionalförderung ärmerer Landesteile. Die sozialdemokratische Handschrift war bei Themen wie der Überwindung des Klassengegensatzes sowie der Suche nach einem Mittelweg zwischen Plan- und Marktwirtschaft klar erkennbar. Nichtsdestoweniger dienten die Leitgedanken des Allparteienprogramms als Wegweiser für alle Regierungen in den folgenden Jahrzehnten.

Johan Nygaardsvold, Regierungschef im Exil, trat unmittelbar nach seiner Rückkehr im Mai 1945 zurück und ebnete so den Weg für die Bildung einer neuen Regierung. Ein erster Versuch, den Anführer der Heimatfront, Paal Berg, als neuen Regierungschef zu installieren, scheiterte am fehlenden Rückhalt im eigenen Lager. König Haakon VII. beauftragte deshalb den Osloer Bürgermeister und Vorsitzenden der größten Partei, den Sozialdemokraten Einar Gerhardsen, eine Übergangsregierung zu bilden. Als Mitglied des zivilen Widerstands und als ehemaliger Häftling des Konzentrationslagers Sachsenhausen brachte man ihm über die Parteigrenzen hinweg große Anerkennung entgegen. Er personifizierte den neuen Willen zur parteiübergreifenden Zusammenarbeit. Ihm gelang es in kürzester Zeit, eine Regierung mit Vertretern aller Parteien, erstmals

einschließlich der Kommunisten, zu bilden. Diese Einheitsregierung blieb bis zur Parlamentswahl im Oktober 1945 – der ersten seit neun Jahren – im Amt. Das Votum der Bürger bestätigte die Politik des Allparteienprogramms. Die sozialdemokratische Arbeiterpartei erlangte die absolute Mehrheit der Mandate, ein Novum in der neueren Geschichte Norwegens. Bis 1961 sollten die Sozialdemokraten ihre starke Position im Parlament nicht mehr verlieren. Ihre Galionsfigur war Einar Gerhardsen, der bald als „Landesvater“ Norwegens wahrgenommen wurde.

## Abrechnung mit Kollaborateuren und Kriegsverbrechern

Im Verhältnis zur Bevölkerungszahl führte Norwegen die umfassendste juristische Abrechnung in ganz Europa durch. Über zehn Jahre lang beschäftigte sich die norwegische Öffentlichkeit mit diesem Thema. Die Behörden ermittelten gegen rund 93000 Norweger, das entsprach drei Prozent der Bevölkerung. Weite Teile der Öffentlichkeit forderten eine schnelle und harte Bestrafung aller Kollaborateure. Abwägende Stimmen, die auf eine zukünftige gesellschaftliche Belastung durch möglicherweise zu harte Urteile verwiesen, waren bei Kriegsende in der Minderheit. Dennoch waren Fälle von Lynchjustiz eher die Ausnahme. Die rechtliche Grundlage für die Ahndung der Kollaboration lieferte das norwegische Strafgesetzbuch von 1902, das Beistand für den Feind als Landesverrat definierte. Verordnungen der Exilregierung von 1942 und 1944 erweiterten diesen Straftatbestand, indem sie bereits die Mitgliedschaft in der Nasjonal Samling – egal ob aktiv oder passiv – unter Strafe stellten. Außerdem wurde die Todesstrafe mit rückwirkender Gültigkeit für die Zeit der Besatzung wieder eingeführt. Damals fand diese Maßnahme große Zustimmung, erst Jahrzehnte

später war sie Gegenstand deutlicher Kritik, weil die norwegische Verfassung eine rückwirkende Gültigkeit ausschloss.

Während der Jahre von 1945 bis 1952 wurden rund 56000 Norweger angeklagt. Die Richter sprachen etwa 17000 Freiheitsstrafen unterschiedlicher Dauer gegen Kollaborateure aus. 30 Norweger wurden zum Tode verurteilt, 25 von ihnen hingerichtet, darunter auch der Parteiführer der Nasjonal Samling Quisling und Henry Oliver Rinnan, Anführer der „Rinnan-Bande“, die für die deutsche Sicherheitspolizei gearbeitet hatte. Als Gestapo-Spitzel hatte Rinnan mit seinen Komplizen diverse Widerstandsgruppen unterwandert und auffliegen lassen. Etwa 29000 Personen erhielten Geldbußen und/oder verloren zeitweise ihre Bürgerrechte. Einer der berühmtesten Fälle ist der des Literaturnobelpreisträgers Knut Hamsun, der sich für seine öffentliche Unterstützung der Besatzer verantworten musste. Eine Mitgliedschaft in der Nasjonal Samling konnte ihm zwar nicht zweifelsfrei nachgewiesen werden, trotzdem wurde ihm zur Strafe ein Großteil seines Vermögens entzogen.

Die juristische Abrechnung mit den deutschen Besatzern war weniger umfassend. Nach der Kapitulation durchkämmten die Alliierten die Lager der deutschen Wehrmacht auf der Suche nach Angehörigen der Sicherheitspolizei, die sich unter den Soldaten versteckten. Insgesamt 347 Verfahren wurden vor zivilen Strafgerichten angestrengt. 86 Deutsche und Österreicher wurden verurteilt. Neben mehrjährigen Gefängnisstrafen wurde über 15 hochrangige Mitglieder des Besatzungsregimes die Todesstrafe verhängt, in zwölf Fällen wurde sie vollstreckt. Meist handelte es sich um SS-Angehörige, die in untergeordneten Positionen des Reichskommissariats Norwegen tätig gewesen waren. Die Hauptverantwortlichen, unter ihnen Reichskommissar Terboven, hatten sich bei Kriegsende das Leben genommen und sich so einer Strafverfolgung entzogen. Keiner der zu mehrjährigen Haftstrafen





verurteilten deutschen Kriegsverbrecher musste seine Strafe vollständig verbüßen. Die meisten wurden Anfang der 1950er Jahre begnadigt und in die Bundesrepublik Deutschland abgeschoben.

Obwohl die juristische Aufarbeitung in Norwegen weithin als exemplarisch für die rechtsstaatliche Aburteilung nach einem Regimewechsel gilt, waren bestimmte Gruppen stärker als andere betroffen. Während die Bestrafung wirtschaftlicher Kollaboration keine nennenswerten Ausmaße annahm, traf es insbesondere die Norwegerinnen hart, die Beziehungen mit deutschen Soldaten eingegangen waren. Als „Deutschenflittchen“ (tyskertøser) beschimpft, wurden sie und ihre Kinder geschmäht und – ähnlich wie in Frankreich oder den Niederlanden – des „sexuellen Landesverrats“ beschuldigt, obwohl sie kein bestehendes Gesetz gebrochen hatten. Von den 30000 bis 50000 betroffenen Frauen wurden 3000 bis 6000 kurzzeitig ohne rechtliche Grundlage in speziellen Lagern interniert. Die Behörden begründeten diese Maßnahme offiziell damit, sie vor Übergriffen schützen und die Ausbreitung von Geschlechtskrankheiten verhindern zu wollen. Nur die Kinder von Mitgliedern der Nasjonal Samling traf die Stigmatisierung im Norwegen der Nachkriegszeit ähnlich hart.

Ungesühnt blieb hingegen die Kollaboration von Angehörigen der norwegischen Staatspolizei, die im November 1942 auf Befehl der Gestapo alle im Land verbliebenen Juden zur Deportation nach Auschwitz zusammengetrieben hatten. Knut Rød, Polizeidirektor und Mitglied der Nasjonal Samling, der die Verhaftung der Juden organisiert hatte, wurde 1948 mit Hinweis auf seine wertvollen Dienste für die Widerstandsbewegung von der Anklage des Feindesbeistands freigesprochen.

## Staatlich organisierter Wiederaufbau

Nach den Besatzungsjahren, in denen Norwegens Rohstoffe, Wirtschaft und Staatsfinanzen durch die deutsche Besatzungsmacht geplündert worden waren, dienten alle politischen Anstrengungen primär dem schnellen Wiederaufbau des Landes. Ein zentrales Anliegen war die Schaffung neuen Wohnraums, nicht nur im völlig zerstörten Nordnorwegen, sondern auch in anderen Teilen des Landes. Darüber hinaus sollte die Industrie sowie die Handels- und Fischereiflotte wieder auf- bzw. ausgebaut werden. Eine weitverbreitete Überzeugung war,



### Alliierte und Norweger auf der Suche nach deutschen Kriegsverbrechern

vermutlich in der Nähe von Trondheim, Sommer 1945

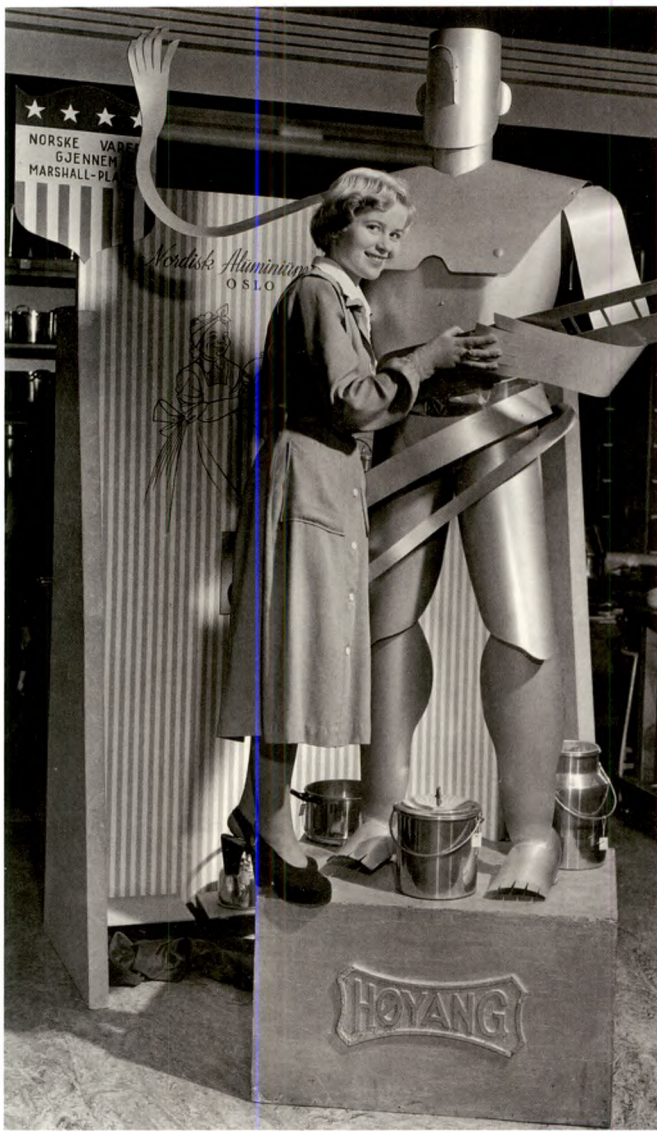
dass ein hohes Wachstum zu mehr Wohlstand und letztlich zu glücklicheren Bürgern führen würde. Dadurch erhielt die Forderung nach einem schnellen Wiederaufbau neben der wirtschaftlichen auch eine gesellschaftliche Dimension. Politiker wie Kommentatoren jener Zeit zeichneten das Bild eines Landes, das nach „fünf dunklen Jahren“ am Boden liege und durch einen gesellschaftlichen Kraftakt wiederaufgerichtet werden müsse. So appellierte die Führung des Landes an die Bürger, jeder oder jede Einzelne solle sich fragen, was er oder sie beitragen könne, um – so das geflügelte Wort – das „Land aufzubauen“ und den „Frieden zu gewinnen“. Der zum Gemeinschaftsprojekt ausgerufene Wiederaufbau wurde zu einer identitätsstiftenden Aufgabe, die den gesellschaftlichen Frieden in Zeiten des Mangels sichern sollte. Den Verfechtern dieser „Wiederaufbauideologie“, allen voran Gewerkschaftlern und Sozialdemokraten, gelang es, den viel beschworenen Zusammenhalt aus der Kriegszeit („Wir gegen die Anderen“) erfolgreich in die Friedenszeit hinüberzueretten.

Bei näherer Betrachtung waren die Kriegszerstörungen verglichen mit denen in manch anderen europäischen Ländern weit weniger verheerend. Außer der totalen Verwüstung des nördlichen Landesteils stammten die meisten anderen Kriegsschäden aus der Zeit des deutschen Einmarsches 1940 und von vereinzelt späteren alliierten Bombardierungen. Mit ihrer Beseitigung war bereits während der Besatzungszeit begonnen worden. Darüber hinaus unternahmen die Deutschen Anstrengungen, die energieintensiven Industriezweige sowie die Infrastruktur auszubauen. Dabei stützten sie sich auf die Ausbeutung osteuropäischer Zwangsarbeiter, unter anderem für den Bau der „Nordlandsbahn“ und der Reichsstraße 50, einer Nord-Süd-Verbindung von Oslo bis Kirkenes. Diese „Hinterlassenschaften“ der Besatzer in Kombination mit der starken Situation der norwegischen Haushalte und der geringen

Privatverschuldung schufen gute Startbedingungen für den Wiederaufbau in der Nachkriegszeit.

Um die Produktion in Industrie und Landwirtschaft schnell und nachhaltig zu steigern, führte die Regierung planwirtschaftliche Instrumente ein, die sich an der erfolgreichen Kriegswirtschaft der USA orientierten. Der Fortschrittsglaube war allgegenwärtig. Das Wirtschaftsleben sollte auf der Basis neuer sozioökonomischer Lehrsätze durch staatliche Behörden aktiv reguliert werden. Eine Regierungsanordnung, die nachträglich zum Gesetz (Lex Thagaard) erhoben wurde, verlieh dem Amt des Preisdirektors und dessen Leiter Wilhelm Thagaard weitreichende Steuerungskompetenzen. Diese staatliche Behörde besaß die Befugnis, den Umfang der Produktion eines jeden Betriebs zu regulieren und diesen im Falle einer Überproduktion sogar stillzulegen. Weitere planwirtschaftliche Maßnahmen sahen die staatliche Kontrolle von Importen, Löhnen und Preisen vor. Die Regierung setzte die Kriegsrationierung von Verbrauchsgütern fort, um eine Inflation und eine damit einhergehende Wirtschaftskrise wie nach dem Ersten Weltkrieg zu verhindern. Die Rationierung war somit kein Zeichen von Not, da die Grundbedürfnisse aller Norweger bereits früh gesichert werden konnten. Einerseits gewährleistete die staatliche Kontrolle eine gleichmäßige Verteilung der begrenzt vorhandenen Waren, andererseits blieb das Schlangestehen angesichts des Mangels vieler Waren ein Merkmal des norwegischen Nachkriegsalltags. Erst 1949 wurde die letzte Rationierung von Alltagswaren aufgehoben. Das Angebot von Luxuswaren, wie einem Privatauto, blieb bis in die 1960er Jahre beschränkt.

Eine enge Zusammenarbeit zwischen Staat, Wirtschaft und Gewerkschaften prägte die ersten Nachkriegsjahre. Die Interessenvertreter der Arbeiterschaft hielten sich mit Streiks und hohen Lohnforderungen trotz der stark ansteigenden Industrieproduktion zurück. Die Unternehmer akzeptierten die



← 82

### Ausstellung von Aluminiumwaren der Firma Hoyang

Oslo, 1950

die in Kriegszeiten angehäuften Devisen der Handelsmarine zurückgreifen. Im Jahr 1947 gingen diese Valutareerven allerdings zur Neige, sodass die amerikanische Marshall-Plan-Hilfe zum richtigen Zeitpunkt eintraf. Zwar musste die Regierung ihre neu eingerichteten Mechanismen zur Produktionssteuerung einstellen und insbesondere den Außenhandel liberalisieren, konnte aber dank neuer Finanzmittel ihre subventionsintensive Wachstumspolitik krisenfrei fortsetzen. Die Annahme der Marshall-Plan-Hilfe bedeutete die Abkehr von der Neutralität vergangener Jahrzehnte hin zum Anschluss an den Westen auf wirtschaftlichem Gebiet.

## Abkehr von der Neutralität

Die Norweger sahen sich selbst bis zum Beginn des Zweiten Weltkriegs am Rande Europas. Die Besetzung wie auch der sich später abzeichnende Kalte Krieg änderten diese Sichtweise grundlegend. In der Nachkriegszeit befand sich das Königreich – nicht nur geografisch – zwischen Ost- und Westblock. Noch während des Zweiten Weltkriegs suchte die norwegische Exilregierung erfolgreich Beistand beim westlichen Nachbarn Großbritannien. Im Gegenzug forderten die Briten nach Kriegsende die Norweger auf, sich an der Besetzung des besiegten Deutschland zu beteiligen. Es folgte der bis heute größte Auslandseinsatz der norwegischen Armee. In der „Deutschlandbrigade“ dienten zwischen 1947 und 1953 etwa 50000 Norweger.

Auf diplomatischem Parkett versuchten die norwegischen Außenpolitiker anfangs in ihre alte Neutralitätsrolle zurückzukehren. Unter dem Schlagwort „Brückenbaupolitik“ wollten sie als Vermittler zwischen Ost und West auftreten. In der Praxis vermied Norwegen es, bei internationalen Streitfragen Stellung zu beziehen. Als Forum seiner außenpolitischen Aktivitäten wählte es die Vereinten Nationen, zu deren erstem Generalsekretär 1946 der frühere

staatliche Regulierung. Der Staat legte schließlich im Gegenzug den Grundstein für soziale Sicherungssysteme, die die Basis für den späteren norwegischen Wohlfahrtsstaat bildeten.

Die Regierung tätigte Rekordinvestitionen (bis zu 37 Prozent des Bruttoinlandsprodukts), um Subventionen und Importe dringend benötigter Rohstoffe und Maschinen zu finanzieren. Insbesondere der Wohnungsbau nahm eine herausragende Stellung ein. Kein anderes europäisches Land investierte so stark in diesen Sektor, galt es doch, die Wohnungsnot angesichts einer enormen Binnenmigration vom Land in die Städte durch Kriegsfolgen und fortschreitende Industrialisierung aufzufangen. In Nordnorwegen entstanden in kürzester Zeit ganze Siedlungen. Eigens hierfür wurden standardisierte Holz- und Fertigteilhäuser, sogenannte Wieder- aufbauhäuser, konzipiert. Anfangs konnten die regierenden Sozialdemokraten zur Finanzierung auf

Außenminister der norwegischen Exilregierung Trygve Lie ernannt wurde.

Der endgültige Bruch mit der Neutralitätspolitik erfolgte spätestens Anfang 1948. Angesichts der Machtübernahme der Kommunisten in der Tschechoslowakei und des Sowjetisch-Finnischen Vertrags, der das Nachbarland mehr oder weniger unter sowjetische Kontrolle zwang, befürchtete die norwegische Regierung, ebenfalls in den Machtbereich Moskaus zu geraten. Schließlich teilte das norwegische Königreich eine Grenze mit der Sowjetunion. Ende Februar 1948 wandte sich Regierungschef Gerhardsen in der sogenannten Krakerøy-Rede erstmals öffentlich gegen die Kommunisten im eigenen Land. Diese Rede markiert Norwegens Eintritt in den Kalten Krieg. Von der geplanten skandinavischen Verteidigungsunion mit Schweden und Dänemark erhoffte man sich Sicherheit. Die Verhandlungen scheiterten jedoch Anfang 1949. Daraufhin entschied sich die norwegische Regierung, als Gründungsmitglied der NATO beizutreten. In den folgenden Jahren rüstete das einst neutrale Norwegen dank amerikanischer Militärhilfe massiv auf.

Für Norwegen begann mit dem Ende des Zweiten Weltkriegs eine Zeit politischer Stabilität und wirtschaftlichen Aufschwungs. Der Übergang vom Krieg zum Frieden verlief vergleichsweise friedlich und war durch eine vollständige Restauration des politischen Systems gekennzeichnet. Drei Wochen nach Kriegsende waren alle politischen Parteien der Vorkriegszeit wieder installiert. Nach fünf Wochen trat das in der Vorkriegszeit gewählte Parlament wieder zusammen. Nach sieben Wochen hatte sich die neue Regierung gebildet. Als neue politische Kraft stießen die Kommunisten hinzu, denen ihre Aktivitäten im Widerstand zu einem bislang unbekanntem Prestige verholfen hatten. Spätestens nach den Parlamentswahlen im Oktober 1945 etablierte sich die Vormachtstellung der sozialdemokratischen

Arbeiterpartei, die in den folgenden Jahren das Gesellschaftsbild Norwegens maßgeblich bestimmte. Nie zuvor hatten sich so viele Norweger mit einer Partei und mit deren Politik identifiziert.

Die Nachkriegsregierung setzte massiv auf die Steigerung der Produktion, um den zur Gemeinschaftsaufgabe erhobenen Wiederaufbau zu meistern. Norwegen erlangte in vielen Wirtschaftsbereichen rasch das Vorkriegsniveau bei gleichzeitiger Vollbeschäftigung. Zu Beginn der 1950er Jahre waren die juristische Ahndung der Kollaboration und anderer Verbrechen der Kriegszeit sowie der Wiederaufbau Nordnorwegens weitgehend abgeschlossen. Die Rationierung von Alltagswaren war aufgehoben, und viele der planwirtschaftlichen Anstrengungen waren in Anbetracht des internationalen Wettbewerbs im Zuge des Marshall-Plans eingestellt. Norwegen war wirtschaftlich wie militärisch eng mit dem Westen verbunden. Das Land hatte die unmittelbaren Folgen des Zweiten Weltkriegs und der Besetzung weitgehend überwunden. Neue Herausforderungen zeichneten sich aber bereits deutlich ab: steigende Staatsausgaben, eine galoppierende Inflation und der sich verschärfende Kalte Krieg.



↑ 83

#### Fahne der Milorg-Gruppe 13313

Oslo, Mai 1945

Die Milorg war die größte norwegische Widerstandsorganisation. Eine ihrer Gruppen trug diese aus Fallschirmseide gefertigte Fahne bei den Siegesparaden. Die Tannen symbolisieren die als „Jungen im Wald“ bezeichneten Widerstandskämpfer. Das Emblem verweist auf König Haakon VII. 1940 hatte er sich geweigert, die Kapitulation der norwegischen Streitkräfte zu besiegeln und den Anführer der norwegischen Nationalsozialisten, Vidkun Quisling, als Ministerpräsidenten einzusetzen. Sein Verhalten symbolisierte den Widerstand Norwegens an der Seite der Alliierten und war Vorbild für viele Norweger.



84 →

**Geschenk eines sowjetischen Kriegsgefangenen  
an die Stadt Kristiansand**

Kristiansand, Mai 1945

Die Balalaika stellten sowjetische Kriegsgefangene im deutschen Zwangsarbeitslager Møvig in Kristiansand her. Anlässlich des 17. Mai, des norwegischen Nationalfeiertags, schenkten sie der Stadt das Instrument als symbolischen Dank. Am Ende des Krieges hatten in Norwegen mehr als 80 000 sowjetische Kriegsgefangene Zwangsarbeit leisten müssen.